

D 74 26 E

AIB

Sonderheft 4/84

2DM

NIKARAGUA

5 Jahre Revolution



Inhalt

<i>Wolfram Brönner</i> Bonn und die Nikaraguafrage	II
<i>Interview mit Tomas Borge</i> Den Ölbaum des Friedens aufrichten	IV
<i>Ute Kampmann</i> 5 Jahre Revolution – Eine Bilanz der Wirtschafts- und Innenpolitik Landreform 1978–84 Nikaragua – Daten Gewerkschaften und Massenorganisationen Parteien und Bündnisse	VII VIII X XII XIII
<i>Gespräch mit Fernando Saavedra</i> Verteidigungskomitees (CDS) – das ist Volksmacht	XV
<i>Interview mit Rafael Solis</i> Die Wahlen sind keine Prinzipienfrage	XXI
<i>John Cavanagh/Joy Hackel</i> Der Wirtschaftskrieg gegen Nikaragua	XXIII
<i>Rüdiger Mack</i> Brigadeinsatz in Nueva Guinea	XXVI
<i>Nico Biver</i> Die US-Intervention und die „Contras“ Chronologie der US-Interventionen Die Miskitofrage – eine Desinformationskampagne	XXVIII XXIX XXX
<i>Julio Cortazar</i> Das neue Nikaragua – Enklave der Hoffnung Material- und Aktionsspiegel	XXXII XXXIV

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechtild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluss: 14. 6. 1984

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312 093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anzeigen: FDCL, Hammer-Verlag, Frontal, Nahua, Brigade „Carlos Fonseca“, UNIDOC, Solidaritätsshop 3. Welt.

Bonn und die Nikaraguafrage

Die noch unter der sozialliberalen Regierungskoalition, d.h. vor der Herbst-„Wende“ 1982, zugesagten Bonner Entwicklungshilfegelder für Nikaragua wurden kürzlich offiziell eingefroren.

Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU) begründete diesen Schritt namens des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in unnachahmlicher Manier: „...anders als in El Salvador geht von Nikaragua eine destabilisierende Wirkung auf die mittelamerikanische Region aus, von Nikaragua aus wird Ideologie, beispielsweise nach Kostarika, exportiert. Es wird auch Gewalt und Revolution exportiert. Und hier ist für uns die entscheidende Trennungslinie.“

Da wird das Opfer dreist zum Täter verzerrt. Da wird ausgerechnet Nikaragua, das sich auf Reagans Geheiß einer systematischen Destabilisierung von außen, d.h. einer wirtschaftlichen Abschnürung und einem Abnutzungskrieg von CIA und „Contras“ gegenüberstellt, selbst als Destabilisierer hingestellt.

Der Zweck der Übung? Washington als eigentlicher Gewaltexporteur und Blockierer einer politischen Verhandlungslösung in der mittelamerikanisch-karibischen Krisenregion (siehe Beitrag von N. Biver), wird aus der Schußlinie genommen. Und papageiengleich unterstellte der bundesdeutsche UN-Botschafter Günter van Well in einer Debatte des Welticherheitsrates am 29.3.1983 Nikaragua, der Verursacher der „Spannungen in der Region“ schlechthin zu sein.

Koppelung mit El Salvador

Die Anschuldigungen werden in Bonn je nach Bedarf unterschiedlich betont oder gewechselt.

Einmal heißt es, Gelder an Nikaragua könnten erst dann bewilligt werden, „wenn die Sandinisten ihren Revolutionsexport einstellen“ (Warnke). Tatsächlich dient Nikaragua weder der Befreiungsbewegung El Salvadors noch Guatemalas als Aufmarschbasis, wohl aber nimmt sein nördlicher Nachbar Honduras diese Funktion für die somozistischen „Contras“ wahr.

Die Bonner Rechtskoalition trägt sich dennoch mit der Absicht, die Hilfe für den wirklichen Gewaltexporteur Honduras zu erhöhen, während sie in einer Erklärung vom 25.1.1984 Neuzusagen an Nikaragua verneint, solange sich dieses nicht „nachhaltig von der Politik der Destabilisierung (der Nachbarländer) abwendet“.

Ein anderes Mal mahnt die Bundesregie-



BMZ-Minister Warnke

rung ausgerechnet gegenüber der sandinistischen Revolutionsführung, die nach dem opferreichen Sturz der Somoza-Diktatur vom Juli 1979 Milde selbst gegenüber den Folterknechten der Diktatur walten ließ, die „Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Institutionen“ (van Well) an. Dergleichen hat man weder Somoza noch den Völkermordregimes El Salvadors und Guatemalas abverlangt, welche es immerhin seit 1979 auf über 50.000 Morde an Oppositionellen gebracht haben.

Nach ihrer Amtsübernahme hatte die CDU/CSU/FDP-Regierung zunächst die bereits unter Minister Offergeld (SPD) zugesagte Nikaragua-Entwicklungshilfe von insgesamt 40 Mio DM übernommen. Die von nikaraguanischer Seite dazu im Februar 1983 unterbreiteten vier Projektvorschläge (Warenhilfekredit für den Kauf landwirtschaftlicher Maschinen, Fernmelde-, Energie- und Industrie-einrichtungen) aber wurden in Bonn erst einmal nicht beantwortet.

Schließlich, am 20.5.1983, überraschte die CDU/CSU im Bundestagsausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit damit, daß sie die Wirtschaftshilfe für Nikaragua und El Salvador gegeneinander verrechnete.

Da – so Warnke – „die Tendenz zu Menschenrechtsverletzungen in El Salvador sinke, in Nikaragua dagegen steige“, müßten die Nikaragua-Vergaben gekürzt, die 1980 unterbrochene Entwicklungshilfe für El Salvador hingegen wieder aufgenommen werden.

Weder Warnkes Menschenrechtssicht noch das ergänzende BMZ-Argument, in El Salvador, nicht aber in Nikaragua fände ein tiefgreifender Reform- und

Demokratisierungsprozeß statt, halten jedoch einer Überprüfung stand. Aus einer vergleichenden Untersuchung der beiden Entwicklungsmodelle, die die Christliche Initiative El Salvador im Juni d.J. anstellte, geht nur Gegenteiliges hervor:

„Gegenüber dem Ausmaß des in El Salvador herrschenden und systematisch vom Staatsapparat entfaltetes Terrors gegen jede Art von Linksoption erscheinen die Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua geradezu als nicht sehr schwerwiegend. (...)

Während selbst Untersuchungen der zuständigen salvadorianischen Behörden zeigen, daß die sog. „Agrarreform“ keines ihrer ursprünglichen Ziele erreicht hat, macht Nicaragua zur Zeit eine tiefgreifende Umstrukturierung des Agrarsektors durch. Als Ergebnis dieses Reformprozesses sind in Nicaragua schon jetzt tausende von Arbeitsplätzen geschaffen worden. Die Produktion an Grundnahrungsmitteln konnte erhöht und die Genossenschafts-

genden Teil der verbindlich zugesagten Geldmittel. Vom BMZ abhängige Institutionen wie der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) werden unter Druck gesetzt, ihre Aktivitäten in Nicaragua einzuschränken bzw. völlig einzustellen. Im Fall El Salvador sind für 1984 hingegen Neuzusagen in Höhe von 23 Mio DM und die Reaktivierung der stornierten Altzusagen vorgesehen.

Das heißt, Bonn beabsichtigt, im Anschluß an die Rückbeorderung eines Botschafters nach San Salvador, noch im Jahr 1984 an die salvadorianische Regierung Duarte 50 Mio DM Entwicklungshilfe auszuzahlen.

Davon sollen ein Gutteil in die Förderung von Kleinbetrieben und 20 Mio DM in die Reparatur der zerstörten Infrastruktur in den umkämpften Zonen flie-

menden Leitlinie der eigenen Mittelamerikapolitik, „weil alles, was die Sicherheit der USA, also unserer eigenen Sicherheitsgaranten, gefährden kann, auch uns gefährdet“.

Mertes' gleichzeitiges Bekenntnis zur Contadora wie zur Kissinger-Kommission sind reine Augenwischerei, stehen doch beide unvereinbar gegeneinander. Erstere legt den Akzent gerade auf eine Entmilitarisierung Mittelamerikas, d.h. auch Abzug der US-Truppen. Letztere zielt in die konträre Richtung, einschließlich der weiteren Unterstützung der antisandinistischen „Contras“.

Ist es bloßer Zufall, daß diese Killer über die christdemokratische Adenauer-Stiftung mit Geldern des CIA versorgt werden? Ist es nur eine kleine Unhöflichkeit am Rande, wenn der Mitdestabilisierer Warnke Nicaragua das Schicksal Grenadas, alsö eine US-Invasion, in einem Welt-Interview vom 16.12.1983 an den Hals wünscht? „Am Beispiel Grenadas“ – so Warnke – „hat man gesehen, daß man nicht unbesaft die Souveränität mißbrauchen kann.“

Nicaragua „bestrafen“!

Der Kurswechsel in der Krisenregion Mittelamerika zeigt darüber hinaus an, daß der außenpolitische Schulterschuß der Bonner Rechtskoalition mit Washington nicht bei der Raketenstationierung „AirLand Battle“ und der „Lastenteilung“ im Nahen und Mittleren Osten (siehe AIB-Sonderheft 2/1984) haltmacht.

Bundeskanzler Helmut Kohl sah das in seiner Regierungserklärung vom 4.5.1983 kaum anders: „Jeder weiß, daß unsere vitalen Interessen über den NATO-Vertragsbereich hinausreichen. Krisenhafte Entwicklungen in anderen Teilen der Welt wirken sich auch auf uns aus. Deshalb brauchen und üben wir Solidarität und Abstimmung mit den Verbündeten, die weltweit Verantwortung übernommen haben.“ Nicaragua als „Übungs“gelände? **Wolfram Brönnner**



„Contra“ Bondilla im ARDE-Büro in Kostarika: Kohl an der Wand, CDU-Gelder in die Hand

bildung entscheidend stimuliert werden.

Während der US-amerikanische Kongreß feststellen mußte, daß ein großer Teil der für El Salvador bestimmten Entwicklungshilfe in die Korruption geflossen ist und sich heute – nach der Ansicht von Experten – auf Konten der salvadorianischen Oligarchie in Miami wiederfindet, zeigen die Erfahrungen von Hilfsorganisationen aus aller Welt, daß in Nicaragua äußerst günstige Bedingungen für die Durchführung sinnvoller Entwicklungsprojekte herrschen. (...)

Während deutsche Entwicklungshelfer und Experten in Nicaragua u.a. an der Planung eines Krankenhauses, an der Unterstützung der Primärschulbildung und der Einführung eines integrierten Pflanzenschutzes mitwirken, sollen in El Salvador mit deutscher „Entwicklungshilfe“ Straßen und Brücken wieder aufgebaut werden. Solche Art von „Hilfe“ kommt zuallererst der Operationsfähigkeit der salvadorianischen Armee zugute...“

Die Regierungsparteien freilich schlossen unterdessen für den Bundeshaushalt 1984 (Einzelplan 23 des BMZ) Neuzusagen für Nicaragua aus und kürzten die alten Verpflichtungen auf formal 5 Mio DM. Sie blockieren somit den überwie-

ßen. Während man so de facto den salvadorianischen Regierungstruppen im Antiguerillakrieg gemeinsam mit Washington unter die Arme greift, soll das auf einen eigenständigen, revolutionären Entwicklungsweg pochende Nicaragua finanziell mattgesetzt werden.

Diese Wende in der bundesdeutschen Mittelamerikapolitik beinhaltet insofern weit mehr als einen Rückfall in das alte Schema Freund oder Feind der „freien Welt“ bei der entwicklungspolitischen Vergabepaxis. Vor allem nämlich geht es hierbei um den schrittweisen Anschluß an den Interventionismus der Reagan-Administration, an die regionale Kriegsvorbereitung.

Diese wird in Washington penetrant damit gerechtfertigt, die „nationalen Sicherheitsinteressen“ der USA seien akut gefährdet. Bonner Regierungsvertreter wie Staatsminister Alois Mertes (CDU) wiederum erklären eben diese Vorherrschaftsinteressen zur bestimm-





Massendemonstration in Managua gegen die US-Intervention

Tomas Borge Den Ölbaum des Friedens aufrichten

Tomas Borge, einziger noch lebender Begründer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), ist heute Innenminister Nikaraguas und Mitglied der Nationalen Leitung der FSLN. Geboren im Jahr 1930, beteiligte sich T. Borge ab 1946 in verschiedenen revolutionären Organisationen am Kampf gegen die Somoza-Diktatur.

1961 gründete er zusammen mit Carlos Fonseca und 10 anderen Gleichgesinnten die FSLN. Borge wurde Anfang 1976 von der Nationalgarde inhaftiert und anschließend 9 Monate lang gefoltert. Mit der Besetzung des Nationalpalastes am 22.8.1978 durch ein FSLN-Kommando konnte auch seine Freilassung erzwungen werden. Zusammen mit Daniel Ortega nahm er an der Befreiung von Leon teil, wo er am 19. Juli 1979 den Sieg der Revolution feierte.

FRAGE: Wie schätzen Sie die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage Nikaraguas und Mittelamerikas ein? Glauben Sie, daß es in dem gesamten Gebiet Krieg geben wird, wenn die USA in das Land oder in El Salvador einmarschieren?

T. BORGE: Die sandinistische Volksrevolution ist ein strategischer Beitrag zum Frieden in Mittelamerika, weil sie die wirklichen Ursachen des Krieges abgeschafft hat. Andere Länder Mittelamerikas sehen sich einer Lage gegenüber, die derjenigen Nikaraguas entgegengesetzt ist.

Honduras ist ein von den USA besetztes Land, das in eine große Militärenklave verwandelt worden ist und eine Wirtschaft besitzt, die, genauso wie die salvadorianische, am Rande des Abgrunds balanciert.

Das salvadorianische Volk führt einen Kampf für seine Befreiung gegen eine Regierung, die von ihrem Völkermord-

heer und dem Weißen Haus unterstützt wird, um zwei sehr typische Länder (El Salvador und Honduras; d. Red.) des Kampfes und der Unterdrückung zu nennen.

Die Folgen werden unabsehbar sein, wenn die USA sich entscheiden, einen Einmarsch in Nikaragua oder El Salvador zu verwirklichen, obgleich sich die nordamerikanische Regierung bereits praktisch, ohne Feigenblatt, an den Angriffen gegen beide Länder beteiligt.

US-Einmarsch wäre folgenschwer

Eine Intervention wird nicht nur die Aussicht auf Frieden in ganz Mittelamerika in weite Ferne rücken, sondern auch angesammelte und verborgene revolutionäre Kräfte entfesseln, was mit einer nicht gekannten Wucht die gesamte politische Landschaft Mittelamerikas verändern wird.



FRAGE: Was waren Ihrer Meinung nach die wichtigsten Fehler und Irrtümer, die in diesen 4 Jahren vorgekommen sind? **T. BORGE:** Wir haben bei anderen Gelegenheiten gesagt, daß einer unserer wichtigsten und ersten Fehler der war, fast unmittelbar nach dem Sieg zur Normalität überzugehen, während wir in Wirklichkeit mit der Übernahme der Macht ein Land in Ruinen vorfanden, das ausgeplündert war, mit einer gelähmten und zerrütteten Wirtschaft. Das hätte notwendigerweise erfordert, drastische Maßnahmen zu ergreifen, um einer Situation des nationalen Notstandes entgegenzutreten.

Deswegen, weil wir diese Lage nicht richtig erkannt haben, war es so, daß wir nachher, zu spät, Maßnahmen ergreifen mußten, welche von unseren Feinden ausgenutzt wurden, um auf nationaler und internationaler Ebene Kampagnen mit dem Ziel der Destabilisierung zu starten.

Ein anderer Fehler, über den wir auch zu anderen Gelegenheiten gesprochen haben, ist der, daß wir zu Beginn der Revolution an der Atlantikküste einsehen mußten, daß wir zu wenig Verständnis für die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung dieser Zone hatten.

Die Genossen, die am Anfang zur Atlantikküste geschickt wurden, die ständig an das geschichtliche Programm dachten, mit den besten Absichten, mit dem festen Willen, unseren Brüdern an der Atlantikküste die Bildung, die Gesundheit, die Revolution zu bringen, kannten jedoch nicht die Anthropologie, die Sprachen dieser Völker. Und diese waren vom Somozismus vergessen worden, der sie völlig aus der Erinnerung verbannt hatte.

Dieser kulturelle Zusammenstoß wurde von den Feinden unseres Volkes geschickt ausgenutzt, um in äußerst grausamer Weise die eingeborene Bevölkerung, besonders die Miskitos, zu täuschen.

Trotzdem haben wir jedoch einige wichtige Fortschritte an der Atlantikküste erreicht, wir haben nach und nach diesen Teil Nikaraguas wiedereingegliedert, der heute gemeinsam mit den Bewohnern des Pazifikgebietes voranschreitet.

Trotz dieser Fehler, der unvermeidlichen Unweisheiten eines revolutionären Prozesses — man begeht nur dann keine Fehler, wenn man nichts macht — und in einer Revolution nichts zu tun, nichts zu ändern, das wäre nicht nur ein Fehler, das wäre eine Katastrophe — ist das Ergebnis unterm Strich positiv. (...)

FRAGE: Welche Meinung vertreten Sie hinsichtlich der Anschuldigungen der nordamerikanischen Regierenden gegen Nikaragua über den Export der Revolution, Waffenlieferant der Guerilla, Satellit Kubas und der UdSSR usw.?

Von wegen Export der Revolution

T. BORGE: Wenn wir die Geschichte untersuchen, so sehen wir, daß das dieselben sind, die gestern Augusto Cesar Sandino beschuldigt haben, „Satellit des mexikanischen Bolschewismus“ zu sein, weil er ein Kämpfer der Verteidigung der nationalen Souveränität gegen die nordamerikanische Besatzung war.

Als ob wir die Revolution exportierten! Wir exportieren Kaffee, Baumwolle, Fleisch, aber wir exportieren auch unser Beispiel der Würde und des Patriotismus, und dagegen kann man keine Blockade verhängen.

Wie können wir jemals eine Revolution exportieren? Der Kampf der mittelamerikanischen Völker hat seinen Ursprung in der expansionistischen Politik der USA quer durch die Geschichte hin-

durch. Sie bedeutete Krieg, Hunger und Ausbeutung für Arbeiter und Bauern und Bereicherung für die ausbeuterischen Minderheiten. Deswegen kämpfen die mittelamerikanischen Völker! Man beschuldigt uns auch, die salvadorianische Guerilla mit Waffen zu versorgen, obwohl die wichtigste Bezugsquelle der salvadorianischen Brüder die Waffen sind, die die Regierung der USA an das salvadorianische Heer geliefert hat.

Niemandes Satellit!

Satelliten von Kuba und der UdSSR? Wir sind selbst Herren unserer Entscheidungen. Das kann man leicht an unserer nichtpaktgebundenen internationalen Politik feststellen, an der ganzen Reihe der Beziehungen mit europäischen, asiatischen und afrikanischen Ländern, und mit Ländern des amerikanischen Kontinents. Wir unterhalten Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen und sozialistischen Ländern.

Wir sind sehr auf unsere Unabhängigkeit und Souveränität bedacht, und wir unterwerfen uns keinerlei wie auch immer geartete Bedingungen. Deshalb bestehen unsere Beziehungen zu Kuba und der Sowjetunion innerhalb des Rahmens der

gegenseitigen Achtung. Wir sind Freunde Kubas und der Sowjetunion und vieler anderer Länder, aber wir sind niemandes Satellit.

Deshalb mußte die nordamerikanische Regierung zu einer Lügenkampagne gegen Nikaragua Zuflucht nehmen, um unsere Revolution herabzuwürdigen. Aber wir ziehen es vor, 10 Wahrheiten in einer Sprache zu verbreiten, als eine Lüge in 10 Sprachen, wie es jene tun.

FRAGE: Seit dem Sieg der Revolution haben Sie die schwierige Verantwortung für das Innenministerium. Was war der glücklichste und was war der schmerzlichste Augenblick, den Sie erlebt haben?

T. BORGE: Das Innenministerium verfolgt das Ziel, ein „Wachposten der Freude unseres Volkes“ zu sein. Ich glaube, daß es das in großem Maße erreicht hat. Die Führung des Innenministeriums hat große Erfolge in seinen zwei wichtigsten Gebieten erreicht: Innere Ordnung und Sicherheit des Staates. Im Bereich der inneren Ordnung können wir das Sinken der Verbrechenskennziffer während der ersten 4 Jahre der Revolution in den Mittelpunkt stellen. Heute ist Nikaragua das Land mit dem niedrigsten Niveau an Straftaten in Mittelamerika.



Arbeiter und Milizionär, Faustino Guzman, gehört dem Verteidigungskomitee des industriellen Komplexes INCA von Masaya an.

Während 1980 38.781 Delikte verzeichnet wurden, wurden diese 1981 auf 22.554 reduziert, 1982 auf 10.439, und 1983 wurden nur 8.402 Verbrechen festgestellt. (...)

Unser höchstes Glück ist das Wohlergehen des Volkes und die Sicherheit der Revolution. Die Freude des Volkes ist unsere Freude. Unser Schmerz ist der Schmerz über den Tod unserer kämpfenden Brüder, die aus dem Inneren unseres Volkes geboren wurden.

FRAGE: Verschiedentlich wurde die Großzügigkeit der Revolution gegenüber einigen Gefangenen kritisiert, die freigelassen wurden und sich später der Konterrevolution anschlossen. Denken Sie, daß diese Großzügigkeit ein Fehler war?

T. BORGE: Die Großzügigkeit ist eine Tugend, sie kann kein Fehler sein.

Die Großzügigkeit befindet sich immer in Übereinstimmung mit den moralischen Grundsätzen, mit einer Taktik, die zur Strategie wurde, mit einer Menschlichkeit um jeden Preis, mit der Rechtmäßigkeit einer Auffassung, die sich weigert, die andere Wange hinzuhalten, die aber die Berufung der ausgestreckten Hand, der Barmherzigkeit besitzt.

Großzügigkeit ist eine Tugend

Die Revolution hat ein gutes Gedächtnis, aber sie ist in der Lage, Vergehen immer dann zu vergessen, wenn sich eine menschliche Erneuerung zeigt.

Wir haben immer geglaubt, daß alle Menschen Menschen sind, und daß deswegen die Entmenschlichung umkehrbar ist. Die Revolution glaubt an die Wiedererstehung des verlorenen Paradieses im Bewußtsein der menschlichen Wesen.

Die Großzügigkeit ist auch ein Ergebnis der moralischen Kraft. Bisweilen sagen wir, daß wir unerbittlich im Kampf sind, und großzügig im Sieg.

FRAGE: Können Sie irgendwelche Zahlen, Daten oder Informationen liefern, die zeigen, daß in Nicaragua die Menschenrechte, die religiösen Bekenntnisse und die Freiheit der Presse verteidigt und geachtet werden?

T. BORGE: Das ist ein Thema, das Hauptgegenstand der Lügenkampagnen war, die unsere inneren und äußeren Feinde entfaltet haben.

In Nicaragua hat nur die Revolution die Achtung der Menschenrechte möglich gemacht. Zu einer Gelegenheit haben wir gesagt, daß wir wünschen, uns in ein leuchtendes Beispiel der Achtung der Menschenrechte in diesem Erdteil zu verwandeln, und daß wir das erreichen werden.

Heute können wir sagen – und es gibt weltweit angesehene Zeugen – daß wir die Menschenrechte mit Tatkraft, mit



FSLN-Plakat: „Sandino lebt im Kampf für den Frieden!“

Unduldsamkeit verteidigen und achten, wobei wir Rückfällen, der Beharrlichkeit von Verhaltensweisen und Auslegungen entgegentreten.

Nur mit der Revolution war es möglich, die Folter und die unmenschliche Behandlung Gefangener auszurotten. Nur die Revolution konnte die gesellschaftliche Wiedereingliederung der Gefangenen durch eine geeignete Politik der Umziehung hervorbringen. Dabei werden die Gefangenen in die produktive Arbeit einbezogen. Sechs Landgüter mit offenem Vollzug sind als ein wirkungsvolles Mittel der Wiedereingliederung in Betrieb.

Nur die Revolution war imstande, sich damit zu befassen, wie die Gefangenen ihre Schuld gegenüber dem Volk unter menschlichen Bedingungen abtragen. Darum haben wir Gebäude für den Strafvollzug verbessert und bauen neue.

Wir geben jedoch zu, daß es in Nicaragua noch immer keine vollständige Achtung der Menschenrechte gibt. Trotz der großen Fortschritte, die die Revolution gemacht hat, gibt es immer noch Menschen ohne Arbeit, gibt es immer noch Kinder, die arbeiten müssen, um zuhause mitzuhelfen, gibt es immer noch Familien, die keine würdige Wohnung haben.

Erst wenn wir keinen Nicaraguaner mehr ohne Brot, ohne Bildung, ohne Wohnung, ohne Arbeit, ohne Gesundheit, ohne Land, ohne Liebe, ohne Glück haben, können wir sagen, daß die Menschenrechte in ihrer Gesamtheit geachtet werden. (...)

Was die Freiheit der Presse anbetrifft, so muß daran erinnert werden, daß 55% der Radiosender des Landes privat sind, ebenso wie zwei der drei Tageszeitungen, die im ganzen Land verbreitet werden. Jedenfalls gibt es heute eine breite und wirkliche Meinungsfreiheit des Ausdrucks, weil Gruppen von Menschen, die Klassen, die am Rande der Gesellschaft leben – Arbeiter und Bauern –, die praktische Möglichkeit haben, ihre Ideen zum Ausdruck zu bringen; weil nicht nur drei oder vier Einzelne, die die Geldmittel hatten, ein Verlagshaus zu kaufen,

ihre Meinung ausdrücken können, sondern die breiten Massen, die nie Radiosender oder Tageszeitungen hatten, heute Zugang zur Kommunikation haben.

Das ist die wahre Meinungsfreiheit.

FRAGE: Sie haben gesagt, daß Nicaragua einen Wahlprozeß durchführen wird, um die Revolution zu institutionalisieren und nicht, um den USA einen Gefallen zu tun. Glauben Sie, daß dieser Prozeß durchgeführt werden kann, wenn die Tätigkeit der vom CIA finanzierten Gruppen zunimmt?

T. BORGE: Die nordamerikanische Administration setzt ihre verbrecherische und sinnlose Politik der Aggression fort, wie die jüngsten Angriffe auf Ferry de Potosi, auf die Treibstofflager in San Juan del Sur und auf ein Küstenschutzboot im Golf von Fonseca mit hochmodernen, vom CIA gelieferten Booten und Helikopter der Konterrevolutionäre, die Sabotageakte gegen Propangas-LKWs, der Angriff auf Minitas, Chinandega oder die Verminung der Häfen von El Bluff und Corinto beweisen, die zur gefährlichen Havarie des panamaischen Schiffes „Los Caribes“ führte.

Aber nur ein Krieg in großem Maßstab oder ein direkter Einmarsch von seiten der USA wird die Abhaltung von Wahlen verhindern können.

Ungeliebte Wahlen

FRAGE: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es eine nationale und internationale Kampagne gegen den Wahlprozeß in Nicaragua. Was sind die Ziele dieser Kampagne?

T. BORGE: Sicher gibt es eine nationale und internationale Kampagne gegen den Wahlprozeß Nicaraguas, der am kommenden 4. November durchgeführt



Nutznießer und Stützen der Revolution: Landarbeiterfamilie des Produktionszentrums „Pikin Guerrero“, dem Pilotprojekt der Agrarreform

wird. Das überrascht uns nicht, denn das ist Teil des weltweiten Plans des Imperialismus, diese Revolution — um jeden Preis — zu destabilisieren und zu zerstören.

Da sie wissen, daß sie keine Grundlage haben, um an den Wahlen zu gewinnen, und da sie sich der Niederlage bewußt sind, verfolgen sie die Strategie, die Rechtmäßigkeit der Wahlen in Frage zu stellen, wobei sie die Stimmhaltung und die Verwirrung begünstigen.

Natürlich ist der Anführer dieser Kampagne die nordamerikanische Regierung. (...)

FRAGE: Wie sehen Sie die Zukunft Nikaraguas und seiner Revolution angesichts der Tatsache, daß die Regierung der USA Honduras in einen riesigen Stützpunkt der militärischen Aggression gegen den (revolutionären) Prozeß verwandelt hat, und jetzt schon die Durchführung der neuen Manöver „Big Pine III“ (Große Pinie III; d. Red.) vorbereitet?

T. BORGE: Wir ziehen in Erwägung, daß wir uns lange Zeit der Angriffe unserer Feinde erwehren müssen, hauptsächlich der Konterrevolution, die, durch den CIA finanziert, frei in Honduras operiert und die sein Territorium besetzt hat, um unser Land anzugreifen.

Die neuen Manöver stellen nur eine weitere Stufe der Unterstützung der nächsten Operationen dar, die die Konterrevolution und der Imperialismus mit Sicherheit gegen unsere Revolution entfesseln werden. Darüber haben wir keinerlei Zweifel!

Die Revolution vertiefen

Jetzt haben wir die vorherigen Erfahrungen der vergangenen „Big Pine“, die jeden Tag größer werden. Wir sind uns dessen bewußt, daß, solange es den Imperialismus gibt, es die Konterrevolution geben wird.

Und solange es beide gibt, werden wir das Ziel destabilisierender Tätigkeiten sein, weil sie nicht einsehen können, daß sie ihren ehemaligen Hinterhof verloren haben. Trotzdem haben wir Hoffnung, erwarten wir sinnvollere Haltungen späterer nordamerikanischer Regierungen. (...)

Was tun? Wir müssen diese Revolution vertiefen, und uns gleichzeitig mit dem Stahl der Gewehre wappnen, um einem Krieg gegenüberzutreten. Wir müssen mit Optimismus fortfahren, komme was da wolle, den Ölbaum des Friedens aufzurichten, der eine halbwelke Blume ist, eine gemeinsame Sache, und gleichzeitig eine Hoffnung und eine Verpflichtung.

(Quelle: Patria Libre, Managua, Nr. 29, März-April 1984, S. 38-47)



Ute Kampmann

5 Jahre Revolution Eine Bilanz der Wirtschafts- und Innenpolitik

Nikaragua muß sich für „einen verlängerten Kampf mit langen Perioden von Opfern und Not“ vorbereiten, „und gleichzeitig beim Aufbau eines neuen Nikaragua voranschreiten“.¹ Fast 5 Jahre nach der Revolution vom 19. Juli 1979 resümierte so die Sandinistische Versammlung, ein Führungsgremium der Sandinistas, am 18. Mai d.J., die Aufgaben vor denen das Land heute steht.

Wer in Nikaragua selbst oder im Ausland der Illusion erlag, daß nach der Revolution Milch und Honig fließen würden, mußte sich eines Besseren belehren lassen. Die Destabilisierungspolitik der USA, die Angriffe der „Contras“ und der Preisverfall seiner Exportprodukte haben Nikaragua heute vor scheinbar unüberwindbare Probleme gestellt.

Die Mühen der Ebene

Nichtsdestotrotz steht die Mehrheit des Volkes hinter der Revolution, weil es einen Teil der Früchte des Sieges bereits genießt und erkannt hat, daß die Voraussetzungen für seine endgültige politische, wirtschaftliche und kulturelle Befreiung geschaffen sind.

Bereits nach dem Befreiungskrieg mußte der Neuaufbau unter denkbar schwierigen Bedingungen erfolgen. Das Erbe der Diktatur war gekennzeichnet durch Abhängigkeit und Unterentwicklung, die Ausbeutung des Volkes durch den So-

moza-Clan, die Zerstörungen des Erdbebens 1972 und die Folgen des Befreiungskampfes 1978/79.

Der Krieg hatte ungefähr 50.000 Menschenleben gefordert. Der durch die Zerstörung entstandene Schaden wird auf 800 Mio Dollar geschätzt. Über 500 Mio Dollar gingen bis Mitte 1979 dem Land durch Kapitalflucht verloren. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ging 1979 um 25% zurück. Ca. ein Drittel aller Nikaraguaner hatten keine Arbeit.

Daraus ergab sich eine schier unübersehbare Fülle schnell zu bewältigender Aufgaben: Von der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten, der Inangsetzung der Wiederaufbauarbeiten bis zur Neustrukturierung des gesamten Staatsapparates.

Die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN), als die führende politische Kraft, setzte dabei das im Kampf gegen Somoza entstandene Bündnis mit der antisomozistischen Bourgeoisie fort. Zwar wurden als eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung der Besitz des Somoza-Clans, die Banken, die Minen und der Außenhandel verstaatlicht, der Anteil des Privateigentums an der Produktion überwiegt aber nach wie vor.

Die Politik der „Nationalen Einheit“ und der „gemischten Wirtschaft“ war in der ersten Phase des Wiederaufbaus relativ erfolgreich.

Die landwirtschaftlichen Produktionsziele wurden zu 97% erreicht. Im Bereich



Die Zerstörungen des Krieges und die Armut des Volkes: das Erbe der Somoza-Diktatur

der Grundnahrungsmittel lagen die Produktionsergebnisse aufgrund der Förderung der Kleinbauern, die zum großen Teil für den Binnenmarkt produzieren, sogar über dem Erwarteten. Dagegen wurde im industriellen Bereich der Plan nur zu 90% erfüllt.²

Der Lebensstandard, vor allem der ärmsten Schichten der Bevölkerung, hat sich einschneidend verbessert. Die Arbeitslosigkeit konnte auf nunmehr 17,5% gesenkt werden. Das Realeinkommen wurde trotz der Inflation erhöht.

Zur Verbesserung der sozialen Lage des Volkes trugen auch Maßnahmen wie die Verringerung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden, die Festlegung eines freien Tags pro Woche und 4 Wochen bezahlten Urlaubs im Jahr, die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und die Einführung eines einheitlichen Gesundheitsvorsorgesystems bei.

Da im Jahr 1980 vor allem der Dienstleistungssektor angewachsen war, sah der Plan 1981 verstärkte staatliche Investitionen im produktiven Bereich und in der wirtschaftlichen Infrastruktur vor. Das BIP wuchs statt der geplanten 18,5% nur um 6%.

Die Gründe für diese insgesamt unbefriedigende Wirtschaftsentwicklung lagen neben den Destabilisierungspraktiken durch die USA (siehe Beiträge von J. Cavanagh/J. Hackel und N. Biver), der teilweisen Ineffizienz des öffentlichen Sektors und Produktivitätsproblemen durch Streiks und mangelnde Arbeitsdisziplin, vor allem im Investitionsboykott und der Dekapitalisierung der Betriebe durch die Privatunternehmer. Man schätzt, daß durch die Kapitalflucht 120-140 Mio Dollar ins Ausland transferiert wurden.³

Daraufhin erließ die Regierung am 9. September 1981 ein wirtschaftlich-so-

ziales Notstandsprogramm, das im wesentlichen folgende Maßnahmen beinhaltet: Sparmaßnahmen des öffentlichen Haushalts; schärfere Kontrolle des Außenwirtschafts- und Devisenverkehrs; Verbote der Störung der Produktion und der Verteilung.⁴

Konflikt mit der Bourgeoisie

Im Folgenden kam es zu Konflikten sowohl mit der ultralinken Gewerkschaft CAUS als auch mit dem Unternehmerverband COSEP, die in der Verhaftung einiger führender Vertreter beider Organisationen gipfelte.

Die Bourgeoisie sah sich schon durch zwei im Juli 1981 verkündete Gesetze in ihrem Recht auf Privateigentum bedroht: durch das Gesetz über die Konfis-

zierung verlassener und dekapitalisierter Unternehmen und durch das Agrarreformgesetz.

Mit dem Agrarreformgesetz wurde die Möglichkeit der Enteignung für bestimmte Größenordnungen verpachteten oder ungenutzten Landes (je nach Region 380 bzw. 760 ha) gegeben. Die traditionellen Pachtverhältnisse (Arbeits- und Naturalientribut) wurden abgeschafft.⁵

Das Land kann sowohl einzelnen Bauern oder Kooperativen übereignet, als auch als Staatsbetrieb weitergeführt werden. Da die Neubildung von Kooperativen bevorzugt wurde, ging die Verteilung zuerst nur langsam voran. In den ersten anderthalb Jahren bis Dezember 1982 wurden über 100.000 ha vergeben, davon 82% an Kooperativen und 18% an Einzelpersonen. Seit 1983 wurde, um

Landreform 1978-84

Eigentümer	Landverteilung (in 1000 ha)					
	1978 Ausdehnung	%	1983 Ausdehnung	%	1984 (Planung) Ausdehnung	%
Einzelbauern						
mehr als 380 ha	2.219	36,2	861	14,0	709	11,5
152 bis 379 ha	996	16,2	776	12,6	761	12,4
38 bis 151 ha	1.848	30,1	1.817	29,6	1.817	29,6
8 bis 37 ha	943	15,4	426	6,9	426	6,9
weniger als 8 ha	129	2,1	97	1,6	97	1,6
Kredit- und Dienstleistungs-genossenschaften			611	10,0	611	10,0
Produktions-genossenschaften			288	4,8	531	8,7
Agrarreformbetriebe			1.260	20,5	1.183	19,3
Summe	6.135	100,0	6.135	100,0	6.135	100,0



den „Contra“-Angriffen im Norden des Landes zu begegnen, die Landvergabe an Kooperativen beschleunigt und – bis Ende 1983 – über 450.000 ha Land neu verteilt.⁶

Im Jahr 1982 kam es durch Naturkatastrophen und zunehmende Überfälle im Norden zu einem ersten Rückschlag in der Wirtschaftsentwicklung. Durch die Überschwemmung im Mai/Juni und der darauffolgenden Dürre entstand ein Schaden von ca. 450 Mio Dollar.

Negativ wirkten sich auch die von den USA verhängten Wirtschaftsboykottmaßnahmen und die Angriffe der von ihnen unterstützten „Contras“, die 1982 einen Schaden von 58 Mio Dollar verursachten, aus.

Hinzu kommen die aus den verstärkten Verteidigungsmaßnahmen resultierenden Produktionsausfälle.

Dies trug mit dazu bei, daß Nicaragua seit 1979 erstmals einen realen Produktionsrückgang zu verzeichnen hatte. Das BIP sank um 2%. Die Landwirtschaftsproduktion stagnierte, so daß das Ziel der Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln bislang nicht erreicht werden konnte. Die Industrieproduktion war rückläufig.

Die durch die Inflation verursachte Reallohnsenkung konnte durch den Ausbau der Subventionen und der staatlichen Sozialleistungen ausgeglichen werden.⁷

Da sich 1983 die Angriffe der „Contras“ und des CIA verstärkt gegen wirtschaftliche Objekte (z.B. den Hafen von Corinto) richteten, waren die Verluste enorm. Die gesamten Schäden belaufen sich mittlerweile auf über 200 Mio Dollar.

Die Ausgaben für Verteidigung im Staatshaushalt stiegen von 18% 1982 auf 20% 1983, und sie werden 1984 schätzungsweise 25% betragen. Dies führte unweigerlich zu Steuererhöhungen, Begrenzungen der Ausgaben für Gesund-

heit und Erziehung und zu einer steigenden Inflationsrate.⁸

Trotz dieser ungünstigen Bedingungen war die Wirtschaftsentwicklung mit einer Wachstumsrate von 5,1% wieder positiv, wozu u.a. die gute Baumwoll- und Kaffeernte, die 36% bzw. 2% über dem Plan lagen, beigetragen haben.

Auch die Subventionierung der Güter des täglichen Bedarfs, deren Verbrauch von 1979-83 um durchschnittlich 10% pro Jahr gestiegen war, wurden 1983 weiter ausgebaut. Von 57 Mio Dollar im Jahr 1981 stieg sie auf 136 Mio Dollar im Jahr 1983, was 26% des Staatshaushalts entspricht.

Diese Politik kann 1984 jedoch nicht beibehalten werden, da die Ausgaben für Subventionen auf 190 Mio – fast die Hälfte des voraussichtlichen Exporterlöses – steigen werden. Von daher wird die Liste der Produkte, die bislang staatlicher Kontrolle und Verteilung unterliegen, von 25 auf 10 gekürzt und sämtliche Subventionen, mit Ausnahme derer für Milch und Zucker, gestrichen.⁹

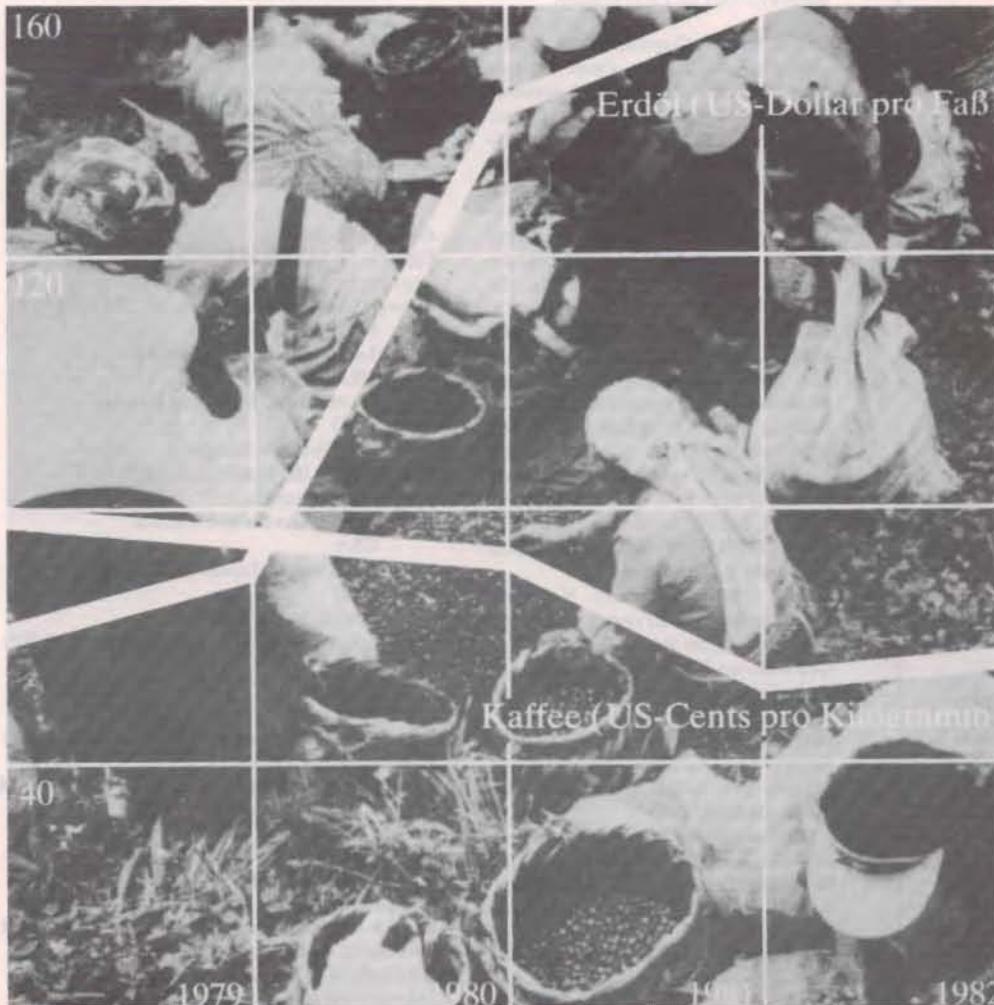
So ist gerade die wirtschaftliche Entwicklung ein Beispiel dafür, wie die äußere Bedrohung durch den Imperialismus den Aufbau einer neuen, gerechteren Gesellschaft behindert.

Ein großes Problem war außerdem die einseitige, auf den kapitalistischen Weltmarkt ausgerichtete Produktionsstruktur. Ziel der sandinistischen Wirtschaftspolitik ist es daher – neben der Förderung der Produktion von Grundnahrungsmitteln –, die Landwirtschaftsexporte so zu steigern, daß der Exporterlös für den Aufbau einer eigenen Industrie verwandt werden kann, und man somit etwas unabhängiger von den Importen aus den Industrieländern wird. Außerdem wurden die Handelsbeziehungen zu anderen Ländern, vor allem zu den Staaten des sozialistischen Lagers und der Dritten Welt, ausgeweitet.¹⁰

Folgen des ungerechten Tauschs

Die geplante Umstrukturierung der Wirtschaft kam umso schwerer in Gang, da erst einmal die rasche Wiederbelebung der Wirtschaft und die Bewältigung der akuten Notsituation im Vordergrund stehen mußten.

Aufgrund der hohen Inlandsnachfrage nach Konsumgütern und der ständig steigenden Preise für Investitionsgüter und Energie mußte immer mehr Geld für Importe ausgegeben werden.



Steigende Erdölpreise und sinkende Kaffeelerlöse – Hauptgründe für Nicaraguas Außenhandelsdefizit

Nikaragua-Daten

Territorium: 130.649 qkm (BRD 124.000 qkm)

Hauptstadt: Managua mit 693.800 Einwohnern (1981)

Bevölkerung: 2,9 Mio Einwohner (1983); Wachstumsrate: 3,3%. Ethnische Zusammensetzung: 74% Mestizen, 17% Weiße, 9% Schwarze

Sprache: Spanisch, an der Atlantikküste wird auch Englisch, Miskito und Sumo gesprochen

Religion: 94% katholisch, 4% protestantisch

Verwaltung: Das Land ist in 16 „Departamentos“ (Bezirke) und in 136 „Municipios“ (Gemeinden) unterteilt

Geschichte:

- 600 Beginn der Besiedlung durch Tolteken und Azteken
- 1502 Kolumbus entdeckt als erster Europäer Nicaragua
- 1522 Beginn der Eroberung durch die Spanier
- 1678 England erklärt die Atlantikküste zu seinem Protektorat
- 1821 Unabhängigkeit von Spanien
- 1838 Bildung eines eigenständigen Staates
- 1909 Sturz des Reformpräsidenten José Santos Zelaya mit Unterstützung von US-Truppen, die bis 1933 fast ununterbrochen im Land bleiben
- 1926 Beginn des Guerillakrieges unter Führung von Augusto Cesar Sandino gegen die Besatzer, die 1933 abziehen
- 1934 Auf Betreiben des US-Botschafters und des Kommandeurs der Nationalgarde, Anastasio Somoza, wird Sandino ermordet. Damit beginnt die bis 1979 dauernde Somoza-Diktatur
- 1961 Gründung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) unter Führung von Carlos Fonseca, der 1976 fällt
- 1972 Ein Erdbeben zerstört fast vollständig die Hauptstadt Managua
- 1977 Die FSLN dehnt ihre militärischen Aktionen auf das ganze Land aus
- 1978 Bildung der bürgerlichen Breiten Oppositionellen Front (FAO) und der Linksallianz Vereinigte Volksbewegung (MPU)
- 1979 Bildung der Nationalen Patriotischen Front (FPN) aus MPU und linkem Flügel der FAO. Beginn des allgemeinen Volksaufstands am 4. Juni. Er endet am 19. Juli mit dem Sieg der Revolution. Der Somoza-Besitz wird verstaatlicht
- 1980 Ankurbelung der Wirtschaft und Durchführung einer Alphabetisierungskampagne
- 1981 Beginn der Destabilisierungskampagne und des Aufbaus der „Contras“ durch die USA
- 1982 Verhängung des Ausnahmezustands
- 1983 Mehrere „Contra“-Invasionen. Militärmanöver der USA in Honduras und Aufbau von militärischen Einrichtungen
- 1984 Die nikaraguanische Regierung kündigt allgemeine Wahlen für den 4. November an. Die USA lassen die Häfen des Landes verminen



Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

	1977-79	1982-84
Bruttoinlandprodukt (BIP)		
Gesamt (in Mio Dollar von 1980; 1978/83)	2.481	2.363
Je Einwohner (in Dollar von 1980; 1978/83)	975	814
Struktur nach Wirtschaftssektoren (in %; 1977/82)		
Landwirtschaft	22	24
Industrie	22	24
Bergbau und Bauwesen	9	3
Staatliche Verwaltung	5	9
Dienstleistungen	42	40
Struktur nach Eigentümern (in %; 1977/82)		
Staatliches Eigentum	11	39
Privateigentum	67	31
Kleinproduzenten	22	30
Außenwirtschaft		
Exporte (in Mio Dollar; 1978/83)	646	405
Importe (in Mio Dollar; 1978/83)	533	819
Exporte nach Bestimmung (in %; 1977/82)		
Mittelamerika	21,5	13,2
Lateinamerika und Karibik	3,8	3,6
USA	22,7	21,6
Westeuropa, Japan und Kanada	41,5	44,6
BRD	13,4	9,4
Sozialistische Länder	3,5	6,4
Importe nach Herkunft (in %; 1977/82)		
Mittelamerika	22,6	16,8
Lateinamerika und Karibik	16,5	27,2
USA	28,8	19,0
Westeuropa, Japan und Kanada	30,1	22,2
BRD	6,7	3,7
Sozialistische Länder	0,4	11,5
Exportgüter (in % des Gesamtexports; 1978/82)		
Kaffee	30,9	30,4
Baumwolle	21,8	21,4
Zucker	3,0	8,9
Auslandsverschuldung (in Mrd Dollar; 1979/83)	1,7	3,7
Schuldendienst (in Mio Dollar; 1978/83)	44	290
Wechselkurs (Cordobas für 1 DM 1978/Mai 1984)	3,4	3,9
Soziale Kennziffern		
Arbeitslosenrate (in %; 1979/83)	28,0	20,9
Inflation (in %; 1979/83)	48,2	43
Analphabetenquote (in %; 1979/83)	50,4	8
Schüler- und Studentenzahl (in Tausend; 1978/82)	502	902
Lehrerzahl (in Tausend; 1979/82)	13	12
Säuglingssterblichkeit (pro Tausend; 1979/82)	121	90
Lebenserwartung (in Jahren; 1978/82)	52,5	57,6
Sozialversicherte (in Tausend; 1979/82)	112	242

Die Preise der nikaraguanischen Exportgüter, deren Produktion außerdem wegen der oben genannten Schwierigkeiten nur unzureichend gesteigert werden konnte, sanken dagegen beständig ab.

Die Handelsbilanz wies daher seit 1980 in jedem Jahr ein Defizit von ungefähr 400 Mio Dollar auf. Um dieses Handelsbilanzdefizit finanzieren zu können, mußten im Ausland neue Kredite aufgenommen werden. Die Gesamtverschuldung belief sich 1983 auf 3,7 Mrd Dollar. 1,6 Mrd davon hatte Somoza dem Land hinterlassen. Um nicht völlig von der Vergabe neuer Kredite ausgeschlossen zu werden, mußten die Sandinistas die alten Schulden anerkennen.

Bei den 1981 abgeschlossenen Umschuldungsverhandlungen konnte jedoch ein Zahlungsaufschub bis 1985/86 vereinbart werden; momentan sind hauptsächlich die Zinsen zu zahlen.¹¹

Trotz dieses relativ günstigen Verhandlungsergebnisses betrug der Schuldendienst 1983 290 Mio Dollar. D.h. 71,6% der Exporterlöse mußten für die Tilgungs- und Zinszahlungen aufgewendet werden.

Bisher hat Nicaragua seine Schulden pünktlich bezahlt. Nach den letzten Zinserhöhungen in den USA erklärte der Präsident des Internationalen Fonds für Wiederaufbau (FIR), Blandon, Anfang Juni d.J. in Managua, die Regierung könne ihren Auslandsverbindlichkeiten nicht mehr nachkommen.¹²

Politischer Pluralismus

Mit dem Sieg der Revolution wurde nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politisch-administrativen Bereich ein Neuaufbau erforderlich. Die Grundlage hierfür war, analog dem System der gemischten Wirtschaft im Bereich der Wirtschaft, der politische Pluralismus.

So setzte sich die Regierungsjunta des nationalen Wiederaufbaus (JGRN), die eigentliche Exekutive, zunächst neben den beiden Vertretern der FSLN (Daniel Ortega, Moises Hassan) aus zwei Vertretern des bürgerlichen Spektrums (Alfonso Robelo, Violetta Chamorro) und einem Vertreter der „Gruppe der 12“ (Sergio Ramirez) zusammen.

Dieses Bündnis drohte erstmals durch den Rücktritt V. Chamorros und A. Robelos zu zerbrechen. Doch die beiden Junta-Posten konnten wieder mit zwei Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager, mit Rafael Cordova und Arturo Cruz, besetzt werden. In dieser Zusammensetzung blieb die Junta bis März 1981 bestehen. Seither ist sie, unter Beibehaltung der politischen Proportionen, auf drei Personen (Daniel Ortega, Rafael



Die wichtigsten politischen Führer (vlnr.): Sergio Ramirez, Dr. Rafael Cordova Rivas, Daniel Rivas (Mitglieder der Regierungsjunta), Tomas Borge (Innenminister)

Cordova und Sergio Ramirez) reduziert. Neben Junta und Regierung steht der parlamentsähnliche Staatsrat, in dem alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, Verbände, Organisationen und Parteien vertreten sind.

Zu Beginn des Jahres 1980 wurden die Sitze im Staatsrat von 33 auf 47 erhöht (später sogar auf 50), da inzwischen neue Organisationen, z.B. die sandinistische Gewerkschaft CST gegründet worden waren. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Bedeutung sollten sie ebenfalls Sitz und Stimme im Staatsrat erhalten.

Da sich durch die Einbeziehung der Massenorganisationen das Kräfteverhältnis zugunsten der FSLN verschob, kam es zu Konflikten mit den bürgerlichen Kräften, in deren Folge sich die Demokratische Nationale Bewegung (MDN), die Partei des heutigen „Contra“-Führers Alfonso Robelo, aus dem Staatsrat zu-

rückzog.

Die Hauptaufgabe der Massenorganisationen (siehe Kasten) ist es, verschiedene gesellschaftliche Gruppen zu organisieren, um eine möglichst große Beteiligung der Bevölkerung am revolutionären Prozeß zu erreichen. Neben dieser allgemeinen Aufgabe, die Verteidigung der Revolution, ist durch die Vertretung im Staatsrat gewährleistet, daß auch gruppenspezifische Forderungen dort vorgebracht und diskutiert werden.

Organe der Volksmacht

Die größte Massenorganisation sind die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS), die nach Stadtteilen organisiert sind. Sie entstanden während der Aufstandsperiode 1978-79 und spielten eine herausragende Rolle bei der Unterstüt-



Die Mutter eines gefallenen Kämpfers übergibt im Beisein von Landwirtschaftsminister Jaime Wheelock an einen Bauern eine Landbesitzurkunde

zung der Guerilla. Nach dem Sieg waren sie eine wichtige Hilfe bei der Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen an der Basis. Sie übernahmen z.B. die Organisation der Lebensmittelversorgung, unterstützten die Alphabetisierungskampagne, die Impfkampagnen usw. (siehe Gespräch mit Fernando Saavedra in diesem Heft).

Der eigentliche Aufbau der Sandinistischen Gewerkschaftszentrale (CST), die aus den vormaligen Betriebskomitees der Sandinistas hervorging, vollzog sich erst nach dem Sieg. Aufgrund zahlreicher Neugründungen einzelner Betriebsgewerkschaften, die sich mehrheitlich der CST anschlossen, hatte diese eine rasche Mitgliederexpansion und vertritt heute über 80% der organisierten Arbeiter.

Gewerkschaften und Massenorganisationen

Sandinistische Organisationen

Sandinistische Verteidigungskomitees (CDS), die auf Stadtteil- und Dorfebene 500.000 Nikaraguaner organisieren
Sandinistische Jugend 19. Juli (JS 19J), mit 40.000 Mitgliedern

Vereinigung der Frauen Nikaraguas „Luisa Amanda Espinoza“ (AMNLAE), 30.000 Mitglieder

Nationale Vereinigung der Bauern und Viehzüchter (UNAG), die 80.000 Klein-, Mittel- und Genossenschaftsbauern organisiert
Sandinistische Kinderorganisation (ANS)

Gewerkschaften

Es bestehen 6 Gewerkschaftszentralen, die über Mitglieder in allen Wirtschaftsbereichen verfügen:

Sandinistische Arbeiterzentrale (CST), 111.498 Mitglieder

Allgemeine Arbeiterföderation (CGT(i)), unabhängig, 17.177 Mitglieder, unter Führung der PSN

Nikaraguanische Arbeiterzentrale (CTN); 2.734 Mitglieder; unter Führung der PSC

Zentrale der Gewerkschaftlichen Aktion und Vereinigung (CAUS), 1.939 Mitglieder, unter Führung der PCN

Föderation der Gewerkschaftlichen Vereinigung (CUS), 1.670 Mitglieder, unter Führung der PSD

Arbeiterfront (FO), unter Führung der MAPML

Fünf Gewerkschaften, mit bestimmendem Einfluß der FSLN, organisieren nur bestimmte Berufsgruppen:

Vereinigung der Landarbeiter, 40.000 Mitglieder

Föderation der im Gesundheitswesen Beschäftigten (FETSALUD), 15.613 Mitglieder

Nationale Vereinigung der Lehrer Nikaraguas (ANDEN)

Union der Journalisten Nikaraguas (UPN)

Nationale Union der Angestellten (UNE).

Insgesamt waren Ende 1983 207.391 Nikaraguaner in Gewerkschaften organisiert. CST, ATC, CGT(i), CAUS, FO, FETSALUD, ANDEN, UPN und UNE sind Mitglieder der Gewerkschaftskoordination Nikaraguas (CSN), die 1980 gegründet wurde.



„Wir sind keine Vögel, die von der Luft leben; wir sind keine Fische, die vom Meer leben; wir sind Menschen, die von der Erde leben“

In dem Bemühen um eine stärkere gewerkschaftliche Einheit fand im November 1980 auf ihre Initiative ein erster Gewerkschaftskongreß statt, bei dem die Nikaraguanische Gewerkschaftskoordination (CNS) gegründet wurde. Die CNS umfaßt alle Gewerkschaftsverbände außer der CUS und der christlichen CTN¹³ (siehe Kasten).

Auch bei der Landarbeitergewerkschaft ATC, die im März 1978 gegründet wurde, begann der Aufbau erst nach dem 19. Juli 1979. Die ATC konnte sowohl in staatlichen, als auch in privaten Betrieben wesentliche soziale Verbesserungen durchsetzen. In beiden Bereichen ist die ATC in verschiedenen Gremien an der Mitbestimmung der betrieblichen Entscheidungen vertreten.

Aufgrund der Interessenunterschiede zwischen Landarbeitern und Kleinbauern wurde im April 1981 eine eigene Organisation der Klein- und Mittelbauern gegründet, die UNAG. Vor allem die Mitglieder der Kooperativen haben sich in der UNAG organisiert.¹⁴

Die sandinistische Frauenorganisation AMNLAE gab sich nach dem Sieg der Revolution den Namen Luisa Amanda Espinoza, der ersten Frau, die als Mitglied der FSLN 1964 im Kampf gegen Somoza fiel.

Die AMNLAE versucht die Beteiligung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen durch die Abschaffung institutioneller Barrieren und durch Bewußtseinsänderung zu erreichen.¹⁵ Der dazu

nötigen Erziehungs- und Bildungsarbeit wird große Bedeutung beigemessen.

Im Staatsrat konnte AMNLAE einige wichtige Verbesserungen der juristischen Situation der Frau durchsetzen. Sie betreffen vor allem das Familien-, Ehe-, und Scheidungsrecht, aber auch frauenspezifische Bestimmungen im Arbeits- und Strafrecht. Ebenso wurde auf Initiative von AMNLAE die Kommerzialisierung, Darstellung und Benutzung der Frau als Sexualobjekt verboten.

Die Sandinistische Jugend (JS) ist eine wichtige Kraft bei der Mobilisierung von Jugendlichen für freiwillige Ernteeinsätze und für die Sandinistische Volksmiliz (MPS). Ihre erste große Aufgabe erfüllte sie in der Mitarbeit bei der Alphabetisierungskampagne.

Neben den Lehrern waren viele nikaraguanische Schüler und Studenten zu Alphabetisatoren ausgebildet worden, die aufs Land und in die Berge zogen, um dort gemeinsam mit den Bauern zu arbeiten und nach Feierabend die Alphabetisierungskurse durchzuführen. Es wurden ca. 500.000 Menschen unterrichtet und die Analphabetenquote von ca. 50% auf 8% reduziert.

Obwohl Fernando Cardenal, Bruder von Kulturminister Ernesto Cardenal und Mitglied des Jesuitenordens, Hauptverantwortlicher der Alphabetisierungskampagne war, äußerte neben der bürgerlichen Opposition auch die katholische Kirche Bedenken gegen die Kampagne, weil sie der „ideologischen In-



doktrinierung" diene. Dieses Zusammengehen von rechter Opposition und Kirchenhierarchie sollte auch in der Folge bestehen bleiben.

Bereits im Mai 1981 ließ es die Bischofskonferenz auf eine Machtprobe ankommen, als sie die vier in hohen Regierungsämtern tätigen Priester aufforderte, diese Ämter niederzulegen. Durch die Unterstützung der christlichen Basisgemeinden und der Vermittlung des Vatikans konnten die Priester in ihren Ämtern bleiben. Sie verzichteten jedoch darauf, ihre Priesterfunktionen auszuüben.

Auch die Umsiedlung der Miskitos (siehe Kasten) aus den Kriegszonen im Norden des Landes Anfang 1982 veranlaßte die Kirche zu schweren Vorwürfen gegen die Regierung. Keine Worte der Verurteilung fand sie dagegen für die Überfälle und Morde der „Contras“.

Bruch mit dem Klerus

Daß der Konflikt nicht zwischen Regierung und Kirche, sondern zwischen Kirchenhierarchie und Basiskirche verläuft, machte der Papstbesuch im März 1983 deutlich. Anlässlich einer Messe in Managua, an der 700.000 Menschen teilnahmen, wurden Rufe wie „Wir wollen Frieden“ laut, die den Papst teilweise am Reden hinderten. Er hatte die Erwartungen der Menschen nach einer Verurteilung der Überfälle an der Grenze nicht

erfüllt und sich offen hinter den rechten Erzbischof Obando y Bravo gestellt.¹⁶ Ein anderer Konfliktpunkt zwischen Regierung und Kirchenhierarchie war das 1983 verabschiedete Wehrpflichtgesetz, demzufolge Männer zwischen 17 und 25 Jahren mit ihrer Einberufung rechnen müssen. Der erste Entwurf sah die Verweigerungsmöglichkeit aus Gewissensgründen vor.

Erzbischof Obando erklärte dazu, nicht nur die Gewissensablehnung des Tötens, sondern auch die der Regierung rechtfertigte die Wehrdienstverweigerung, zumal es sich in diesem Fall nicht um die Verteidigung des Vaterlandes, sondern einer Ideologie handele.¹⁷ In der endgültig verabschiedeten Gesetzesvorlage wurde der Passus daraufhin ganz gestrichen.

Mit dem Treffen am 9.11.1983 zwischen Vertretern der Kirche und der Regierung wurde nach 2 Jahren der offizielle Dialog wieder aufgenommen. Denn auch Erzbischof Obando, der, als die Verbrechen Somozas allzu offenkundig wurden, an der Seite der Opposition stand, ist gezwungen, auf die Basis, die mehrheitlich auf seiten der Regierung steht, Rücksicht zu nehmen.

So ist anzunehmen, daß der Versuch, die Konterrevolution über die Kirche auszutragen, zum Scheitern verurteilt ist.

Ein weiteres wichtiges Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung ist die Abhaltung von Wahlen, die im Grundgesetzstatut der Republik vorgeschrieben sind, „soweit es die Bedingungen des nationalen Wiederaufbaus erlauben“. Vor allem die bürgerliche Opposition, die den Sandinistas ständig mangelnden Pluralismus vorwirft, drängte darauf hin.

Wahlen wie versprochen

Im August 1983 wurde durch die Verabschiedung des Parteiengesetzes ein erster Schritt in Richtung Wahlen getan. Dieses Gesetz definiert zum ersten Mal in der Geschichte Nikaraguas die rechtliche Stellung der Parteien und gibt ihnen die Möglichkeit, „ihren Anspruch auf die politische Macht geltend zu machen“. Als Einschränkung gilt das Verbot der Rückkehr zum Somozismus oder die Einrichtung eines ähnlichen politischen Systems.¹⁸

Seit Dezember 1983 wurde im Staatsrat der Entwurf eines Wahlgesetzes diskutiert, dessen endgültige Fassung am 15. März 1984 verabschiedet wurde. Es sieht Wahlen für ein 90köpfiges Parlament, einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten vor. Auf einer Kundgebung am 21.2.1984, anlässlich des Todestages von Augusto Cesar Sandino, wurde der ursprünglich erst 1985 geplante Wahltermin für den 4. November 1984, 2 Tage

vor den Präsidentschaftswahlen in den USA, bekanntgegeben.

Wahlberechtigt sind alle Nikaraguaner ab 16 Jahre, auch die Angehörigen der Streitkräfte. Die Herabsetzung des Wahlalters erfolgte auf Initiative der Sandinistischen Jugend, die dies mit ihrer aktiven Teilnahme am Kampf gegen Somoza und am Wiederaufbauprozeß begründete.

Vom Wahlrecht ausgenommen sind Strafgefangene, ehemalige Offiziere der somozistischen Nationalgarde, Angehörige der „Contras“, die die Amnestie von Dezember 1983 nicht in Anspruch genommen haben, und ihre Anführer.

Parteien und Bündnisse

In Nicaragua bestehen heute 12 politische Parteien.

Linksparteien

Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN), entstand 1961 unter Führung von Carlos Fonseca

Sozialistische Partei Nikaraguas (PSN), gegründet 1944; beruft sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus

Christlich-Soziale Volkspartei (PPSC), entstand 1976 als Linksabspaltung der PSC (s.u.)

Unabhängige Liberale Partei (PLI), entstand 1944 aus einer Abspaltung der Liberalen Partei Somoza Garcias; gehört der Liberalen Internationalen an

Kommunistische Partei Nikaraguas (PC de N), entstand 1970 als ultralinke Abspaltung der PSN

Marxistisch-Leninistische Bewegung der Volksaktion (MAP-ML); stand bei ihrer Gründung 1972 auf maoistischen Positionen

Rechtsparteien

Christlich-Soziale Partei (PSC), entstand 1957, Mitglied der Christdemokratischen Internationale

Sozialdemokratische Partei (PSD), entstand einen Monat nach der Revolution, um die Unterstützung der Sozialistischen Internationale von der FSLN abzulenken

Liberale Konstitutionalistische Partei (PLC), entstand 1967 als Abspaltung der Liberalen Nationalistischen Partei Somozas

Konservative Demokratische Partei (PCD), entstand 1956 aus der Konservativen Partei, die mit Somoza zusammenarbeitete.

Außerdem wurden nach der Revolution die unbedeutenden Parteien **Authentische Christlich-Soziale Volkspartei (PPSCA)** und die **Demokratische Aktion (AD)** gegründet.

Die FSLN, die PSN und die PPSC gehören der Revolutionären Patriotischen Front (FPR) an. PSC, PSD, PLC und ein Teil der PCD bilden zusammen mit dem Unternehmerverband COSEP und den beiden rechten Gewerkschaften CTN und CUS die **Demokratische Koordination „Ramiro Sacasa“ (CDN)**. Die PLI trat im März d.J. aus der FPR aus. Alle Parteien, mit Ausnahme der MAP-ML, der PPSCA und der AD, verfügen über einen Sitz im Staatsrat, die FSLN über sechs Sitze.

frontal, das sozialistische
Magazin – nicht nur für Studenten
Autoren + Gesprächspartner waren u. a.:

frontal POLITIK Detlef
Hensche: 35 Stunden sind
genug **frontal** FRIEDEN Pe-
ter Glotz/Wolfgang Abend-
roth: SPD und Frieden
frontal INTERNATIONALISMUS
Ernesto Cardenal: Nicaragua
frontal HOCHSCHULE Björn
Engholm: Elite
frontal



frontal im Juli u. a.:
TITEL: Imperialismus
heute – Leben und sterben lassen
Weltbank und „Dritte Welt“ ★ Sahelzone ★
USA und Europa ★ Entwicklungshilfe der EG ★
USA und UN-Organisationen ★ Medienordnung ★
POLITIK: SPD nach dem Parteitag ★ Chile heute ★
35-Stunden-Streiks ★ ANC und Südafrika ★
KULTUR: Wolfgang Pohrt zum Abschied ★ Martin
Buchholz: Intelligenztests ★ Ina Deter: Ein Verriß
UND: Kritische Psychologie ★ Interview mit Gert
Weisskirchen, SPD-MdB ★ Frauen und
Rechtsregierung

Ein Angebot



GESCHENKT bekommt jeder neue Abonnent das „Frauen Bilder Lesebuch“ von EP.
KOSTENLOS möchte ich die frontal kennenlernen. Schickt mir bitte ein Exemplar gratis für 14 Tage unverbindlich zur Probe.
Wenn ich Euch nach Ablauf der 14 Tage nicht schriftlich mitteile, daß ich auf ein frontal-Abonnement verzichte, erhalte ich frontal im Abonnement und bekomme als Geschenk das „Frauen Bilder Lesebuch“. Der Preis für ein Jahresabonnement (6 Hefte) beträgt 12 DM inkl. Porto. Nach Ablauf eines Jahres verlängert sich das Abonnement um ein weiteres Jahr, ich kann jedoch den Bezug zum Jahresende beenden.

Name

Straße

Wohnort

Datum/Unterschrift

An: frontal, Meckenheimer Allee 152, 5300 Bonn

Die Durchführung und Kontrolle der Wahlen liegt in den Händen des dreiköpfigen Obersten Wahlrates, der vom Obersten Gerichtshof ernannt wird. Vor den Wahlen werden die politischen Bestimmungen des Ausnahmezustands aufgehoben, d.h. die Pressezensur beschränkt sich auf rein militärische Berichterstattung und die Versorgungslage. Allen Parteien wird die gleiche Sendezeit in Fernsehen und Radio eingeräumt werden. Der Staat gewährt jeder Partei zur Unterstützung ihres Wahlkampfes eine Grundfinanzierung von 6 Mio Cordobas.¹⁹

Das Dilemma der Opposition

Noch vor der Verabschiedung des Wahlgesetzes zogen sich die rechten Parteien aus dem Staatsrat zurück. Sie waren teilweise Ende Januar 1984 erst wieder in den Staatsrat zurückgekehrt, um an der Diskussion um das Gesetz teilzunehmen, konnten sich aber gegen die Revolutionäre Patriotische Front (FPR), der die FSLN, die Sozialistische Partei Nikaraguas (PSN), die Christlich-Soziale Volkspartei (PPSC) und – bis dahin – die Unabhängige Liberale Partei (PLI) angehörend, nicht durchsetzen.

Da sich die rechten Parteien ihrer geringen Wahlchancen bewußt sind, standen sie nun vor einem Dilemma. Sollten sie die ständig von ihnen geforderten Wahlen boykottieren, und damit ihre alten Forderungen in erster Linie als Propaganda gegen die Regierung entlarven? Oder aber sollten sie sich an den Wahlen beteiligen, und damit zur Legitimierung der sandinistischen Regierungspolitik beitragen?

So versuchten sie durch einige unannehmbare Forderungen den Wahlen einen undemokratischen Anstrich zu geben. Sie verlangten z.B. die Aufhebung des Wehrdienstgesetzes, des Gesetzes zur Behinderung der Kapitalflucht und – ungeachtet des Kriegszustandes – die völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Pressezensur. Weiter forderten sie im Gleichklang mit Washington, den Bischöfen und den „Contras“ die Abhaltung „eines nationalen Dialogs mit allen politischen Parteien und Bewegungen, eingeschlossen diejenigen, die zu den Waffen gegriffen haben“.²⁰

Ferner verlangten sie eine Amnestie für die „Contra“-Führer, die Überwachung der Wahlen durch die Organisation Amerikanischer Staaten oder die Contadora-Gruppe sowie gesonderte Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung. Die Regierung lehnte diese Forderungen ab. Daniel Ortega, der Koordinator der Regierungsjunta, erklärte dazu: „Wir

werden keine Konzessionen machen, die denen die Macht in die Hand geben, die die Interessen des Somozismus vertreten.“²¹ Die rechten Parteien gaben daraufhin am 12. Juni d.J. bekannt, unter den gegebenen Bedingungen nicht an der Wahl teilzunehmen.

Auch unter den revolutionären Kräften gab es Auseinandersetzungen um die Wahlen. Obwohl der PLI-Vorsitzende Virgilio Godoy das Wahlgesetz als „das bestmögliche, was man unter den gegebenen Umständen erreichen konnte“²² bezeichnete, beschloß die PLI aus der FPR auszutreten und eigenständig zu kandidieren.

Differenzen gab es ebenfalls mit den ultralinken Parteien PCdeN und MAP-ML, die den Sandinistas eine zu große Kompromißbereitschaft vorwarfen. Offen ist bisher noch, wie die Massenorganisationen, die als solche nicht an den Wahlen teilnehmen können, künftig Einfluß auf die Regierungsentscheidungen nehmen können. Da aber in den Reihen der FSLN Vertreter der Massenorganisationen kandidieren werden, ist auf dieser Ebene auf jeden Fall abgesichert, daß die Probleme und Forderungen der Bevölkerung weiterhin Eingang in die Gesetzgebung finden.

Anmerkungen:

- 1) Barricada Internacional, Managua, 28.5.1984
- 2) Vgl. R. Peltzer/J. Buddenkotte, Zur Entwicklung in Nicaragua, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/Mai 1981, S. 561-575
- 3) Siehe: E. Fürst u.a., Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten, Zwei Jahre sandinistische Wirtschaftspolitik, Wuppertal 1982, S. 80ff.
- 4) Ebenda, S. 88
- 5) Siehe: Patria Libre, Managua, Nr. 29, März-April 1984
- 6) Siehe: Mittelamerika-Informationsdienst (mid), Frankfurt, 14.-20.12. 1983
- 7) Siehe: Envio, Managua, Nr. 24, Juni 1983
- 8) Vgl. Barricada Internacional, 28.5. 1984
- 9) Vgl. Agencia Nueva Nicaragua (ann), Managua, 28.5. 1984
- 10) Siehe: mid-Analyse, Nr. 1, März 1984
- 11) Siehe: R.S. Weinert, Nicaragua's debt renegotiation, in: Cambridge Journal of Economics, Juni 1981, S. 187-194
- 12) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 6.6. 1984
- 13) Siehe: GEW/FDCL (Hrsg.), Der Kampf hat viele Gesichter. Gewerkschaften in Nicaragua, El Salvador und Guatemala, Wuppertal 1982, S. 24-37
- 14) Siehe: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 6-7/Juli-August 1983
- 15) Vgl. L. Luger/B. Sulzbacher, Somos. Nicaraguas Frauen zwischen Alltag und Befreiung, Berlin-West 1984, S. 50ff.
- 16) Siehe: Envio, Nr. 21, März 1983
- 17) Siehe: mid, 29.10.-18.11.1983
- 18) Siehe: Envio, Nr. 34, April 1984
- 19) Ebenda
- 20) Barricada Internacional, 9.1. 1984
- 21) Süddeutsche Zeitung, München, 24.2.1984
- 22) Frankfurter Rundschau, 4.6. 1984



CDS-Versammlung in Managua

Gespräch mit Fernando Saavedra Verteidigungskomitees (CDS) – das ist Volksmacht

Mit dem Sturz des Somoza-Regimes im Juli 1979 entstanden die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS). Sie gelten heute als eigentliche Basisorgane der Volksmacht und mit über 500.000 Mitgliedern als größte Massorganisation. Über Werdegang und Aufgaben der CDS befragte das AIB in Managua Fernando Saavedra (23), Sekretariatsmitglied des Nationalen Exekutivkomitees der CDS.

AIB: Die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) wurden doch wohl erst nach dem Sieg der Sandinistas 1979 aus der Taufe gehoben? Woraus gingen sie hervor?

F. SAAVEDRA: Historischer Vorläufer der CDS waren die Komitees zur Zivilverteidigung (CDC). Sie waren im Jahre 1978 gegründet worden, um die Zivilbevölkerung im wesentlichen auf den Endaufstand vorzubereiten.

AIB: Dies waren Komitees, die die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) initiiert hatte?

F. SAAVEDRA: Ja. Die Gründung der CDC ist von den Sandinistas angeleitet worden über die Bewegung Vereintes Volk (MPU, im Juli 1978 gegründetes Linksbündnis; d. Red.).

Die Vorläuferkomitees (CDC) waren...

Die ersten Aufgaben bestanden darin, in den Stadtvierteln Volksapotheeken und Volksläden zu organisieren und zwar für den Fall, daß Streiks oder Versorgungsschwierigkeiten beständen.

Sie hielten Seminare für die erste Hilfe ab. Es wurden Geheimkliniken gegründet, um die Verwundeten zu betreuen und der Zivilbevölkerung die am Kampf gegen Somoza teilnahm, die Möglichkeit zu geben, sich am sichersten zu versorgen.

Außerdem gründete man über diese Komitees sog. Volksabziehmaschinen. Das sind kleine Druckereien. Dort vervielfältigte man die Kommuniqués und die Analysen der politischen Lage, die dann verteilt wurden.

Eine weitere Aufgabe bestand darin, Sicherheitshäuser für die Kämpfer der FSLN zu suchen. Man organisierte ein Warnsystem bei den Häusern der Nationalgarde, der Paramili-

tärs, der Angehörigen von Mitgliedern der Nationalgarde und allen Personen, die am Völkermord gegen die nicaraguanische Bevölkerung beteiligt waren.

Die Komitees der Zivilverteidigung erfüllten zwei fundamentale Rollen: einerseits der Bevölkerung Schutz zu geben und andererseits dazu beizutragen, die Somoza-Diktatur zu destabilisieren.

Man kann auch sagen, daß über die CDC die sandinistischen Milizen gestärkt und Sabotageakte verwirklicht wurden. Gleichzeitig trug



F. Saavedra beim Gespräch mit dem AIB

unser Volk auch dazu bei, in der logistischen Versorgung der Guerilla mitzuhelfen. Am Ende des Befreiungskampfes war das Volk massiv einbezogen in die CDC und nahm aktiv am Endaufstand teil.

Mit dem Sieg der Revolution verschwanden die Komitees zur Zivilverteidigung, da sie ihre historische Rolle bereits erfüllt hatten. Aber auf ihnen, ihren Erfahrungswerten und Beteiligten, baute man dann die Sandinistischen Verteidigungskomitees-(CDS) auf.

...die Geheimwaffe im Endaufstand

AIB: Wann wurden die CDS genau gegründet?
F. SAAVEDRA: Man kann nicht sagen, sie wurden am so und sovielten gegründet, weil ihr Entstehen ein einziger Prozeß ist.

Wir begehen den Gründungsfeiertag der CDC am 9. September, weil das der Tag war, an dem die Endoffensive gestartet wurde. Am 9. September 1978 agierten zum ersten Mal die Komitees zur Zivilverteidigung (CDC).

Wenn es auch wahr ist, daß diese Schlacht im September 1978 verloren ging, so ist doch festzuhalten, daß diese Erfahrung es möglich machte, die CDC umzustrukturieren. Es war eine große Erfahrung für die zukünftige Organisation.

Ich darf daran erinnern, daß man in einigen befreiten Zonen von Komitees der Sandinistischen Widerstands sprach, wie z.B. in Masaya und Leon, um auszudrücken, daß es befreite Zonen waren.

Die Verallgemeinerung der Komitees fand aber nach dem 19. Juli 1979 statt.

AIB: Die Verteidigungskomitees formierten sich doch vornehmlich auf Wohngebiets-ebene? Oder entstanden sie auch in Betrieben?

F. SAAVEDRA: Richtig, die CDC wurden vor allem in den Stadtvierteln organisiert. Über die Betriebsorganisationen wäre ein Teil der Bevölkerung nicht erfaßt worden und hätte nicht organisiert am Kampf teilnehmen können. Das war der Grund, warum man die CDC auf dieser Ebene gegründet hat.

Und in den Betrieben, da bestanden ja die Gewerkschaften.

AIB: Welche Rolle kam den nunmehrigen Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) unmittelbar nach dem Sturz der Somoza-Diktatur zu?

F. SAAVEDRA: Die CDS hatten nach dem Sieg der Revolution eine wirklich wichtige und staatstragende Funktion, da ja unmittelbar nach dem Sieg der Revolution kein Staatsapparat mehr bestand.

Die CDS in ihrer auf Stadtviertelebene organisierten Form hatten die Volksorganisationen zu sein, die die Volksdemokratie ausübte.

AIB: Welche Sofortmaßnahmen haben die Komitees damals ergriffen?

F. SAAVEDRA: Die ersten Aufgaben die die CDS erfüllten, waren eine allgemeine Reinigungsaktion, d.h. die Ruinen aufzuräumen, den Mist zu verbrennen und die vorhandenen Leichen zu begraben.

Eine weitere Aufgabe bestand darin, die Bevölkerung dahin zu orientieren, daß man das Leben der Überbleibsel der Somoza-Diktatur und der Paramilitärs respektierte, zu deren Gefangennahme die CDS beitrugen, und die man an die zuständigen Stellen ablieferte.

So trugen wir einerseits dazu bei, daß nicht noch mehr unschuldige Menschen ums Leben kamen, denn diese Überbleibsel der Somoza-Diktatur mordeten den nächsten Menschen einfach hin. Und auf der anderen Seite trugen wir dazu bei, daß diese Überbleibsel nicht ermordet wurden, denn das Volk war in diesen Momenten zu allem bereit.

AIB: Waren die CDS nicht auch an Gesundheitskampagnen o.ä. beteiligt?

F. SAAVEDRA: Gewiß, Wir führten bereits im September 1979 die erste große Impfkampagne gegen Poliomyelitis (Kinderlähmung; d. Red.) durch.

Ich kann mich an den Sonntag erinnern, an dem die Impfkaktion durchgeführt wurde, wo wir alle Kinder zwischen 6 Monaten und 5 Jahren impften, und bei der wir eine Effektivität von 80% auf nationaler Ebene erreichten. In der Folge organisierten wir die zweite und dritte Impfung. Ich hebe das hervor, weil es ein sehr wichtiger Schritt war, diese Impfkaktion durchzuführen, denn wir sagen, daß die Kinder der Nation die einzig Privilegierten sind.

Aufgrund dieser Impfungen gab es im Jahr 1982 keinen einzigen Fall von Poliomyelitis in Nikaragua mehr.

Im Oktober 1979 haben wir die erste große Zählung der Analphabeten mit Hilfe aller anderen Volksorganisationen durchgeführt.

Ich möchte betonen, daß wir in dieser ersten Phase Aufgaben übernahmen, die eigentlich dem Staat zufielen.

AIB: Aber in der anschließenden Phase wandelte sich die Aufgabenstellung der CDS doch

AIB: Wie weit sind die sozialen Tätigkeitsfelder der CDS heute gesteckt?

F. SAAVEDRA: Wir haben mit allem zu tun, was die Gemeinde, die Gesundheit, die Erziehung usw. betrifft.

Z.B. helfen wir in der Wohnungsfrage landlosen Leuten zu Wohngelegenheiten und Eigentumstiteln. Nach der Revolution verteilen wir leerstehende Häuser.

Wir haben auch ein Wort mitzureden bei der Verteidigung der Rechte der Mieter. All dies tun wir in Zusammenarbeit mit dem Wohnungsministerium. Wir nehmen da eine wirklich aggressive Haltung ein, da nach unserer Auffassung dies einen sozialen Zweck erfüllt. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens nehmen wir u.a. an Präventivaktionen teil, z.B. Polioimpfungen, Dreifachimpfung (TBC usw.). Dazu haben wir etwa 30.000 Personen mobilisiert, auf die wir ständig zurückgreifen können.

Auf dem Gebiet der Gemeindeentwicklung sorgen wir für die Reparatur von Wohnungen, der Straßenpflaster, der Elektrifizierung, der Anlage von Abwassersystemen. Das alles tun wir, um den Forderungen des Volkes gerecht zu werden.

schnidungen mit der Miliz. Wenn wir aber von Kooperation zwischen beiden sprechen, so meinen wir, daß etwa die Wachtposten gemeinsame Rundgänge machen.

Aber die CDS tragen auch dazu bei, daß sich ihre Mitglieder in die Milizen einreihen. Festzuhalten ist, daß die Milizen nicht unabhängig von den Stadtvierteln existieren.

AIB: Wie steht es mit der Wacht in den Betrieben? Existiert sie unabhängig von den CDS? Organisieren die Arbeiter ihre Milizen selbst?

F. SAAVEDRA: Die Milizen existieren entweder auf Stadt- oder Betriebsebene, aber auch auf Universitätsebene. D.h., wenn wir von Koordination sprechen, beziehen wir uns auf Stadtviertel.

Es gibt auch Bataillone der Reserveinfanterie, die aus festen Milizionären zusammengestellt werden und zusätzliche Funktionen übernehmen. Wir arbeiten daraufhin, daß mehr Leute sich auf beiden Ebenen (Arbeitsplatz und Wohnviertel) organisieren.

Die Territorialmilizen bewegen sich nicht aus ihrem Stadtgebiet weg, während die Reserveinfanterie überall einsetzbar ist.

AIB: Welche Rolle spielen die politischen Parteien in den CDS?

F. SAAVEDRA: Einige Mitglieder von Parteien beteiligen sich als Staatsbürger in den CDS. Natürlich sind ein Großteil der Mitglieder Sandinistas, nicht als FSLN-Mitglieder, sondern als Anhänger der FSLN.

Es gibt hier politischen Pluralismus. Alle Parteien sind zugelassen, alle haben ein Recht auf Vorschläge, auf Kritik und dazu zur Lösung von Problemen des Wiederaufbaus beizutragen.

So gesehen kann jeder Staatsbürger, jeder Parteizugehörige daran teilhaben, aber er muß zur Lösung konkreter Aufgaben beitragen.

AIB: Wie spielen sich innerhalb der CDS die Entscheidungsprozesse ab? Sprechen Sie in diesem Zusammenhang nicht von Volksdemokratie?

F. SAAVEDRA: Oh ja, wir bezeichnen das Ganze als Volksdemokratie. Es fängt damit an, daß alle CDS-Vertreter demokratisch von der Basis gewählt werden. Wichtig ist, daß wir nicht nur Basisforderungen nachkommen, sondern daß wir auch dem Staatsapparat Unterstützung geben. Über unsere Organisation artikuliert das Volk Kritik und macht Vorschläge. Deshalb sagen wir, daß das die Volksmacht (Poder Popular) darstellt. Es ist so, daß jedes Gesetz des Staates mit uns durchdiskutiert wird.

Volksdemokratie drückt sich auch so aus: Wenn es z.B. Probleme mit Wasserrechten gibt, dann tragen wir es der entsprechenden Instanz vor, die verpflichtet ist, dies anzuhören.

CDS heißt Volksdemokratie

Aber wir bringen auch Lösungen vor, Lösungen die aus dem Volk kamen, und die vom Staat befolgt werden. Volksdemokratie ist dies auch, weil niemand verpflichtet ist daran teilzunehmen, weil sie auf der Basis der Freiwilligkeit beruht.

Volksdemokratie, sie drückt sich auch in der Repräsentanz der CDS im Staatsapparat aus. Wir haben neun Vertreter im Staatsrat (von insgesamt 55), die direkt von der Basis kommen. Und das erlaubt es uns, einerseits Gesetzesvorschläge zu machen, andererseits über alle anderen Gesetze mitzuentcheiden.

Wir sagen daher, daß die CDS nicht nur stark sind, um eine politische Mobilisierung zu erzielen, sondern auch, um zu Lösungen an der Basis beizutragen. Es gibt keine bessere Politik um direkt an das Volk heranzugehen. Ganz im Gegensatz zu der Politschwätzeri zur Somoza-Zeit.



Revolutionäre Wacht der CDS: „Konterrevolutionär! Tausende Augen wachen über dich 24 Stunden am Tag.“

etwas, oder? Wann setzen Sie ihren Beginn an?

F. SAAVEDRA: Als Übergangsphase könnte man die Zeit vom März 1980 bis 1981 bezeichnen. Im März 1981 legt man die politischen und organisatorischen Grundlinien der CDS fest.

Man definiert sie als eine Massenorganisation mit heterogener Zusammensetzung zur Verteidigung der Revolution. Und wichtig ist es hervorzuheben, daß es sich um eine freiwillige Organisation handelt, die unabhängig ist von ihrer politischen Haltung und Stellung sowie ihrer Organisation.

Außerdem legten wir fest, daß die Hauptaufgabe der Komitees die Verteidigung der Revolution ist. Eine weitere Aufgabe von uns ist es, zu der Lösung der kommunalen Probleme beizutragen.

So nehmen wir z.B., obwohl wir nicht direkt in die Produktion eingebunden sind, die Verteidigung der Interessen der Konsumenten wahr und verteilen die Produkte.

So sorgen wir dafür, daß die Verteilung der Grundnahrungsmittel gerecht stattfindet. Zudem kontrollieren wir, daß die Preise gerecht sind, was wir durch unsere Volkspreisinspektoren überprüfen. Wir kämpfen damit gegen die Spekulation mit den Gebrauchsgütern. Wir entlarven dabei in einer Vielzahl von Fällen große Hamsterer.

Auf dem Gebiet der Verteidigung verwirklichen wir die revolutionäre Wacht, um Verbrechen und konterrevolutionären Anschlägen vorzubeugen. Heute zählen wir 170.000, die revolutionäre Wacht halten.

Wir haben damit erreicht, daß die Verbrechensrate um 70% zurückging.

Wir machen auch Kampagnen, damit sich das Volk in die revolutionären Milizen eingliedert.

AIB: Sind die Milizen Teil der CDS?

F. SAAVEDRA: Die Miliz ist nicht Teil der CDS, sondern eine eigene Organisation zur Verteidigung des Vaterlandes, die dem sandinistischen Volksheer zugeordnet ist.

Wir koordinieren zwar unsere revolutionäre Wacht mit den Milizen und mit der sandinistischen Polizei. Weil wir nur eine vorbeugende Funktion haben, machen wir sie auch unbewaffnet. Die revolutionäre Wacht ist nicht dazu da, zu exekutieren, sondern lediglich, um zu verhindern, daß geraubt wird, Frauen vergewaltigt oder Kinder geraubt werden. Zudem hat sie die Aufgabe die „Contras“ aufzuspüren. Unsere revolutionären Wächter verwenden Stöcke, Macheten und Trillerpfeifen, um den Dieb zu stören. Wenn aber die Notwendigkeit besteht zu handeln, dann rufen wir die Polizei zur Hilfe.

AIB: Wie eng ist die Verzahnung bzw. Koordination von Miliz und CDS?

F. SAAVEDRA: Es gibt personelle Über-

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot: _____

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1



Bestelliste

Stück	Artikel	Einzelpreis
—	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00
—	Espresso-Kaffee aus Angola 250 Gramm	7,50
—	Tee aus Mozambique 250 Gramm	8,50
—	Tee aus Mozambique 100 Gramm	3,50
—	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00
—	Graphikmappe R. Cabrera	10,00
—	Schallplatte „Vamos Muchachos“ der salvadorianischen Gruppe IOLOCAMBA-I-TA, LP	18,00
—	ASK-Hintergrund zu Nicaragua, 24 Sn.; zu Honduras, 14 Sn. je	1,50
—	ASK-Hintergrund zu El Salvador, 16 Sn.	1,00
—	Postkartenmappe B. Karkutll	3,00
—	Kunstplakat „Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen“ von Sulman Mansour, DIN A 1	10,00
—	Kochbuch „Die chilenische Küche“ 60 Rezepte mit Abbildungen und Zeichnungen, 84 Sn.	6,80
—	Anhänger ASK-Taube in gold	78,00
—	Anhänger ASK-Minлтаube, gold	26,00
—	Kettchen passend dazu	34,00
—	Ohrstecker ASK-Taube, silber, Paar	22,00
—	Ohrstecker einzeln, silber	12,00
—	Anhänger ASK-Taube aus Ton, blau oder braun.	6,50
—	Anhänger Copinol-Kern mit salvadorianischen Motiven	10,00



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:



Four vertical lines for the sender's address.

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“ mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A3, alle Plakate mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM



Anhänger ASK-Taube, gold, 78,00 DM.

Anhänger ASK-Taube aus Silber, Stück 14,— DM



Postkartenmappe 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli, s/w,

3,— DM

Rafael Solis

Die Wahlen sind keine Prinzipienfrage



Rafael Solis, Mitglied der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), ist Sekretär des Staatsrates. Der Staatsrat hat bis zur Wahl eines Parlaments gesetzgebende Funktion. In ihm sind 50 Vertreter von Parteien, Massenorganisationen und anderen Gruppen vertreten.

FRAGE: Es wird behauptet, die FSLN würde Wahlen durchführen, „um eine mögliche nord-amerikanische Intervention zu verhindern“ oder „um nicht die Unterstützung der Contadora-Gruppe und der Sozialistischen Internationale zu verlieren“, und sogar „um Zeit zu gewinnen“ um sich zu konsolidieren, bevor sie sich in ein „totalitäres Regime“ verwandelt. Warum führt die Sandinistische Front Wahlen durch?

Die Wahlen sind notwendig

R. SOLIS: Die Durchführung von Wahlen in Nicaragua entspricht der Notwendigkeit, unsere Versprechen zu erfüllen.

In der schwierigen Situation, in der sich die Revolution befindet und in Anbetracht der Art und Weise wie sich der revolutionäre Prozeß entwickelt hat, halten wir die Durchführung dieser Wahl für notwendig.

Das bedeutet nicht, daß dies für uns eine Frage des Prinzips ist. Unsere Grundsatzpositionen gehen vielmehr von der politischen Teilnahme des Volkes auf vielen anderen Ebenen durch die verschiedenen Massenorganisationen und andere Instanzen der Volksdemokratie aus.

(...) Wenn die Abhaltung dieser Wahlen falsch verstanden wird, nämlich als Teil einer bestimmten ideologischen Konzeption oder als Teil einer Entwicklung auf einen Sozialismus

hin, dann ist das ein theoretisches Problem.

Mehr noch, dies ist eine Diskussion, die wir noch nicht einmal in der FSLN geführt haben, um zu vermeiden, daß wir unsere Kräfte verschleifen. (...)

Danach können die „Theoretiker“ darüber diskutieren und zu dem Schluß kommen, daß „diese Sandinistas Eurokommunisten sind“, wie das manchmal schon behauptet wurde, oder daß „sie totalitär sind, aber sich nach außen demokratisch geben wollen“, was auch schon gesagt wurde.

Für uns ist das eine theoretische Debatte.

FRAGE: Die Präsidentschafts-, Vizepräsidentschaftswahlen und die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung ähneln denen in den westlichen Ländern.

Warum wurde dieses politische Schema gewählt? Gerät dies nicht in Widerspruch mit den anderen Formen der politischen Teilnahme und der Demokratie, die von den Sandinistas in den vergangenen 5 Jahren entwickelt wurden?

R. SOLIS: Dieses Wahlmodell, das dem des Westens näher kommt, wurde deshalb gewählt, weil es am angemessensten den politischen Pluralismus im Land erhalten kann.

Wenn wir zur Bildung eines Parlaments eine andere Art von Wahlen durchführen würden, an denen auch unsere Massenorganisationen teilnähmen, würde zum Beispiel die Mehrheit der Oppositionsparteien verschwinden, weil sie nur geringes politisches Gewicht und eine geringe Repräsentativität besitzen. So wie die Wahlen jetzt durchgeführt werden, haben sie eine größere Chance ein oder zwei Mandate zu erringen.

Die Wahlbezirke sind sehr groß. Wir haben die Zahl der Abgeordnetensitze von 60 auf 90 erhöht. Damit braucht man jetzt nur noch

10.000 bis 15.000 Stimmen, um ein Mandat zu erhalten. Wenn unter diesen Bedingungen eine Partei kein Mandat mehr erringen kann in irgendeinem Wahlbezirk, dann ist es besser, wenn sie verschwindet. Sie hat dann kein Recht, zu existieren. (...)

Andererseits ist die FSLN nicht der Meinung, daß dieser Wahltyp im Widerspruch steht zu den Mitbestimmungsmöglichkeiten des Volkes durch die Massenorganisationen, oder daß er sie begrenzt. Tatsächlich ist es so, daß auf den Listen der FSLN, die jetzt erarbeitet werden, Kader dieser Massenorganisationen mehrheitlich vertreten sein werden.

So wird das Volk wie bisher weiterhin an der Erarbeitung von Gesetzen des Landes teilnehmen und ein Forum besitzen, in das es seine Sorgen und Forderungen einbringen kann.

FRAGE: Die konservative Opposition hat 5 Jahre damit verbracht, Wahlen zu fordern und heute, wo der Wahlprozeß in Gang gebracht wird, droht sie damit, nicht daran teilzunehmen. Welche Haltung nimmt die FSLN gegenüber den Bedingungen, die von der Opposition gestellt werden, ein?

Kein Dialog mit den „Contras“

R. SOLIS: Alle Maßnahmen bezüglich einer politischen Öffnung sind Bestandteil des Wahlprozesses. Und die FSLN wird sie auf jeden Fall vorantreiben, unabhängig davon, ob die Opposition dies verlangt oder nicht. Es wäre absurd und kontraproduktiv einen Wahlprozeß in Gang zu setzen, wenn ein Ausnahmezustand existiert und kein breiter Raum für Meinungsfreiheit und Zugang zu allen Mitteln der Information, der Organisation und Mobilisierung vorhanden ist. Das ist klar.

Wir sind auch bereit, einen öffentlichen Dialog, ohne Einschränkungen – so wie es die Opposition fordert – mit allen existierenden Organisationen des Landes, rechts und links von der FSLN zu akzeptieren.

Anderer Punkte jedoch sind nicht Gegenstand einer Diskussion. Sie wissen das und bestehen darauf nur, um zu stören. Niemals werden wir mit der Konterrevolution in einen Dialog treten, „überwachte“ Wahlen akzeptieren oder verbieten, daß Soldaten wählen.

Wir werden auch keinen Dialog führen über Forderungen wie die „Entpolitisierung der Armee“ oder die angebliche Verbindung zwischen FSLN und Staat oder zwischen letzterem und den Massenorganisationen. Wir haben nie über eine ähnliche Verbindung gesprochen noch wird sie durch irgendein Gesetz geregelt. Wenn die Konservativen Mitglieder oder Soldaten in der Armee oder im Staat haben wollen, dann sollen sie sie anwerben.

Es zeigt sich aber, daß sie das nicht können, sie haben keine Kraft.

FRAGE: Werden die Massenorganisationen und die Parteien links von der FSLN, die Kom-



Der Staatsrat: „Der Wille des Vaterlandes zur Verteidigung der Revolution.“ Mit den Wahlen vom 4. 11. 1984 wird der Staatsrat von einem Parlament abgelöst.

munistische Partei und die Bewegung der Volksaktion in die ideologische Auseinandersetzung einbezogen?

R. SOLIS: Ja, natürlich. Man muß diesen Bereich öffnen. Wir, die FSLN, glauben, daß unsere Positionen richtig sind. Und wir müssen das Volk damit konfrontieren, um zu sehen, ob es sie auch für richtig hält.

Unsere Organisationen müssen diese Gelegenheit nutzen, um sowohl hinsichtlich ihrer Mitglieder- und Aktivistenzahl als auch in ideologischer Hinsicht zu wachsen.

Es geht nicht darum, eine Situation, die zu einer bestimmten Zeit entstanden ist, künstlich aufrechtzuerhalten. (...) Wir versuchen, daß die Hinwendung zur FSLN so bewußt wie möglich erfolgt.

Was die „Ultras“ betrifft, so sind wir auch

schwankt haben, wie z.B. die mittleren Bauern, die ca. 30% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung stellen, zu verlieren?

R. SOLIS: Dies bedeutet tatsächlich ein Risiko. Dieser Bevölkerungsteil ist sehr schwankend, teilweise weil er sich von der Situation der reichen Bauernschaft oder der Agrarbourgeoisie, die in Nicaragua existieren, angezogen fühlt und außerdem unter dem Einfluß der konservativeren Strömungen der Kirche steht. Die FSLN ist der Meinung, daß es diesem Bevölkerungsteil schwerer fällt, den revolutionären Prozeß und den Wandel zu begreifen. Mit ihm muß eine Politik betrieben werden, die sich grundsätzlich an der Praxis orientiert.

Dieser Bevölkerungsteil ist nicht gegen den revolutionären Prozeß und legt seine Position eher über die Neuverteilung des Landes und

Teilnahme hervorgehoben, wie z.B. die, die sich durch die Massenorganisationen entwickelt.

Welche Fortschritte und welche Hemmnisse würde die FSLN in dieser Hinsicht feststellen?

Andere Formen der Volksdemokratie

R. SOLIS: Den grundlegenden Fortschritt stellt die massenhafte Integration des Volkes in die verschiedenen Massenorganisationen dar, d.h. der Arbeiter in die Sandinistische Gewerkschaftszentrale (CST), der Landarbeiter in den Verband der Landarbeiter (ATC), der armen und mittleren Bauern in die Vereinigung der Landwirte und Viehzüchter (UNAG), der Frauen in die Nikaraguanische Frauenvereinigung „Luisa Amanda Espinoza“ (AMNLAE), der Jugendlichen in die Sandinistische Jugend 19. Juli (JS19J) und der Bewohner jedes Stadtviertels in die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS), um nur die wichtigsten zu nennen.

Diese Organisationen leiten die Probleme oder Sorgen der Basis weiter.

Zweifellos wird manchmal auf die Probleme keine Antwort gegeben. Das hängt manchmal damit zusammen, daß einige mittlere Kader die Wichtigkeit dieser Besorgnisse nicht richtig einschätzen können und sich entscheiden, sie nicht weiterzuleiten. Andere mittlere Kader, die zwar fähig sind, sie zu lösen, leiten sie nicht weiter aus Angst, sich zu irren, so daß von oben nachgefragt werden muß. (...)

Dann wiederum gibt es andere, die alles auf dem Dienstweg weiterleiten, einen Papierkrieg führen, alles bürokratisch machen und nichts rechtzeitig lösen können. (...)

Aber all das ist nicht vorherrschend. Wenn die Petitionen dann schließlich zu den entsprechenden staatlichen Instanzen gelangen, können sie manchmal nicht erfüllt werden – nicht etwa aus mangelndem politischen Willen, sondern aufgrund der bestehenden sehr ersten Beschränkungen wirtschaftlicher Natur.

Es gibt Fälle, in denen sich die Basis besonders stark um eine Antwort bemüht, dann diese Kanäle überspringt und direkt zu den regionalen Instanzen geht, oder gleich im Staatsrat vorstellig wird, um ihre Situation darzustellen. Das ist schon verschiedene Male vorgekommen.

(Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 12, Februar/März 1984, S. 22-24)



Daniel Ortega und andere Regierungsmitglieder bei der wöchentlichen Diskussion mit der Bevölkerung

bereit, uns mit ihren Positionen auseinanderzusetzen. Unserer Meinung nach erhalten sowohl die Kommunistische Partei Nicaraguas (PCdN) als auch die Bewegung der Volksaktion (MAP) prinzipielle theoretische Positionen aufrecht, die unserer Realität in diesem Moment und diesem Raum „1984 – Mittelamerika“ nicht entsprechen.

Wie Comandante Carlos Nuñez einmal sagte, diese Parteien scheinen manchmal zu glauben, daß ein Strukturwandel, daß die Entwicklung eines neuen politischen Systems sich durch Dekrete verordnen läßt.

Obwohl diese Organisationen Positionen vertreten, die sich von unseren unterscheiden, handeln sie heute gemäßiger. Kurz nach dem Sieg initiierte die Kommunistische Partei eine Reihe von Lohnstreiks, mitten in einer Situation des wirtschaftlichen Notstands. Die MAP ihrerseits unterhielt noch einige Monate nach dem Sieg bewaffnete Gruppen, die ihre Waffen nicht niederlegen wollten, weil sie mit der Bündnispolitik, die die FSLN betrieb, nicht einverstanden waren.

Risiken des Wahlprozesses

Im allgemeinen glauben wir, daß eine politische Auseinandersetzung eine wichtige Weiterentwicklung im Bewußtsein der fortgeschrittensten Teile des nikaraguanischen Volkes bedeuten kann, insbesondere bei dem städtischen und ländlichen Proletariat, der armen Bauernschaft und vor allem bei der Jugend.

FRAGE: Könnte eine solche Auseinandersetzung das Risiko in sich bergen, andere Bevölkerungsteile, die historisch gesehen immer ge-

bessere Anbaumöglichkeiten fest als über politische Auseinandersetzungen. Im allgemeinen folgen die Bauern nicht besonders stark den Auseinandersetzungen, obwohl sie bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit haben werden, sie übers Radio zu hören.

FRAGE: Die Sandinistische Front hat behauptet, daß „derjenige, der meint, daß Wahlen den vollendetsten Ausdruck der politischen Teilnahme des Volkes darstellen, sich irrt“. Sie hat demgegenüber andere Formen der politischen

Edition Nahua

Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH
Postfach 10 13 20 - Tel.: 0202/ 76 05 27
D - 5600 Wuppertal 1

Nahua Taschenbücher (Auswahl)

Edgar Fürst u.a.
Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten
Sandinistische Wirtschaftspolitik
Z., erweiterte u. aktualisierte Neuaufgabe
Etwa 124 S. Etwa DM 9,80 (Band 1)

Ohland/Schneider
Nationale Revolution und indianische Identität
Der Konflikt zwischen Sandinisten und Miskito-Indianern an Nicaraguas Atlantikküste
212 S. DM 18,00 (Band 4)

Grübling/Siebs (Hrsg.)
Róger Sánchez - Karikaturen aus Nicaragua
Mit einem Vorwort von Raúl Leis
Etwa 108 S. Etwa DM 9,80 (Band 5)

Schmidt Cuadra
Ökonomie und koloniale Erbe
Möglichkeiten und Perspektiven der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung
Fallstudie Nicaragua
280 S. DM 20,00 (Band 6)

nahua scripte (Auswahl)

Blockfreiheit in Nicaragua und Lateinamerika
Machtloses Prinzip oder Chance gegen die US-Intervention? (script 1)

Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der BRD für Nicaragua
Ein Exempel für die gezielte Boykottierung des nicaraguanischen Wiederaufbaus (script 3)

Wahlen in Nicaragua
Fortschritt oder Farce? (script 4)

Nicaragua Miskito-Indianer im Ost-West-Konflikt
Zur Instrumentalisierung einer Menschenrechtsfrage (script 5)
(Alle scripte etwa 44-64 S.; ca. DM 6,00)

"Die weiße Reihe" (Auswahl)

"Todos juntos venceremos!"
Deutsche Arbeitsbrigaden in Nicaragua

Gewerkschaften und Kleinbauernverband in Nicaragua
Beginn einer Einmischung

Fünf Jahre sandinistische Revolution in Nicaragua
Johannische Bilanz
(Alle Hefte ca. 60-72 S.; ca. DM 6,50)



Brennende Treibstofflager im Hafen von Corinto nach dem Angriff eines CIA-Kommandos

John Cavanagh/Joy Hackel

Der Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua

Kriege brauchen nicht ausschließlich mit Waffen ausgetragen zu werden. Im Schatten der von den USA unterstützten militärischen Aggression gegen Nicaragua führen die Regierung, Banken und Firmen der USA einen stillen, aber verheerenden Wirtschaftskrieg mit dem Ziel, die Regierung von Nicaragua zu schwächen oder sogar zu stürzen.

Die Reagan-Administration betreibt diese konzertierte Kampagne zur wirtschaftlichen Sabotage, um jene zu unterstützen, die sie als „gemäßigte Kräfte“ bezeichnet – die Privatwirtschaft in Nicaragua –, von der sie behauptet, sie sei der wichtigste Fürsprecher des demokratischen Pluralismus für das nikaraguanische Volk.

Parallele zu Chile?

Bisher hatte die Politik der USA eigentlich für die Mehrheit der Nicaraguaner ganz andere Auswirkungen. Indem die Reagan'sche Kampagne der nikaraguanischen Regierung den größten Teil der Auslandskredite entzog und sie zwang, ihre knappen Mittel zunehmend für den militärischen Bereich auszugeben, schwächte sie die Wirtschaft Nicaraguas und zehrte die Mittel für Sozial- und Entwicklungsprogramme auf. Mit der Hilfe

des CIA an die „Contras“ hat sie außerdem die Mobilisierung des nikaraguanischen Volkes zur Verteidigung der Revolution gefördert.

Nach Angaben der Nicaraguaner verloren sie allein 1983 wegen der wirtschaftlichen Sanktionen der USA 345 Mio Dollar durch Exportverluste und entgangene Kredite. Auf internationaler Ebene führte der Druck der USA seit 1980 zum Verlust von weiteren 112,5 Mio Dollar an multilateralen Krediten.¹

Diese Sanktionen, die die USA in klarer Verletzung der Charta der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) durchsetzte, sind nicht ohne Beispiel.

Als 1970 in Chile ein linksgerichteter Präsident vom Volk gewählt wurde, gab Richard Nixon an seinen CIA-Chef Richard Helms die knappe Direktive: „Bringen Sie die Wirtschaft zum Schreien.“ Wie von Henry Kissinger und seinen Untergebenen vorgesehen, gipfelte diese Politik wirtschaftlicher Erstickung in einem blutigen Staatsstreich (11. September 1973; d. Red.), der Chile ein Jahrzehnt brutaler Militärdiktatur und eine tiefe Wirtschaftskrise bescherte, die seit 1983 zu ausgedehnten sozialen Unruhen geführt hat.

Durch die Verletzung elementarster Grundsätze des internationalen Rechts und des freien Handels haben die USA

gegen Nicaragua einen ähnlichen wirtschaftlichen Großangriff gestartet, indem sie bilaterale Hilfe und Einfuhrquoten strichen, internationale Agenturen drängten, Nicaragua die Kredite zu sperren und die Beteiligung von US-Unternehmen an Investitionen und Bankkrediten behinderten. Kurz ausgedrückt: Wirtschaftskrieg.

Der Sieg der sandinistischen Revolution im Juli 1979 bedeutete für die Außenpolitik der Carter-Administration eine der größten Herausforderungen. Carters Taktik unmittelbar nach dem Triumph der Sandinistas bestand eher darin, durch massive Hilfe für die Privatwirtschaft die Revolution zu vereinnahmen als sie zu stürzen.

Im November 1980 begann die US-Politik gegenüber Nicaragua, innerhalb der antisandinistischen Opposition neue Bündnisse zu schmieden. An diesem Punkt wurde mit kräftiger Unterstützung der Agentur für Internationale Entwicklung (AID) eine 75-Mio-Dollar-Anleihe für Nicaragua gewährt.²

Dieses Programm, dessen Realisierung für das Haushaltsjahr 1981 vorgesehen war, war vor allem zur Finanzierung von Organisationen der Privatwirtschaft mit offen antisandinistischen Zielen bestimmt: den Obersten Rat Privater Unternehmen (COSEP), FUNDE (die regierungsfeindliche Alternative zur sandinistischen Organisation für Genossenschaften) und das Amerikanische Institut für die Entwicklung Freier Gewerkschaften (AIFLD), das häufig im direkten Konflikt mit den sandinistischen Gewerkschaften steht.³

Vom Stopp der Wirtschaftshilfe...

Den Sieg Ronald Reagans über Carter bekamen die Nicaraguaner sofort nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten im Januar 1981 zu spüren.

Die neu angetretene Reagan-Administration begann schnell mit der Umklammerung der nikaraguanischen Wirtschaft. Wenige Tage nach seiner Amtsübernahme stellte Reagan den größten Teil der US-Hilfe ein, mit Ausnahme des Teils des 75-Mio-Dollar-Programms der AID, der bis dahin noch ausstand.⁴

Im April 1981 legte die Regierung Reagan für die verbliebene bilaterale Hilfe noch strengere Bedingungen fest, und zwar unter dem Vorwand, Nicaragua unterstütze durch Waffenlieferungen an die salvadorianische Guerilla den „Terrorismus“ (wodurch US-Wirtschaftshilfe aus gesetzlichen Gründen nicht mehr in Frage kam).

Gleichzeitig stoppte Reagan 9,8 Mio Dollar von zuvor aufgrund des Gesetzes 480 („Lebensmittel für den Frieden“) gewährten Lebensmittelkrediten für den

Kauf von Weizen. Damit wurde Nikaraguas Versorgung mit Brot und Nudeln wirksam abgeschnitten.⁵ (...)

Reagan dehnte die restriktiven Maßnahmen auf den Handel aus, indem er Nikaraguas Quote für die Ausfuhr von Zucker in die USA von 59.000 Tonnen (t) im Haushaltsjahr 1983 um 90% auf 6.000 t reduzierte.⁶ Diese Kürzung bedeutete für die Nikaraguaner einen Verlust an Exporterlösen von 15,6 Mio Dollar in einer Zeit extremer Devisenknappheit.⁷

...zum Handelsboykott

Obwohl die Sandinistas sich vor allem in Algerien und im Iran neue Zuckermärkte sichern konnten, erhalten sie dort nur 6 Cent pro Pfund, während sie das Pfund Zucker an die USA zu einem Vorzugspreis von 17-22 Cent hätten verkaufen können.⁸ Mit der Begründung, die Vereinigten Staaten hätten ihre Verpflichtung zum freien Handel verletzt, reichte Nicaragua beim Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) formell Klage ein.

Regierungsvertreter in den USA behaupteten, „wir haben sie (die Zuckerquote) nicht abgeschafft, sondern nur angepaßt“.⁹ Sie gaben zu, der einzige Grund, warum die USA Nikaraguas Quote nicht ganz aufgekündigt hätten, seien die Vorschriften des GATT, wonach die Importländer bei der Anwendung von Quotensystemen auf „gleiche Behandlung“ der Exportländer achten müssen. (...) Während die Vereinigten Staaten ihren wirtschaftlichen Druck auf den Handel ausdehnten, versuchte Nicaragua darauf durch Diversifizierung seiner Handelspartner zu reagieren.

1983 gingen 10% seiner Ausfuhren in völlig neue Märkte im Nahen Osten und in Nordafrika. Die europäischen Länder – vor allem Frankreich und Spanien – haben ihre Exporte nach Nicaragua verstärkt. Mexiko schätzte, daß es 1983 Industrieprodukte im Wert von 100 Mio Dollar nach Nicaragua exportieren würde, und plante für 1984 eine weitere Steigerung um 25%. Mexiko hat somit die Vereinigten Staaten als wichtigsten Handelspartner abgelöst. (Die Importe Nikaraguas aus den USA gingen von einem Gesamtanteil von 30% vor der Revolution auf 16% 1983 zurück).¹⁰

Durch Druck seitens der USA wurden in die finanzielle Blockade Nikaraguas auch Institutionen einbezogen, deren Satzung politische Kriterien für die Entscheidung über Kredite ausdrücklich verbietet – die multilateralen Kreditorganisationen.

1979 gab es einen flagranten Verstoß des Internationalen Währungsfonds (IMF) gegen das Politikverbot, als er der Somoza-Diktatur, gerade 9 Wochen vor ihrem Sturz, einen Kredit von 66 Mio Dollar gewährte.¹¹

Finanzsperre von IMF, Weltbank

Als Somoza aus dem Land floh, war in der Zentralbank von Nicaragua von den 66 Mio Dollar – übrigens nach allgemeiner Ansicht einer der am schlechtesten begründeten Kredite in der Geschichte des IMF – so gut wie nichts mehr vorhanden. Für die Sandinistas war es eine zusätzliche Belastung, daß man von ihnen die sofortige Rückzahlung des Kredits verlangte, da das von Somoza offiziell bekanntgegebene Haushaltsdefizit für 1979, wie es dem IMF mitgeteilt wor-

den war, auf falschen, willkürlich zusammengestellten Zahlen beruhte.

Seit Somozas Sturz hat der Exekutivdirektor der USA beim IMF die Kampagne geführt, um alle Kredite an Nicaragua mit so harten Bedingungen zu verknüpfen, daß es seither zu keinem Abkommen zwischen den beiden mehr gekommen ist. Dabei hat jedes andere Land des mittelamerikanischen Isthmus in den letzten beiden Jahren umfangreiche Kredite vom IMF erhalten.¹²

Was für ein Wirtschaftsprogramm hat Nicaragua verfolgt, das internationale Agenturen wie den IMF so aufgebracht und befremdet haben könnte? Nun, Nikaraguas „Politik der Anpassung“ gibt, im Gegensatz zu Anpassungsprogrammen, die der IMF versuchen würde durchzusetzen, sozialen und wirtschaftlichen Zielen Vorrang, die einen Ausgleich von Armut und Reichtum herbeiführen sollen.

Statt den Leitlinien des Fonds zu folgen und den Privatsektor zu „ermutigen“, widersetzt sich Nikaraguas Wirtschaftsprogramm der allgemeinen Abwertung der Landeswährung, des Cordoba, indem es zur Förderung bestimmter Exportbereiche ein System differenzierter Wechselkurse vorsieht und auf nicht lebenswichtige Importe wie Luxusgüter eine Steuer von 50% erhebt.

Nach der Ausschaltung des IMF hat die Reagan-Administration die beiden anderen bedeutenden multilateralen Finanzorganisationen in die Wirtschaftsblockade gegen Nicaragua einbezogen: die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB).

Während Nicaragua 1979 von den beiden Institutionen 179 Mio Dollar erhielt, wobei weitere 149 Mio Dollar in Aussicht gestellt wurden, wurde dieser Betrag durch direkten Druck der Reagan-Administration 1983 auf 30 Mio Dollar reduziert.¹³

Als Präsident Reagan im vergangenen Sommer den Vertretern der USA in diesen beiden Institutionen Anweisung gab, gegen jegliche Kredite für Nicaragua zu stimmen, sprach er nur deutlich aus, was schon zuvor die inoffizielle Politik war. Seit Januar 1982, als die USA mit ihrer – der einzigen – Gegenstimme vergeblich versuchten, einen 16-Mio-Dollar-Kredit zur Finanzierung von Verbesserungen in einkommensschwachen Wohngebieten und für die Beseitigung von Sturmschäden zu blockieren, hat Nicaragua von der Weltbank keinen einzigen Cent mehr erhalten.¹⁴ (...)

Bei der IDB wiederholte sich das Spiel in ähnlicher Weise, wobei die Vereinigten Staaten mit ihrer Stimme gegen Kredite für Nicaragua häufig isoliert dastanden.¹⁵ Im Juli 1983 blockierten die USA die Freigabe von 2,2 Mio Dollar der IDB an Nicaragua. Sie setzten sich dabei



Fertighäuserfabrik in der Nähe Managuas. Ein Geschenk Kubas zur Linderung der Wohnungsnot

über die Unterstützung aller anderen 42 Mitglieder der Bank für das Projekt hinweg. Die Mittel sollten zur Fertigstellung eines Straßenprojektes dienen, das die USA noch während der Somozaherrschaft unterstützt hatten.

Die Kampagne zur Ächtung Nikaraguas innerhalb der IDB ist beileibe nicht geheim.

Wie das Wall Street Journal unter Bezug auf eine kürzlich vom Kongreß angeforderte Untersuchung berichtete, hat die Reagan-Administration Nikaragua 1981 zusammen mit vier anderen linksgerichteten Regierungen auf eine „Hitliste“ gesetzt (um bei der Terminologie der Regierung selbst zu bleiben). Die USA waren bemüht zu verhindern, daß Länder auf der „Hitliste“ von der IDB oder anderen internationalen Kreditinstituten Mittel erhalten.

Der finanzielle Würgegriff der Vereinigten Staaten hat auch den Druck auf private Banken bei der Gewährung von Krediten an Nikaragua laufend erhöht. Die Folgen waren beachtlich, haben die US-Banken doch einen gewichtigen Einfluß bei der Vergabe von Krediten in diesem Weltteil – sie gewähren 40% der Bankkredite an die Länder des karibischen Beckens, und Anfang 1983 hatten die US-Banken an Nikaragua insgesamt 404 Mio Dollar verliehen.

Als Somoza 1979 aus Nikaragua flüchtete, hinterließ er der neuen Regierung eine Bürde von 1,6 Mrd Dollar an privaten Schulden, davon ungefähr die Hälfte bei Geschäftsbanken. Im Überschwang des Sieges der Sandinistas 1979 versprach Nikaragua, Somozas Schulden zu bezahlen, und die privaten Banken setzten sich dafür ein, weiterhin Kredite zu gewähren.

Unter dem harten Druck der US-Regierung erreichte jedoch nur ein kleiner Teil von 11 Mio Dollar seit 1979 Nikaragua, und dabei handelt es sich nur um 90-Tage-Kredite. (...)

Bananendiplomatie

Konzerne aus den USA spielen bei der Unterstützung des Wirtschaftsembargos eine wichtige Rolle.

Im Oktober 1982 brach, mit der begeisterten Unterstützung von Reagans Außenministerium, die Standard Fruit (für Castle & Cook im Bananengeschäft tätig), einziger Käufer von Bananen aus Nikaragua, plötzlich ein 5-Jahres-Abkommen, das sie 1981 mit der sandinistischen Regierung abgeschlossen hatte.¹⁶ Als die nikaraguanische Regierung Pläne zur eigenen Vermarktung von Bananen ankündigte, die nach England, Holland und Frankreich verschifft werden sollten, drohte der Präsident der Standard Fruit, Nikaraguas Bananen durch „Über-



Der Kaffee wird unter dem Schutz der Miliz geerntet

flutung des Marktes“ mit den eigenen Bananen zu „begraben“.¹⁷ Trotz der Drohungen hat die staatseigene Em-banco nach dem Rückzug der Standard Fruit mehr als 4 Mio Kisten Bananen auf den Markt gebracht, wofür sie 35 Mio Dollar in kostbaren Devisen erhielt.¹⁸

Sabotage durch die „Contras“

Jüngst hat Exxon, Besitzer der größten ausländischen Einzelinvestition in Nikaragua – nämlich der Ölraffinerie von Managua¹⁹ –, es abgelehnt, Erdöl von Mexiko nach Nikaragua zu transportieren.²⁰ Die Weigerung erfolgte nach einer dramatischen Eskalation der Kampagne der „Contras“, der Rebellen, die vom CIA finanziert und beraten werden, zur wirtschaftlichen Sabotage.

Streitkräfte der „Contras“ griffen im Laufe der Monate September und Oktober 1983 fünfmal Ölanlagen an und erklärten, sie würden alle einlaufenden Schiffe in die Luft jagen.

Neue Schiffe zum Transport des Rohöls wurden gechartert, und Exxon verarbeitet weiter Erdöl innerhalb der Grenzen Nikaraguas. Eine Unterbrechung der nikaraguanischen Öltransporte könnte einen ersten und lähmenden Schlag für die Wirtschaft bedeuten.

Nikaragua dürfte nur für 1 oder 2 Monate Ölvorräte haben, und mehr als ein Drittel der Exporterlöse des Landes werden für den Kauf von Erdöl verwendet. Im Moment bestreitet Mexiko praktisch den gesamten Ölimport – im Wert von 225 Mio Dollar jährlich – zu einem Preis, der aufgrund langfristiger Kreditvereinbarungen unter dem Marktpreis liegt.

Die vielleicht wirksamste Komponente der Kampagne der USA zur Aushöhlung der nikaraguanischen Wirtschaft besteht in der großzügigen Finanzierung und Zusammenarbeit mit den Streitkräften der „Contras“, deren Ziel die Zerstörung der Infrastruktur Nikaraguas ist.

Nach Schätzungen der nikaraguanischen Regierung beläuft sich der Schaden, den die nikaraguanischen „Contras“ zwischen Mai 1981 und Oktober 1983 angerichtet haben, auf insgesamt über 1 Mrd Dollar (siehe Beitrag zur US-Intervention in diesem Heft; d. Red.) (...)

Staaten wie Mexiko und Venezuela haben das Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen Nikaragua als eine klare Verletzung der OAS-Charta gebrandmarkt. Die Charta verbietet es Mitgliedern, wirtschaftliche Sanktionen zu ergreifen, um sich anderen Ländern gegenüber Vorteile zu verschaffen oder das wirtschaftliche Wachstum einer Nation zu beeinträchtigen.

(Quelle: CounterSpy, Washington, Nr. 3, Mai-Juni 1984, S. 12-17)

Anmerkungen:

- 1) Angaben nach: Christian Science Monitor, 6.12.1983
- 2) Vgl. David Landes, Bilateral Economic Aid Policy, Papier, das für die Konferenz über Politische Alternativen für die Karibik und Mittelamerika (PACCA) vorbereitet wurde, Oktober 1982, S.8
- 3) Siehe: Jeff McConnell, Counterrevolution in Nicaragua: The US Connection, in: CounterSpy, Mai-Juni 1982, S.16
- 4) Vgl. ebenda, S.15
- 5) Siehe: New York Times (NYT), 12.2.1982
- 6) Angaben nach: NYT, 11.5.1983
- 7) Vgl. Washington Post (WP), 10.5.1983
- 8) Siehe: Multinational Monitor, Juni 1983, S.6 und WP, 10.5.1983
- 9) Washington Times, 4.4.1983
- 10) Angaben nach: Financial Times, 5.9.1983
- 11) Siehe: Center for International Policy, International Policy Report, März 1983, S.11
- 12) Vgl. ebenda
- 13) Angaben nach: Christian Science Monitor, 6.12.1983
- 14) Siehe: NYT, 3.2.1983
- 15) Vgl. WP, 30.7.1983
- 16) Siehe: Guardian, New York, 19.1.1983
- 17) Ebenda
- 18) Siehe: Guardian, 8.12.1982
- 19) Vgl. NYT, 8.12.1982
- 20) Siehe: WP, 6.10.1983

Rüdiger Mack

Brigadeeinsatz in Nueva Guinea



Alltag im Grenzgebiet - Arbeit mit der Waffe in der Hand

Talolinga ist ein 600-Einwohner-Dorf, das 20 km nördlich von Nueva Guinea liegt. Als Mitglieder einer bundesdeutschen Solidaritätsbrigade hielten wir uns hier, in der Atlantikprovinz Zelaya, während der Monate März und April d.J., auf.

Bei der Beurteilung der heutigen politischen Lage in der Gegend um Nueva Guinea muß die Geschichte dieses Landstrichs berücksichtigt werden.

Eine Hochburg des Somozismus

Vor 20 Jahren war hier, im Süden der Provinz Zelaya praktisch nur tropischer Regenwald. Zu Beginn der 60er Jahre wurde damit begonnen, zahlreiche Bauern aus der Pazifikregion von ihrem Land zu vertreiben, um der profitableren Baumwollproduktion einiger Großgrundbesitzer Platz zu machen. Diese Bauern wurden in Süd-Zelaya angesiedelt und erhielten dabei meist größere

Landparzellen als sie vorher besaßen.

Diese Maßnahmen wie auch die kostenlose Krankenversorgung waren Teil eines von den USA finanzierten Anti-Guerilla-Programms, das zunächst für das Somoza-Regime Früchte zu tragen schien.

Hierzu sagte uns der regionale Verantwortliche der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), Rigoberto Puertocarrera: „Hier war 1979 fast nichts.

Man muß sich in Erinnerung rufen, daß Nueva Guinea, so wie es gegründet wurde, auch 1979 noch eine Hochburg des Somozismus war. Von hier holten sie noch vor dem Triumph, also vor dem 19. Juli, ungefähr drei bis vier Bataillone des somozistischen Heeres, um sie nach Managua in den Kampf zu werfen. Damals waren der Somozismus und die Nationalgarde hier in großem Umfang vertreten. Die Frente (FSLN; d. Red.) war hier erstmals 1972 vertreten mit vier Organisationen.“

Dazu kommt der erhebliche Einfluß

evangelischer Sekten, von denen es in der 7.000-Einwohner-Stadt Nueva Guinea 21 gibt; selbst im kleinen Talolinga waren drei Sekten mit eigenen Versammlungshäusern vertreten. Die meisten dieser Minikirchen, deren Führer größtenteils in den USA sitzen, verbreiten eine Ideologie, die behauptet, daß die Revolution gegen Gottes Willen ist und daß man die von Gott geschaffene Gesellschaft nicht verändern darf.

Der Einfluß dieser Ideologie geht soweit, daß viele Eltern ihre Kinder nicht impfen lassen, weil sie davon überzeugt sind, daß ihnen der Kommunismus injiziert wird. In der Bundesrepublik mag man darüber lächeln. Die deutschen Krankenschwestern und Ärzte, die dort ebenfalls Solidaritätsarbeit leisten und zu Impfkationen auf die Dörfer geschickt werden, konnten darüber allerdings nicht lachen.

Die Offensive der „Contras“

Aus all diesen Faktoren erklärt sich auch eine relativ starke Aktivität der „Contras“.

Teilnehmer unserer Gruppe befragten dazu ebenfalls Rigoberto Puertocarrera: „Uns kommt es vor, als hätte die Contra hier an Einfluß gewonnen. Gibt es eine Offensive oder haben sie nur den Ort der Überfälle weiter nach Norden verlegt? Hat Pastora jetzt mehr Leute?“ Rigoberto: „Die neue Situation, die sich ergeben hat, ist Bestandteil einer Großoffensive, die die konterrevolutionäre Bewegung seit Februar d.J. betreibt, die im März verstärkt wurde und von der wir meinen, daß sie im April noch mehr verstärkt wird. Es ist eine große Zahl von 'Contras' in den Norden eingedrungen. Und Pastora hat ebenfalls mehr Leute für die Südgebiete.

Seit Beginn der Großoffensive haben sich FDN (Nikaraguanische Demokratische Kraft; d. Red.) und ARDE (Revolutionäre Demokratische Allianz; d. Red.) vereinigt. Vorher waren sie getrennt, weil sie Probleme hatten in der Frage der Führung. Alle wollten die Führer und Chefs sein. Die Gringos (US-Amerikaner; d. Red.) haben ihnen jetzt deutlich gesagt: 'Gut, ihr vereinigt euch oder ihr bekommt kein Geld und keine Waffen

mehr!' Darauf gab es die Vereinigung und sie wurde zum Teil des globalen Plans einer starken Offensive; genauso stark im Süden wie im Norden. Vorher war es hauptsächlich im Norden, weil Pastora nicht viel Kraft hatte. Jetzt haben sie ihm Waffen gegeben und Leute aus dem Norden, die vorher in Honduras waren. Daher ist die Situation jetzt natürlich auch hier schwieriger."

Die oben angesprochene Verankerung des Somozismus in der Gegend setzt sich zum Teil noch heute fort in einer Kollaboration von Teilen der Bevölkerung mit den „Contras“. Viele Contras kommen aus der Gegend, haben noch Kontakte zu Angehörigen, Verwandten, Freunden. Für Geld besorgen sie sich Informationen über politische Aktivisten, über die militärische Lage usw.

Die Kooperativen – Rückgrat der Revolution

Das politische Rückgrat der Revolution auf dem Lande bilden die Bauern und Landarbeiter, die besitzlos waren oder sehr wenig Land besaßen.

Aus ihren Reihen wurden bisher zahlreiche Kooperativen gebildet. In der Region Nueva Guinea sind es hauptsächlich Kakao-Kooperativen, die Teil eines regionalen Kakao-Projektes sind. Die Kakao-Kooperative von Talolinga wurde 1983 gegründet. In etwa 3 Jahren kann der erste Kakao geerntet werden. Dann soll schrittweise mit dem Aufbau einer Kakaoverarbeitung im Lande bis zur Herstellung von Schokolade begonnen werden.

Mit diesem Projekt sind verschiedene Aspekte verknüpft. Zum einen sollen die bisher besitzlosen Landarbeiter Arbeit bekommen. Mit dem Export von Kakao soll die Exportpalette des Landes erweitert und damit der Außenhandel weniger anfällig werden. Ein weiterer Aspekt ist, daß im Rahmen dieses Projekts die Infrastruktur der Region, die bisher noch sehr

unterentwickelt ist, durch den Bau von Straßen, Schulen, Ausbildungsstätten, Wohnhäusern usw. verbessert wird.

Ökologisch gesehen ist das Anpflanzen von Baumkulturen in dieser Urwaldregion wesentlich sinnvoller als die bisher noch weitverbreitete Brandrodung, die den Boden rasch einer starken Erosion aussetzt. Schließlich bietet das Kakao-Projekt noch folgende Perspektive: für die zahlreichen Flüchtlinge aus dem Süden, können neue Häuser und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ein Mitglied der Kooperative aus Talolinga, Porfirio Ocón, sagte zur politischen Bedeutung der Kooperativen: „Das paßt den Banditen, die in der Region ihr Unwesen treiben, nicht. Denn sie wissen, wenn die Situation der Bauern sich verbessert, wird die Vergangenheit, die sie wollen, nicht wiederkehren.“

Er bezieht sich auf Eden Pastoras bewaffnete Banden, die verstreut durch die Gegend streifen und Terror unter den Bauern verbreiten. „Die Vergangenheit ist überwunden, und wenn die 'Contras' auch die Pflanzungen zerstören wollen, es wird ihnen nicht gelingen, denn die Bauern sind bereit, die Revolution zu verteidigen.“

Die Kooperativen bilden den politisch bewußten Kern der Dorfbewölkerung und in der Regel die Dorfmitzilen.

Unser örtlicher FSLN-Verantwortlicher war als Kakao-Techniker sowohl für den Aufbau der Kakao-Kooperative verantwortlich als auch für die Mitzilen. Auf ihn hatten es die „Contras“ auch bei einem Überfall am 22. März d.J. auf unser Nachbardorf abgesehen. Die „Contras“ wissen genau, daß sie nur eine Chance haben, wenn es ihnen gelingen würde, die politische Avantgarde Nikaraguas, die FSLN und alle ihre Mitglieder physisch zu vernichten. Diesem Überfall, der mit zwei Verletzten noch relativ harmlos ausfiel, folgte 2 Wochen später ein Überfall auf ein anderes Nachbardorf, der mit vier Ermordeten endete.

Durch Informanten hatten die Contras erfahren, daß in der staatlichen Ankaufsstelle für Bohnen 800.000 Cordobas (80.000 DM) eingetroffen waren. Am Morgen des 11. April fielen sie in das unbewaffnete Dorf ein, schossen fünf Menschen an, raubten das Geld und ermordeten vier Verletzte mit Bajonettstichen. Ein Schwerverletzter konnte entkommen.

Zulauf zu den Milizen

Unter den Ermordeten befand sich ein Ehepaar, das 13 Kinder hatte. So schrecklich dieses Verbrechen war, hatte es doch für das politische Bewußtsein der Leute eine positive Wirkung. Nach einer kämpferischen Rede des FSLN-Verantwortlichen Fernando auf der Beerdigung, meldeten sich 30 Männer, die bereit waren, ein Gewehr zu nehmen und in die Miliz einzutreten. In den nächsten Tagen bekamen auch 15 Bauern ein Gewehr.

Auch in unserem Dorf wurde die Miliz durch einige Gewehre verstärkt. Man muß dazu wissen, daß es bis zum März weder in Talolinga noch in den Nachbardörfern auch nur ein einziges Gewehr gegeben hatte, weil die Bauern den Standpunkt vertraten, daß der Besitz von Gewehren nur die „Contras“ anlockt. In der zugespitzten Situation begriffen die Bauern den prinzipiellen Irrtum dieser Überlegung.

Wenn man auf die eingangs angesprochene Kollaboration mit dem Somozaregime und die auch heute noch vorhandene Unterstützung der „Contras“ zurückkommt, so ist festzustellen, daß sich die „Contras“ die letzten Sympathien der Bevölkerung verschmerzen. Die politisch bewußten Bauern sind bereit sich zu verteidigen. Ein Kooperativebauer zeigt auf die Kakaopflanzung und sagt: „Das müssen wir verteidigen, denn das ist die Zukunft unserer Kinder.“



unidoc film & video, Braunschweiger Str. 20, 4600 Dortmund 1

0231 / 83 80 1-47/48



Gutausgerüstete „Contras“ bei der Attacke auf San Juan del Norte

Nico Biver

Die US-Intervention und die „Contras“

„Produktion, die Nahrungsmittelversorgung, die Reichtümer des Landes und die Anstrengungen der gesamten Bevölkerung müssen in erster Linie darauf ausgerichtet sein, die Bedürfnisse jener zu befriedigen, die täglich ihr Leben an der Kampffront riskieren.“¹

So hatte am 18. Mai d.J. die Sandinistische Versammlung, ein beratendes Gremium der Nationalen Leitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), eine Umorientierung der nikaraguanischen Wirtschaftspolitik beschlossen. Die Losung der Stunde: „Alles für die Verteidigung!“

Dieser Schritt war notwendig geworden, nachdem sich durch eine Großoffensive der „Contras“, an der mehr als 8.000 Mann teilnahmen und durch die Verminung der Häfen durch CIA-Kommandos die militärische Situation erheblich verschlechtert hatte.

Die Revolution zerstören

„Nikaragua ist heute“, so die Sandinistische Versammlung, „das Opfer einer brutalen Aggression der US-Regierung, die versucht ihre imperialistische Hegemonie auf Kosten des Fortschritts anderer Nationen und des Voranschreitens des Weltfriedens, dem Rest der Welt aufzuzwingen... Im Falle Nikaraguas halten es die USA für entscheidend, die sandinistische Volksrevolution zu zerstören.“² Dieses Ziel verfolgt Washington seit dem Sieg der Sandinistas vom Juli 1979. Unter Präsident Carter geschah dies erst unter zivilen Vorzeichen, obwohl man da-

mals bereits ehemaligen Mitgliedern der Nationalgarde Somozas erlaubte, in Florida und Kalifornien militärische Übungen durchzuführen.

Washington versuchte zunächst vor allem durch Hilfe für die Privatwirtschaft Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen. Der damalige US-Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten begründete einen 75-Mio-Dollar-Kredit für das Finanzjahr 1980 damit, daß dies das beste verfügbare Mittel der USA wäre, um zu erreichen, daß Nicaragua nicht-paktgebunden, „pluralistisch“ und „gemäßigt“ bleibe.³



Destabilisierungsverantwortliche Reagan und CIA-Chef Casey

Für das Finanzjahr 1981 erfolgte jedoch bereits eine Wende. Lediglich 7,5 Mio Dollar sollten noch gewährt werden, die allerdings an politische Organisationen wie den Unternehmerverband COSEP oder über das Amerikanische Institut für die Entwicklung der Freien Gewerkschaften (AIFLD) an die Rechtsgewerkschaften CUS und CTN gehen sollten.

Mit dem Machtantritt von Ronald Reagan im Januar 1981 wurden alle Hilfsprogramme mit Ausnahme des letzteren gestrichen.

Da allein durch Unterstützung der inneren Opposition eine Änderung in der Politik der Sandinistas nicht durchzusetzen war, beschloß die Administration ihre Druckmaßnahmen auszuweiten.

Am 1. Dezember 1981 stimmte Präsident Reagan einem umfassenden Destabilisierungsplan zu, der unter der Bezeichnung NSDD 17 vom Nationalen Sicherheitsrat (NSC) ausgearbeitet worden war.

Er sah u.a. vor: verstärkte subversive Aktionen innerhalb Nikaraguas, Unterstützung für paramilitärische Aktionen, wirtschaftlicher Druck, militärische Drohungen, Planungen für eine militärische Intervention, verstärkte Geheimdienstaktivitäten, Propagandaanstrengungen, und gemeinsame Planungen mit Verbündeten.⁴ In einer Sitzung des NSC vom April 1982 wurde die Gültigkeit dieser Maßnahmen bestätigt.⁵

„Contras“-Arm des CIA

Die wirtschaftlichen Maßnahmen bestanden vor allem darin, Nicaragua keine Kredite mehr zu gewähren, dies auch bei Privatbanken und internationalen Finanzorganisationen durchzusetzen, sowie Importe aus Nicaragua einzuschränken (siehe Beitrag von J. Cavanagh/J. Hackel).

Die paramilitärischen Aktivitäten bestanden ursprünglich im Aufbau einer 500-Mann-Truppe durch den CIA und eines Kontingents von 1.000 Mann durch Argentinien.

Zu diesem Zweck wurden dem CIA 19,9 Mio Dollar bewilligt.⁶ Mit Beginn des Falkland/Malwinen-Krieges (2.4.1982) beteiligten sich die Argentinier jedoch nicht mehr am Aufbau der „Contras“.

Der CIA übernahm damit alleine die Ausrüstung und Ausbildung dieser Gruppen, die unter Bezeichnung Demokratische Nikaraguanische Kraft (FDN) von Honduras aus zu operieren begannen. Sie bestanden am Anfang aus ehemaligen Nationalgardisten Somozas, wurden aber im Laufe der Zeit mit insgesamt 64 Mio Dollar vom CIA zu einer 12.000-15.000 Mann starken Truppe ausgebaut. Ihr gehören heute auch Bauern aus dem Norden Nikaraguas und 2.000-3.000 ge-

flüchtete Miskitos an. Zur weiteren Verstärkung der „Contras“ hat Ronald Reagan 21 Mio Dollar für dieses Jahr und 28 Mio Dollar für das nächste Jahr beantragt. Der Großteil der US-Unterstützung (80-150 Mio Dollar im Jahr) wird jedoch am Kongreß vorbei gezahlt.⁷

Ab April 1982 begann der ehemalige Sandinist Edén Pastora zusammen mit dem Unternehmer Alfonso Robelo, der anfangs der nikaraguanischen Regierungsjunta angehörte, in Kostarika mit dem Aufbau der Demokratisch-Revolutionären Allianz (ARDE). Diese Gruppe, die ab Mai 1983 aktiv wurde, verfügt mittlerweile über 3.000-4.000 Mann. Auch sie wird – teilweise auf Umwegen

Bereits Anfang 1983 war aufgedeckt worden, daß die Führung der FDN dem US-Botschafter in Honduras John D. Negroponte obliegt.⁸

Die Angriffe der „Contras“ waren in den Jahren 1981 und 1982 wenig erfolgreich. Der verursachte Schaden belief sich auf 23,7 Mio Dollar.

Ab März 1983 drangen jedoch regelmäßig Gruppen von 1.000-2.000 Mann nach Nikaragua ein, ohne jedoch dauerhaft einen Teil des Territoriums besetzen oder – wie erhofft – einen Volksaufstand in Nikaragua auslösen zu können. Aus diesem Grunde beschränkten sie sich zusehends auf Angriffe gegen wirt-

Chronologie der US-Interventionen

Seit Präsident Monroe im Jahr 1823 mit der Parole „Amerika den Amerikanern“ (Monroe-Doktrin) den Anspruch der USA – gegenüber den Kolonialmächten Spanien und Großbritannien – auf die eigene Vorherrschaft in Lateinamerika geltend machte, rissen ihre militärischen Interventionsakte gen Süden nicht mehr ab.

Nach dem Raubkrieg gegen Mexiko 1846-48, bei dem sich die USA nahezu die Hälfte des mexikanischen Territoriums einverleibten, gab es serienweise Truppenentsendungen „zum Schutz von Leben und Eigentum der USA“ in Panama (1873, 1885, 1901 und 1902) und in Nikaragua (1894, 1898 und 1899).

1898-1902 Die USA reißen im Ergebnis des Krieges mit Spanien Puerto Rico als Kolonie an sich. Und sie erteilen sich mit dem Platt Amendment (1901) ein Interventions-„recht“ auf Kuba

1903 Errichtung des Militärstützpunktes Guantanamo auf Kuba. Intervention in Panama

1904 US-Streitkräfte „schützen die Interessen der USA“ mit ihrer Landung in der Dominikanischen Republik und machen den Dollar zur Landeswährung

1905 Landung von Marineinfanteristen in Honduras

1906-09 Dreimaliges Eingreifen von US-Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung auf Kuba

1908 Marines intervenieren in Panama

1909-10 Intervention von US-Streitkräften in Honduras

1912 Marines werden zur „Verhinderung einer Revolte“ auf Kuba eingesetzt. Sie greifen zum Schutz kommerzieller Interessen der USA in Honduras und Panama ein

1912-25 Streitkräfte der USA besetzen Nikaragua

1914 US-Intervention in der Dominikanischen Republik. Veracruz, Mexiko, wird von der US-Marine bombardiert und besetzt

1914-34 Die USA okkupieren Haiti

1916-24 Okkupation der Dominikanischen Republik

1917-23 US-Truppen marschieren in Kuba auf, um Streiks niederzuschlagen

1918 Entsendung von Marines nach Panama

1919 und 1924 US-Interventionen in Honduras

1925 US-Truppen werden nach Panama entsandt

1926-33 Die Marines besetzen Nikaragua aufs neue. Sie formieren die Nationalgarde mit dem späteren Diktator Anastasio Somoza als Befehlshaber

1954 CIA-geführte Söldnerinvasion in Guatemala und anschließender Putsch gegen die Reformregierung Arbenz

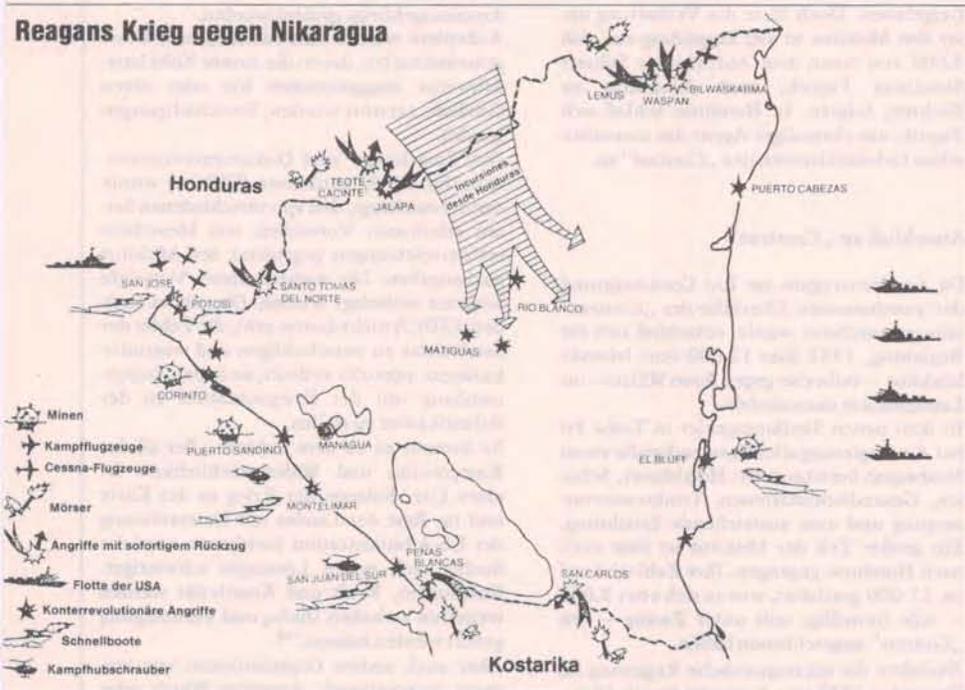
1961 Söldnerinvasion mit US-Beteiligung auf Kuba, die von der Revolutionsregierung Castro zurückgeschlagen wird

1965 Invasion von US-Kampftruppen (23.000 Mann) in der Dominikanischen Republik, mit der der Sturz der progressiven Regierung Bosch erzwungen wird

1981 Beginn der CIA-gelenkten militärischen Einfälle antisandinistischer Truppen („Contras“) in Nikaragua

1983 Invasionsversuche der „Contras“ im Norden und Süden Nikaraguas werden zurückgeschlagen. Invasion und Besetzung Grenadas durch US-Streitkräfte und karibische Hilfskontingente

Reagans Krieg gegen Nikaragua



– vom CIA unterstützt, obwohl besonders Edén Pastora dies stets bestritten hat. Anfang 1984 hat der CIA eine Abstimmung mit den Aktionen der FDN zur Voraussetzung für die weitere Unterstützung der ARDE gemacht und diese dazu gedrängt, sich mit den Somozisten zusammenzuschließen.

Eine Mehrheit der ARDE unter Führung Alfonso Robelos unterstützte diese Forderung, doch drohte eine Spaltung der Organisation. Als Edén Pastora eine Pressekonzferenz zu diesem Thema im nikaraguanischen Grenzgebiet abhielt, wurde ein Bombenanschlag verübt, bei dem er verletzt und sieben Personen getötet wurden.

Obwohl man in Kostarika der sandinistischen Regierung das Attentat in die Schuhe schieben wollte, deutet alles darauf hin, daß ein Agent des uruguayischen Geheimdienstes die Bombe im Auftrag des CIA gelegt hatte, um mit Pastora das größte Hindernis für die vollständige Unterordnung der ARDE unter den US-Geheimdienst aus dem Weg zu räumen.

schaftliche Ziele, die teilweise sogar mit Flugzeugen und von See aus durchgeführt wurden. Diese Aktionen werden freilich nicht nur von den „Contras“, sondern auch vom CIA direkt durchgeführt. So wurden die Angriffe auf die Häfen Puerto Sandino (8.9.1983) und Corinto (10.10.1983) unter direkter Beteiligung des CIA von Lateinamerikanern ausgeführt.⁹

Gleiches gilt für die Verminung der nikaraguanischen Häfen, die im Januar d.J. begann, und zu der Präsident Reagan persönlich seine Zustimmung gegeben hatte.¹⁰

Die direkte Beteiligung der USA beschränkt sich jedoch nicht nur darauf. Regelmäßig überflogen Spionageflugzeuge nikaraguanisches Territorium und geben Informationen an die „Contras“ weiter.

Ihre Kontingente, die innerhalb von Nikaragua stehen, sowie die der ARDE in Kostarika, werden außerdem von US-Flugzeugen mit Lebensmitteln und Waffen versorgt. Dies erlaubt es ihnen,

Miskitofrage – eine Desinformationskampagne

„Die Sandinisten haben nach meinem Augenschein in den letzten Jahren 15.000 Miskitos umgebracht. 30.000 leben in Zwangs- und Arbeitslagern in Nicaragua, 5.000 in Gefängnissen.“

Diese schweren Anschuldigungen des französischen Journalisten Denis Reichle und des bundesdeutschen Filmemachers Werner Herzog konnte man am 25. Mai d.J. in der Frankfurter Rundschau lesen.

„Zehntausende ermordet“?

Gewohnt war man solche Vorwürfe von Reagans UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick, die schon 1981 die sandinistische Regierung beschuldigt hatte, sie habe 250.000 Miskitos – mehr als überhaupt in Nicaragua leben – in Konzentrationslagern eingesperrt.

Ähnlich hatte auch Ronald Reagan getönt, der im April d.J. in einer Rundfunkansprache erklärte: „Die Sandinisten, die Nicaragua regieren, haben Zehntausende der Miskito-, Rama- und Suma-Indianer brutal ermordet, sie ins Gefängnis geworfen und aus ihrer Heimat vertrieben.“¹

Die Tatsache aber, daß nicht die Frankfurter Allgemeine oder Peter Scholl-Latour, sondern Werner Herzog und die Rundschau diese Vorwürfe in die Welt setzten, mag manchen Sympathisanten der sandinistischen Revolution zum Zweifeln veranlaßt haben. Sind die Sandinistas dabei, ihre Revolution zu verraten und den Indios ihre Vorstellung von Befreiung mit brutaler Gewalt aufzuzwingen?

In der Tat haben die Sandinistas gegenüber der indianischen Bevölkerung Fehler begangen, die inzwischen auch erkannt, zugegeben und korrigiert worden sind. Diese Fehler resultierten zum großen Teil aus der mangelnden Kenntnis über die Kultur und Lebensweise der Indianer der Atlantikküste, die vom übrigen Nicaragua weitgehend isoliert war.

Gegenüber des in der spanischen Kulturtradition stehenden Westteils des Landes war der Osten von den englischen Kolonialherren geprägt worden. Erst 1894 wurde die Provinz Yelaya endgültig in das Land Nicaragua eingegliedert, blieb aber ohne wirkliche Verbindung mit dem Westen.

Neben den ca. 182.000 spanischsprechenden Mestizen und den 27.000 englischsprechenden Kreolen leben hier ca. 67.000 Miskitos, 5.000 Sumos und 1.000 Ramas,² drei Stämme von Indianermischlingen, die sich ihre alte Indiosprache erhalten haben.

Die Indianer gehören zu 70% der Moravischen Kirche an, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts in dieser Region mit großem Erfolg missioniert hat.

Nach dem Sieg der Revolution versuchten die Sandinistas die Atlantikküste in die allgemeine Entwicklung des neuen Nicaragua miteinzubeziehen. Was ihnen als selbstverständlicher Vorzug erschien, stieß bei den Indianern auf Skepsis und Zurückhaltung.

Mit der am 11. September 1979 gegründeten MISURASATA (Bündnis zwischen Miskitos, Sumos, Ramas und Sandinistas), die einen Sitz im Staatsrat erhielt, schien ein erster Schritt der Integration der Indianer in den revolutionären Prozeß gemacht zu sein.

Bei der zunächst nur auf Spanisch geplanten Alphabetisierungskampagne kam es jedoch zu ersten Auseinandersetzungen zwischen

der Regierung und der indianischen Bevölkerung. Daraufhin wurde vom Erziehungsministerium gemeinsam mit der MISURASATA ein Programm in Miskito, Sumo und Englisch ausgearbeitet und durchgeführt. Ebenfalls wurde ein Gesetz zur Einführung des zweisprachigen Grundschulunterrichts verabschiedet.

Als indessen im Februar 1981 die MISURASATA ein indianisches Territorium forderte, das einem Drittel des nikaraguanischen Staatsgebietes entsprochen hätte, wurde die MISURASATA im August 1981 verboten und ihre Führer wegen „Separatismus“ verhaftet.

Auf Vermittlung des Bischofs der Moravischen Kirche wurden sie zwar bald wieder freigelassen. Doch löste die Verhaftung unter den Miskitos so viel Empörung aus, daß 3.000 von ihnen dem Aufruf ihres Führers Steadman Fagoth, nach Honduras zu flüchten, folgten. In Honduras schloß sich Fagoth, ein ehemaliger Agent des somozistischen Geheimdienstes, den „Contras“ an.

Anschluß an „Contras“

Da die Grenzregion am Rio Coco aufgrund der zunehmenden Überfälle der „Contras“ immer unsicherer wurde, entschloß sich die Regierung, 1982 über 12.000 dort lebende Miskitos – teilweise gegen ihren Willen – ins Landesinnere umzusiedeln.

In dem neuen Siedlungsgebiet in Tasba Pri hat die Regierung alles Notwendige für einen Neubeginn bereitgestellt: Holzhäuser, Schulen, Gesundheitsstationen, Trinkwasserversorgung und eine ausreichende Ernährung. Ein großer Teil der Miskitos ist aber auch nach Honduras gegangen. Ihre Zahl wird auf ca. 17.000 geschätzt, wovon sich etwa 2.000 – teils freiwillig, teils unter Zwang – den „Contras“ angeschlossen haben.

Nachdem die nikaraguanische Regierung im Dezember 1983 eine Amnestie für alle Miskitos erlassen hat, die 1981 wegen konterrevolutionärer Aktivitäten verurteilt worden (insgesamt 307) oder nach Honduras geflüchtet waren, sind ca. 500 nach Nicaragua zurückgekehrt.

Viele wurden jedoch von der honduranischen

Armee und den „Contras“ an ihrer Rückkehr gehindert. So haben honduranische Regierungssoldaten am 6. Januar d.J. etwa 200 Miskitos, die auf dem Weg nach Nicaragua waren, ermordet.³

Die honduranische Regierung hat bisher jede Verhandlung mit Managua über die Rückkehr der Flüchtlinge abgelehnt, obwohl das UN-Flüchtlingshochkommissariat versucht hat, zwischen beiden Regierungen zu vermitteln.

Auch in anderen Bereichen hat die nikaraguanische Regierung erste Schritte gemacht, um den unter der Kriegssituation leidenden Indianern entgegenzukommen. So hat sie Untersuchungen angeordnet, um die Vorfälle aufzuklären, bei denen Miskitos durch Armeemitglieder getötet wurden.

Außerdem werden den Familien oder Dorfgemeinschaften, denen die Armee Kühe bzw. Schweine weggenommen hat oder deren Gebäude zerstört wurden, Entschädigungen gezahlt.

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum für die Atlantikküste (CIDCA) wurde damit beauftragt, den von verschiedenen Seiten erhobenen Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Miskitos nachzugehen. Die meisten dieser Vorwürfe konnten widerlegt werden. Obwohl es auch dem CIDCA nicht darum geht, die Fehler der Sandinistas zu entschuldigen und wegzudiskutieren, versucht es doch, sie in den Zusammenhang mit der Kriegssituation an der Atlantikküste zu stellen.

So kommt es zu dem Schluß: „Bei all der Komplexität und Widersprüchlichkeit ist eines klar. Solange der Krieg an der Küste und im Rest des Landes mit Unterstützung der US-Administration fort dauert, wird die Suche nach neuen Lösungen schwieriger. Ressourcen, Kraft und Kreativität werden weiterhin zwischen Dialog und Verteidigung geteilt werden müssen.“⁴

Aber auch andere Organisationen wie amnesty international, Americas Watch oder die Gesellschaft für bedrohte Völker haben die von Reichle erhobenen Anschuldigungen als unhaltbar zurückgewiesen. Robin Schneider von der Gesellschaft für bedrohte Völker sagte dazu: „Ein Völkermord in diesem Ausmaß hätte den verschiedenen Organisationen nicht verborgen bleiben können.“⁵

Die „Enthüllungen“ von Reichle und Herzog kommen jedenfalls der Reagan-Administration und der Regierung Kohl gerade recht, um ihre Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua zu untermauern.

Wohl wissend, daß diesen die Argumente fehlen, haben die beiden eine lukrative Marktlücke entdeckt. Der Film von Herzog und Reichle, den sie bei ihren Streifzügen zusammen mit den „Contras“ gedreht haben, soll von der US-Fernsehgeseellschaft CBS, vom französischen Fernsehen und vom Süddeutschen Rundfunk ausgestrahlt werden.

Anmerkungen:

- 1) Amerika-Dienst, Bonn, 18.4. 1984
- 2) Siehe: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 10-11, Januar 1984
- 3) Vgl. Die Tageszeitung (taz), Berlin-West, 31.1. 1984
- 4) CIDCA, Avances de investigacion, Trabil Nani. History and current situation in Nicaragua's Atlantic Coast, Managua 1984
- 5) Frankfurter Rundschau, 1.6. 1984



Miskitos im Flüchtlingslager Morocho



US-Truppen beim gemeinsamen Manöver in Honduras – ein Dauerzustand

ständig 4.000 Mann auf nikaraguani-
schem Gebiet zu stationieren.

Insgesamt verursachten die Angriffe bis-
her einen Schaden von über 200 Mio
Dollar und führten zu über 3.000 Todes-
opfern, meist Zivilisten.

Die US-Administration hat die Unter-
stützung für die „Contras“ von Anfang
an damit begründet, daß sie angebliche
Waffenlieferungen Nikaraguas an die Be-
freiungsbewegung El Salvadors unterbin-
den sollten.

US-Basis Honduras

Aber trotz Spionageflügen, US-Soldaten
in Honduras und einer Radarstation im
Golf von Fonseca, der an Nicaragua und
El Salvador grenzt, konnten bisher keine
Beweise für die Anschuldigungen er-
bracht werden. Aufgrund von Aussagen
des ehemaligen CIA-Agenten David
McMichael erklärte vielmehr am 13. Juni
d.J. Daniel P. Moynihan, Vorsitzender
des Geheimdienstausschusses des Senats,
daß keine schlüssigen Beweise für Waf-
fenlieferungen vorlägen.

Nichtsdestotrotz beharrt Washington
auf dem Vorwurf, Nicaragua würde den
„Terrorismus exportieren“. „Mittel-
amerika ist zum Schauplatz eines drei-
sten Versuches der Sowjetunion, Kubas
und Nikaraguas geworden“, so Ronald
Reagan in seiner Fernsehansprache vom
9. Mai d.J., „den Kommunismus mit Ge-
walt in der gesamten Hemisphäre zu ver-
breiten. Wenn ... nahezu die Hälfte unse-
res gesamten Außenhandels durch den
Panamakanal und die karibischen Ge-
wässer geht, dann geht es auch um
Amerikas Volkswirtschaft und um
Amerikas Wohlergehen.“¹¹

Das Argument, daß die nationale Sicher-
heit der USA bedroht sei, wird nicht nur
ins Feld geführt, um die Unterstützung
der „Freiheitskämpfer“, wie die „Con-
tras“ bei Reagan mittlerweile heißen, zu
begründen, sondern auch um den eige-

nen Militäraufbau in Honduras zu recht-
fertigen.

Bereits 1982 begannen die USA die hon-
duranischen Streitkräfte auszubauen
und eigene militärische Einrichtungen in
Honduras zu schaffen.

Dies geschah vor allem während der
Manöver „Big Pine II“, die von August
1983 bis Februar 1984 andauerten. An
ihnen beteiligten sich mehr als 5.000 US-
Militärs sowie salvadorianische und hon-
duranische Soldaten.

1.750 US-Militärs befinden sich mittler-
weile andauernd im Land. Ihre Zahl ist
aber meist höher, da fast ständig Militär-
manöver stattfinden. Auf die Manöver
„Grenadero I“, die am 1. April d.J. be-
gannen, sollen „Big Pine III“ und weitere
militärische Übungen bis 1988 folgen.

Die bei dieser Gelegenheit aufgebauten
Militäreinrichtungen umfassen sechs
Flugpisten (zwei weitere sind im Bau),
Radarstationen, ein Ausbildungszen-
trum für salvadorianische und hondura-
nische Truppen sowie Munitions- und
Materiallager. „Nach Angaben von Mili-
tärspezialisten und Mitgliedern des Kon-
gresses ist das Pentagon heute in der
Lage“, so die New York Times, „in Mit-
telamerika Kampfaufgaben zu überneh-
men, wenn Präsident Reagan es be-
fieht.“¹²

Nach dem Drehbuch Grenada

Um die Voraussetzungen für einen mili-
tärlichen Überfall auf Nicaragua zu ver-
bessern, hat die Reagan-Administration
Anfang Oktober 1983 den Mittelameri-
kanischen Verteidigungsrat (CON-
DECA), dem Honduras, Guatemala und
El Salvador angehören, wiederbelebt.

Nach einem provozierten Konflikt mit
Nicaragua sollen sie die US-Truppen zu
Hilfe holen, und ihrem Einsatz einen An-
schein von Legitimität geben. Allerdings
ist die CONDECA nur begrenzt hand-
lungsfähig, und es ist nicht gelungen,

Panama und Kostarika zu integrieren.
Kostarika hat vielmehr seine Neutralität
erklärt. Trotzdem versucht Washington
das Land in seine Pläne einzubeziehen,
indem es Grenzzwischenfälle nutzt, um
die US-freundlichen Kräfte in der dortigen
Regierung zu stärken. Von den drei
Mitgliedern der CONDECA ist lediglich
Honduras begrenzt handlungsfähig, ob-
wohl auch hier der Widerstand gegen die
US-Präsenz wächst. El Salvador ist zu
sehr mit der eigenen Guerilla beschäftigt,
als daß es gegen Nicaragua eine aktive
Rolle spielen könnte. Gleiches gilt in ge-
ringerem Maße auch für Guatemala.¹³
Doch selbst wenn nur Honduras in der
Lage und gewillt ist, sich an einem Krieg
gegen Nicaragua zu beteiligen, so kann
doch die CONDECA, ähnlich wie im Fal-
le Grenadas die Organisation Ostkaribi-
scher Staaten, die US-Truppen zum Ein-
marsch einladen.

Gegen diese Gefahr wehrt sich Nicaragua
sowohl auf diplomatischem wie militäri-
schem Gebiet. Die Milizen sind erheblich
ausgeweitet und Maßnahmen für einen
Guerillakrieg gegen die Invasoren getrof-
fen worden.

Durch die Anprangerung der Kriegsvor-
bereitungen der USA vor UNO-Gremien
wie den Sicherheitsrat und den Inter-
nationalen Gerichtshof, sowie durch ihre
Verhandlungsbereitschaft haben die
Nikaraguaner den politischen Preis, den
Washington für eine Invasion zu zahlen
hätte, erhöht.

Verhandlungen in der Sackgasse

Verhandlungsangebote Nikaraguas hat
die Reagan-Administration bisher immer
mit neuen Forderungen beantwortet.
Anfangs warfen sie Nicaragua vor, Waf-
fen an die Befreiungsbewegung El Salva-
dors zu liefern.

Als Nicaragua zustimmte, darüber zu
verhandeln, forderten die USA multila-
terale Verhandlungen.

Daraufhin willigte Nicaragua ein, im
Rahmen der Contadora-Gruppe (Mexi-
ko, Venezuela, Panama, Kolumbien)
über den Konflikt zu verhandeln.

Diese Gruppe legte unter Zustimmung
von Guatemala, El Salvador, Honduras,
Kostarika und Nicaragua im Oktober
1983 einen 21-Punkte-Plan vor, der u.a.
vorsieht, daß alle Waffenlieferungen in
die Region gestoppt werden, die Militär-
berater und ausländischen Truppen ab-
gezogen werden und jegliche Hilfe an
Gegner der Regierung eines anderen Lan-
des eingestellt wird.

Trotz verbaler Unterstützung der USA
für diesen Plan ist seine Umsetzung we-
gen der Obstruktionspolitik ihrer mittel-
amerikanischen Verbündeten keinen
Schritt vorangekommen. Der Grund da-
für liegt darin, daß die USA dann ihre

Unterstützung für das salvadorianische Regime und die „Contras“ einstellen müßten.

Umso lautstärker machen die USA die Sandinistas für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich, weil diese nicht bereit sind, sich das Wohlwollen der USA durch die Aufgabe der nationalen Souveränität und der Revolution zu erkaufen.

Deshalb, so die Sandinistische Versammlung, „ist die gesamte Welt Zeuge dieses historisch entscheidenden Moments, in dem Nikaraguaner ihre Entschlossenheit als Nation zu existieren verteidigen, obwohl wir möglicherweise als Konsequenz den Preis einer direkten militärischen US-Intervention zu zahlen haben.“¹⁴

Anmerkungen:

- 1) Barricada Internacional, Managua, 28.5. 1984
- 2) Ebenda
- 3) CounterSpy, Washington, Nr. 3, Mai/Juni 1982
- 4) Vgl. ebenda
- 5) Siehe: New York Times (NYT), 7.4. 1983
- 6) Vgl. NACLA Report on the Americas, New York, Nr. 1, Januar/Februar 1982
- 7) Angaben nach: South, London, Juni 1984
- 8) Siehe: Time, New York, 4.4. 1983
- 9) Siehe: International Herald Tribune, Paris/Zürich, 19.4. 1984
- 10) Siehe: The Wall Street Journal, New York, 6.4. 1984
- 11) Amerika-Dienst. Dokumentation, Bonn, 16.5. 1984
- 12) NYT, 23.4. 1984
- 13) Siehe: AIB-Sonderheft 3/1984, S. 3-4
- 14) Barricada Internacional, 28.5. 1984

FUSL FORSCHUNGS- UND
DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE/LATEINAMERIKA



Lisa Luger /
Bäbel Sulzbacher

**SOMOS — Nicaraguas
Frauen zwischen Alltag
und Befreiung**

286 S. mit 40 Abb., DM 12,80

„SOMOS“ — „Wir sind“ ist der Titel der Zeitschrift der sandinistischen Frauenorganisation. Er wurde als Titel dieses Buches ausgewählt, weil hier nicaraguanische Frauen selbst zu Wort kommen. Sie erzählen aus ihrem Alltag, von ihren beruflichen Erfolgen und Schwierigkeiten, ihren Beziehungen zu Männern, ihrer Arbeit für die Revolution.

Interviews, Artikel, Reiseeindrücke, Comics und Fotos in diesem 'Lesebuch' informieren über:

- Gesundheits- und Bildungswesen
- die Arbeit der Hausangestellten
- den „machismos“
- die Frauenorganisation AMNLAE
- Frauen in der Verteidigung
- Prostitution
- viele andere Bereiche des Alltags in Nicaragua

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

Julio Cortazar Enklave der Hoffnung

Die Werke Julio Florencio Cortazars (1914-84), Argentinier und einer der prominentesten zeitgenössischen Schriftsteller Lateinamerikas, wurden von Sandinistaführer Tomas Borge als „Aufforderung an die Phantasie“ gewürdigt. Borge machte Bekanntschaft mit Cortazars Literatur 1976 (siehe AIB 5/1984, S. 52 ff.) hinter somozistischen Gefängnismauern, ohne zu ahnen, daß dieser zur gleichen Zeit Nikaragua heimlich bereiste. Wenige Monate nach dem Sieg der Sandinistas vom Juli 1979 kehrte Cortazar in das befreite Land zurück. Er erlebte das revolutionäre Nikaragua als Enklave der Hoffnung.

Es fehlt mir nicht gerade an Vorstellungskraft, aber wenn mir vor einem Monat jemand gesagt hätte, ich würde in Somozas Privatflugzeug nach Nicaragua fliegen, hätte ich ihn ausgelacht. Wenn ich es genau bedenke, bin ich aber immer auf eine mehr als ungewöhnliche Weise nach Nicaragua gekommen.

Vor drei Jahren (im Jahr 1976; d. Red.) nahmen wir — Ernesto Cardenal, Sergio Ramirez, Oskar Castillo und ich — in Costa Rica ein Flugzeug bis zur Grenze, wo uns Freunde erwarteten und erst im Jeep und dann im Boot nach Solentiname brachten — ich habe es an anderer Stelle erzählt und einige Leser haben mir sicher unterstellt, es erfunden zu haben.

Zumindest, was mich betrifft, halte ich im Fall Nicaraguas die Grenzen zwischen Literatur und Wirklichkeit für fließend: auch meine zweite Reise besaß ihre phantastischen Seiten, obwohl sie nichts Heimliches an sich hatte, besser gesagt, sie begann mit einem Alptraum am hellichten Tag: Carol und ich wurden im belebten Zentrum von Panama, wo wir vor dem Abflug einen Spaziergang machten, überfallen und verloren fast alles, was wir bei uns hatten, auch unsere Pässe.

Den Paß zu verlieren ist kein Kinderspiel; man kann nie sicher sein, daß einem die Behörden einen neuen ausstellen, und ohne ihn kann leider auch niemand einfach in ein Flugzeug steigen. Der Alptraum wurde auf der Polizeiwache vollends kafkaesk (Franz Kafka, in Prag geborener Schriftsteller, 1883-1924; d. Red.): wir sollten auf einem Formular ausführlich beschreiben, was in Sekunden geschehen war. (...)

Meine zweite Taufe

Das Irrationale blieb weiter wirksam; Wirklichkeit im Übermaß verdichtet, wechselt schließlich ihre Vorzeichen, und alles wird möglich — wie in Träumen oder phantastischen Erzählungen. Torrijos (damals in Panama regierender General und Freund der Sandinistas; d. Red.) schlug vor, uns in seinem Privatflugzeug nach Managua bringen zu lassen. Wir hatten gerade dankbar zugestimmt, als einer seiner Mitarbeiter die Nachricht brachte, daß in Managua schon alle von unseren Schwierigkeiten wußten und Tomás Borge uns am nächsten Morgen ein Flugzeug schicken würde.

War unsere Reise schon ernsthaft in Frage gestellt gewesen, hatten wir jetzt plötzlich gleich zwei Flugzeuge zur Weiterreise zur Verfügung. Torrijos zog sein Angebot taktvoll zurück und ließ uns am nächsten Morgen in aller Frühe zum Flughafen bringen. Und das, was jetzt folgte, verdient einen besonderen Absatz.

Auf der Piste stand, klein, naß glänzend, mit zwei jungen Piloten und einer Stewardess (es war ihr erster Flug, und sie war genauso



aufgeregt wie wir) — Somozas Privatflugzeug, zurückgeblieben bei der kläglichen Flucht dieses Tyrannen. Innen gab es eine Bank für vier Personen, gegenüber zwei Sessel um einen Tisch, alles lederbezogen. Der symbolische Höhepunkt: die Toilette, das notwendige Utensil nur mit Mühe erkennbar unter lauter Marmorschnörkeln — wie in einem prunkvoll orientalisch ausgestatteten Hollywoodfilm.

In diesem Flugzeug nach Managua zu kommen, überstieg alle Erwartungen. Wir kosteten jede Minute aus. Ich versuchte, mir die Gespräche vorzustellen, die hier zwischen Diktator und Gefolge geführt worden waren. Ich sah seine Aasgeieraugen vom Fenster aus die Wiesen und Felder als Privatbesitz abgrasen.

Ich stellte mir den üblichen Empfang auf dem Flughafen vor, die in Reih und Glied aufgestellte Nationalgarde, die unterwürfigen Begrüßungen.

Wir landeten vor einem leeren Schuppen und sahen die Freunde am anderen Ende des Flughafens warten. Ein Auto brachte uns zu ihnen.

Meine zweite Taufe in Nicaragua: das Eintauchen in ein durch Befreiung und Wiedergeburt glückliches Volk. Radio, Fernsehen, Blitzinterviews, dazwischen Umarmungen, Pläneschmieden, neue Nachrichten; der erste Anblick der Milizen, Jungen und Mädchen mit Maschinengewehren, Pistolen, manchmal unbeschreiblichen „Uniformen“; und überall: das Lachen der Freiheit, zugleich: die Freiheit des Lachens.

Tomás Borge hatte uns nicht nur das Flugzeug geschickt, er und seine Frau Josefina

nahmen uns in ihrem Haus gastfreundlich auf.

Ernesto Cardenal erwartete uns im Kulturministerium, überraschte mich mit einem so umfangreichen Arbeitsplan, daß ich ihn mit einiger Energie wieder kürzen mußte, um ihn auf ein menschliches Maß zu bringen. Ich war froh über die freundschaftliche Rivalität zwischen den beiden Ministern — ganz zu schweigen vom Dritten, Sergio Ramirez —, es wurde eine Woche, die nicht nur kulturelle Kontakte brachte, sondern auch die unmittelbare Nähe zu den arbeitenden Massen in der Stadt und auf dem Land.

Ich tauschte ein paar Podiumsgespräche gegen Versammlungen in kleinen Dörfern im Landesinneren ein, manchmal nicht ohne Mühe, denn Zuneigung und Freundschaft verlangen nicht selten die Gabe der Allgegenwart. Aber ich glaube, daß diese eine Woche ausreichend war, um diese Enklave der Hoffnung, die Nicaragua heute in Lateinamerika ist, in großen Zügen zu erfassen. (...)

Ich verwende das Wort **Revolution** hier so, wie es heute in Nicaragua für den Zustand nach dem Sieg der FSLN über die jahrzehntelang herrschende, infame Somoza-Diktatur gebraucht wird.

Etymologisch ist der Begriff nur dann korrekt, wenn man ihn als eine Zukunftsprojektion versteht, während das Wort **Befreiung** voll und ganz der heute gelebten Wirklichkeit entspricht: die Menschen fühlen sich befreit.

Allgemein bekannte Gründe veranlassen die Regierung, mit einer Behutsamkeit vorzugehen, die von radikalen Kreisen heftig kritisiert, von der Masse des Volkes aber verstanden und verteidigt wird. Deshalb war es möglich, in so kurzer Zeit so vieles zu erreichen. Erstaunlich zu sehen, was sich in nur vier Monaten bereits verändert hat, die unglaublichen Anstrengungen zu spüren, mit denen der umfassende Wiederaufbau eines

Landes betrieben wird, das von der Raffgier und Zerstörungswut der zu Unrecht Nationalgarde genannten Armee Somozas in den letzten Phasen des Krieges schrecklich verwüstet wurde.

Um ein Beispiel zu nennen: in dem Raum der Universität, in dem ich an einem Podiumsgespräch mit Schriftstellern und Studenten teilnahm, fielen mir als erstes die großen Wandtafeln mit den langen Listen der Freiwilligen für die im März beginnende Alphabetisierungskampagne auf. Gemeinsam diskutierten Lehrer und Studenten die Unterrichtsprogramme, die Aufteilung der Gruppen. Eine für die hiesigen Verhältnisse fast vollständige Volkszählung gibt über die totale kulturelle Vernachlässigung der Kinder und Jugendlichen unter Somozas Regime Auskunft.

Auf allen Massenversammlungen, an denen ich teilnahm — und auf denen immer auch über die Alphabetisierung gesprochen wurde —, spürte ich die große Zustimmung und Unterstützung für die Kampagne. Kurz vor unserer Abreise trafen die ersten hundert kubanischen Lehrer, die große Erfahrungen aus ihrer eigenen Alphabetisierungskampagne mitbringen, ein. (...)

Revolution mit Behutsamkeit

In Managua und den kleinen Provinzstädten wimmelt es von Kindern und Jugendlichen. Man sieht sie während der Massenkundgebungen auf dieselben Bäume klettern, auf denen sie vor kurzem vielleicht noch ihr Leben verloren hätten. Hoch über der Menschenmenge schauen sie wie Äffchen oder tropische Blüten zwischen den Zweigen hervor.

Die Ärmsten sind zurückgekehrt zu ihren Gelegenheitsarbeiten, die Schuhputzer und die Zeitungsverkäufer stehen wieder an ihren Straßenecken; kleine Kinder bitten am Eingang der Restaurants um eine Münze. Ich kenne die Politik der Regierung für die Familienplanung nicht, aber ich weiß: es werden mehr Schulen, mehr Krankenhäuser, mehr Wohnungen gebraucht, viel mehr Schulbücher und Impfungen (gerade wird eine allgemeine Polio-Schutzimpfung vorbereitet, die sehr viel mehr kostet als der Staat sich im Augenblick leisten kann).

Unwillkürlich denke ich an meine erste Reise nach Kuba, vor zwanzig Jahren, als Kuba das erste Beispiel einer lateinamerikanischen Revolution war. Ich sehe die gleichen Dinge. Die Alphabetisierung durchzieht wie ein Sturmwind von Lachen und Wandtafeln die Insel, Schulen schießen wie Pilze aus dem Boden, auf dem Land werden Krankenhäuser gebaut, Spielplätze entstehen, ich höre Fidel Castro von den Kindern sprechen wie jetzt Ernesto Cardenal oder den Minister für Gesundheit oder den Kommandanten Borge — alle, die in die Zukunft schauen und wissen, daß es immer und überall Kinder gibt, die hoffen und vertrauen. (...)

Ernesto Cardenal und Sergio Ramirez kenne ich seit vielen Jahren, die neu geschlossene Freundschaft mit Tomás Borge ist eins der größten Geschenke während dieser Reise.

Wenn Elefanten ansteckend sind, wie die Surrealisten behaupten, dann sind es Kuba und Nicaragua in meinem Fall noch viel mehr. Und gegen diese Krankheit ist kein Kraut gewachsen.

Das Erinnerungsbuch von Tomás Borge über Carlos Fonseca, den Mitbegründer der Sandinistischen Befreiungsfront und damit ei-

nen der Vorreiter der Bewegung, die schließlich der Somoza-Diktatur ein Ende bereitete, kannte ich bereits.

In diesem kurzen, im Gefängnis geschriebenen Text kommt indirekt auch die Persönlichkeit von Tomás zum Ausdruck, ohne daß er sich selbst je in den Vordergrund rückt. Sie klingt an in Sätzen wie „besessen vom Gott des Zorns und vom Teufel der Zärtlichkeit“. Kein anderer als er hätte mit so wenigen Worten die bewundernswerte Persönlichkeit Carlos Fonsecas und zugleich sich selbst beschreiben können, im Stil frei von jeder Rhetorik und doch fähig, in einer Andeutung alles zu sagen — einen solchen Stil statt der Klischees, die wir ständig hören und lesen müssen, habe ich mir von Revolutionären immer gewünscht. Tomás Borge Buch ist ein seltenes Beispiel für diesen Stil.

Ansteckend wie Elefanten

Wenn die Mitglieder der Regierung das Wort „Solidarität“ aussprechen, dann fast immer mit einem Lächeln zwischen Ironie und Enttäuschung. Denn — es muß gesagt werden — die internationale Solidarität hat sich im Hinblick auf Nicaragua nicht gerade besonders hervorgetan.

Alle wissen inzwischen, was der Befreiungskrieg gekostet hat, welche Schäden er hinterlassen hat; alle wissen, daß Somoza nicht zögerte, die wichtigsten Städte des Landes aus rein faschistischer Freude an der Zerstörung bombardieren zu lassen. Felder blieben unbestellt, große Mengen Vieh gingen verloren, die kleinen Industrie- und Handwerksbetriebe lagen still, die Lebensbedingungen am Rande des Existenzminimums wurden noch prekärer.

Rechtfertigte das allein nicht die unverzügliche Bereitstellung von Medikamenten, von Maschinen und technischer Hilfe aus jenen Ländern, die sich in weniger dringlichen Notlagen oft aufgeschlossener gezeigt haben? Die Nicaraguaner bitten um nichts. Sie besitzen den stillen Stolz derjenigen, die ihre Schlacht allein gewonnen haben und bereit sind, sie weiterhin allein zu schlagen.

Wir Ausländer jedoch, die wir das Land besuchen und die große Not mit eigenen Augen sehen, haben die Pflicht, für sie um Hilfe zu bitten, uns spontan zu Sprechern eines Volkes zu machen, das bald unter einer sogar noch zunehmenden Nahrungsmittelknappheit — auch an Milch für die Kinder — leiden wird, die aus Mangel an Devisen nicht behoben werden kann.

Wenn wir Nicaragua heute helfen, dann helfen wir der Sache der Freiheit und Gerechtigkeit in Lateinamerika. Kommt etwa deswegen die Hilfe so spärlich, ihr Pseudodemokratien des Nordens und Westens? (...)

Verfallen wir am Schluß dieser Impressionen, die voller Licht und Hoffnung waren, nicht in Pessimismus. Vielleicht findet sich unter meinen Lesern ein Minister für Finanzen, Landwirtschaft oder Gesundheit oder der Präsident einer Stiftung oder einer Bank, die fähig sind, diese bittere Wirklichkeit zu begreifen und ein Hilfsprogramm in die Wege zu leiten.

Die Nicaraguaner bitten um nichts, aber sie können nicht verhindern, daß ich es für sie tue, und zwar aus Bewunderung und Achtung für ihren Mut und für die fortschrittliche Lektion, die sie unserem notleidenden Lateinamerika erteilen.

(Quelle: Nicaragua. Vor uns die Mühen der Ebene, Hammer Verlag, Wuppertal 1982, S. 8-11)



Bücher

In den letzten Jahren erschien im deutschsprachigen Raum eine Vielzahl von Buchtiteln aus und über Nicaragua. Unter den Sachbüchern greifen wir jene heraus, die sich zur Einführung eignen und hinreichend aktuell sind. Tips zur nikaraguanischen Literatur (Beltristik) schließen sich an.

Sachbücher zur Einführung

Als einführende Gesamtschau für Neulinge, die sich Land und Leute Nicaraguas („Nicas“) nicht allzu aufwendig erschließen wollen, können Unterschiedliches zur Hand nehmen. Einen äußerst humorvollen, leicht bekömmlichen Einstieg bietet der weltbekannte mexikanische Karikaturist Eduardo del Rio (Rius) mit

Rius, *Hallo Nicaragua*. Sach-Comic, Weltkreis-Verlag 1983, 144 S., 12,80 DM.

Rius arbeitet mit Fotomontagen, Collagen und spitzer Feder. Er zeichnet einen geschichtlichen Abriss der „Nicas“, von der Besiedlung mit vornehmlich mexikanischen Indianern über die Christianisierung durch die spanischen Kolonialherren, die Quasi-Kolonisierung seitens der USA bis hin zum Aufbau eines neuen Nicaraguas nach 1979.



Sach-Comic



Reihe konkret

Einen ähnlich lebendigen Einblick in die Szenerie des Landes bietet

Günter Wallraff, *Nicaragua von innen*, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1983, 191 S., 18 DM.

Wallraffs Reportage enthält sowohl einen Überblick zur Innenentwicklung (Wirtschaftsschwierigkeiten, Mitbestimmung, Wahlen usw.) als auch zur Intervention von „Contras“ und den USA. Ein mitreißend geschriebenes Buch.

Zwei Einführungstexte wissenschaftlichen Zuschnitts, die den nötigen Hintergrund liefern, liegen vor mit

Dieter Boris, *Nicaragua*, in: D. Boris/R. Rausch (Hrsg.), *Zentralamerika*, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1983, 405 S., 14,80 DM, S. 249-345 und

Hermann Schulz, *Nicaragua*. Eine amerikanische Vision, Rowohlt Verlag (rororo aktuell), Reinbek 1983, 203 S., 9,80 DM.

Szenarisch gehalten ist auch ein Gutteil des Buches von Schulz, das die sandinistische Bewegung und den Revolutionsprozeß von verschiedenen Seiten beleuchtet. Andernteils werden hilfreiche Faktenübersichten zu Politik (Revolutionschronik, Staatsorgane, Par-

teien u.a.) und Kultur geboten. Auffällig zu kurz gekommen sind allerdings die Seiten US-Intervention und Wirtschaftsentwicklung.

Bei Boris steht gerade letzteres im Vordergrund. Er bietet einen systematischen, geschichtlichen Abriss der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung Nicaraguas und seines politischen Herrschaftssystems vom 16. Jahrhundert bis ins Jahr 1983. Ausgezeichnet gelungen sind auch die Skizzierung des antisozialistischen Befreiungskampfes (Sandinistas, Gewerkschaftsbewegung!) und die abschließende Zwischenbilanz des revolutionären Veränderungsprozesses seit Juli 1979.

Ergänzende Sachbücher

Als eine ergänzende Gesamtschau, reich bebildert, welche eine Fülle von Selbstdarstellungen (Gespräche, Impressionen) des neuen Nicaragua bietet, sei empfohlen mit

Gritta Rösing/Frank Lehmann, *No pasaran. Bilder und Berichte aus Nicaragua*, Basisbücher No 1 Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/Olten/Wien 1984, 239 S., 22,90 DM.

Eine Textsammlung zum brisanten Thema Christen/Kirche und Revolution ist soeben erschienen mit

Dorothee Sölle/Horst Goldstein (Hrsg.), „Dank sei Gott und der Revolution“. Christen in Nicaragua, Rowohlt Verlag (rororo aktuell), Reinbek 1984, 212 S., 9,80 DM.

Es dokumentiert u.a. die Grundsatzpositionen von Sandinistas und revolutionären Christen sowie das Konfliktgeschehen anlässlich des Papstbesuches vom März 1983. Die Rolle der nikaraguanischen Frauen in Gesellschaft und

Revolutionsprozeß behandelt die Neuerscheinung

Lisa Luger/Bärbel Sulzbacher, *SOMOS. Nicaraguas Frauen zwischen Alltag und Befreiung*, FDCL, Berlin-West 1984, 286 S., 12,80 DM.

Literarisches zum Einstieg

Carlos Rincon/Krista Tebbe (Hrsg.), *Nicaragua. Vor uns die Mühen der Ebene*, Hammer Verlag, Wuppertal 1982, 224 S., 28,80 DM.

Wer sich in der Literaturszene Nicaraguas zu rechtfinden will; erhält hier eine Reihe von Anregungen, so etwa im Überblick E. Cardenals über die Volksdichtung des Landes (S. 166ff.).

Einen noch systematischeren Einstieg in die nikaraguanische Dichtkunst vermittelt Carlos Rincon in dem spanisch-deutschen Band *Moderne Lyrik aus Nicaragua*, Reclam Verlag, Leipzig 1981, 285 S., 2,50 M.

Hier werden Ruben Dario (1867-1916), der Begründer des lateinamerikanischen Modernismus, und der amtierende Kulturminister, Priester und Revolutionär Ernesto Cardenal als die beiden überragenden Poeten Nicaraguas präsentiert. Mit José Coronel Urtecho (geb. 1906), Leonel Rugama (1949-70) usw. sind auch alle anderen führenden Lyriker des Landes in dieser Gedichtauswahl vertreten. Eine Sammlung von Erzählungen Ruben Darios erschien im gleichen Verlag 1983 (127 S., 1,50 M) unter dem Titel „Das Gold Mallorcas“.

Eine Vielzahl von Gedicht- und Prosabänden Ernesto Cardenals brachte in den letzten Jah-

Eine andere Ankunft

Es war in der Woche nach dem Sieg.

Wir kamen aus Kuba

von der Feier des 26. Juli.

Ich dachte an die Rede Fidels

und die Worte Martis: „Alles ist herrlich im Juli.“

Da taucht plötzlich, blau auf blau, der Momotombo auf, zum ersten Mal frei seit der Zeit der Indianer.

Die Felder viereckig, sanftgrün im Morgenlicht.

Der See von Managua rosenrot an diesem Morgen,

die kleine Vogelinsel nah bei Managua

(auch sie gehörte Somoza)

und ich merke, daß mein Land jetzt viel schöner ist.

Ich sage es Dora Maria, die neben mir sitzt,

wie ich den verzückten Blick auf dem befreiten Vaterland,

diesem Traum, den wir alle träumen und aus dem wir nie mehr erwachen.

Früher war es, als ob diese Schönheit sich schämte...

Wie schön ist jetzt unser Land.

Wie herrlich unsere Natur ohne Somoza.

Und unsere Ergriffenheit, über dem rötlichen See zu hören,

wie das Mädchen der kubanischen Fluggesellschaft

durchsagt,

daß wir gleich landen werden auf dem Flughafen „Augusto César Sandino“.

Das Flugzeug voller Guerilleros.

Und dann eine Ankunft ohne jede Angst (wir hatten nicht einmal Pässe)

und dann der Zoll und die Kontrolle

und das Wort „compañeros“ als Gruß.



Ernesto Cardenal

ren der Hammer Verlag heraus. Den repräsentativsten Querschnitt seiner Gedichte (Gebet für Marilyn Monroe, Stunde Null usw.) enthält das Buch

Ernesto Cardenal, Die Stunde Null, 400 S., 16,80 DM.

Von ähnlich herausragender Aussagekraft ist sein Werk

Das Evangelium der Bauern von Solentiname, 680 S., 36,80 DM.

Als ein brillanter Erzähler und Romancier ist schließlich Nikaraguas amtierendes Mitglied der Regierungsjunta Sergio Ramirez (geb. 1942) zu nennen. Die Tyrannei des Somoza-Regimes nimmt er in Fabeln/Erzählungen der Jahre 1969-76 aufs Korn in

Sergio Ramirez, Vom Vergnügen des Präsidenten, Hammer Verlag 1981, 142 S., 16,80 DM.

Nicht minder empfehlenswert sind seine beiden Romane, die die Persiflage der Militärdiktatur mit der Schilderung von Volkswiderstand verknüpfen:

Die Spur der Caballeros, Aufbau-Verlag, Berlin-DDR/Weimar 1981, 210 S., 7,80 M und Chronik des Spitals Juan de Dios, Hammer Verlag, Wuppertal 1973, 160 S., 16 DM.

Zwei mitreißende Zeugnisse des sandinistischen Befreiungskampfes legte der Hammer Verlag schließlich vor mit

Gabriel Garcia Marquez, Die Geiselnahme, 1982, 112 S., 12,80 DM und

Antonio Skarmeta, Der Aufstand, 1981, 218 S., 22,80 DM.

Während der kolumbianische Nobelpreisträger Garcia Marquez das Drehbuch einer spektakulären Guerillaaktion des Jahres 1974 schrieb, verfaßte der Exilchilene Antonio Skarmeta einen fesselnden Roman über die letzten Wochen des Volksaufstands 1979. Am Beispiel der zuerst befreiten Stadt Leon schildert er die dramatische Entscheidungsschlacht und den Opfermut des Volkes.

Plattentip

Luis Enrique Mejía Godoy und Mancotal, Sonnenaufgang. Neue Lieder. Nicaragua libre, Hammer und Vorwärts Verlag, Langspielplatte Dialog 002, 18 DM.

Der Sandinist und Sänger Luis Enrique Mejía Godoy und die Gruppe Mancotal spielen Lieder der nikaraguanischen Revolution und nikaraguanische Volksmusik. Der derzeit populärste Interpret des Landes versucht, alte nikaraguanische und neue Instrumente in einer Musik zu integrieren, in der der Rhythmus ein wichtiger Bestandteil ist. Der Hörer lernt Musik der Küstenregion kennen und erfährt einiges über die Probleme des Wiederaufbaus im zerstörten Nicaragua.

Luis Enrique Mejía Godoy y Mancotal de Nicaragua

Sonnenaufgang



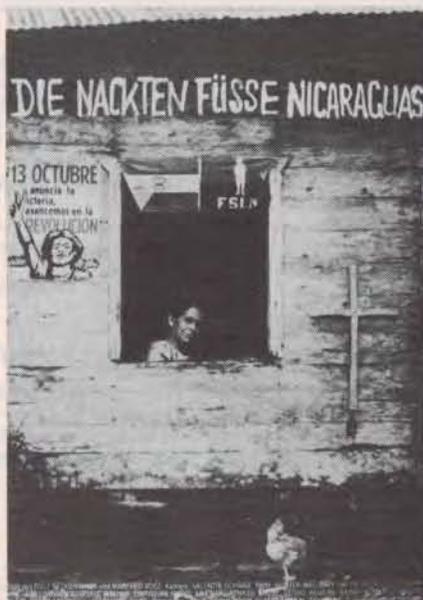
Neue Lieder
Nicaragua Libre

Peter Hammer Verlag
Vorwärts Verlag



Filme

Den Transport des Fährschiffes „Gröpeln“ an seinen Bestimmungsort in Nikaraguasee hat der Film von Rolf Neddermann und Manfred Vosz „Die nackten Füße Nicaraguas“ zum Gegenstand. Dabei entsteht ein Porträt der südlichsten Provinz Nicaraguas, Rio San Juan, ihrer Menschen und ihrer Lebensbedingungen (1983, 16 mm, Farbe, 100 Min.). Dieser Film wie alle folgenden können bei CON-Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1 bezogen werden.



Die Invasionsvorbereitungen der USA in Honduras und die Aktivitäten der „Contras“ schildert der Film „Honduras Connection“ von Leo Gabriel (1983, 16 mm und Video, Farbe, 47 Min.).

„Buchstaben der Revolution“ von Werner Biermann ist ein Film über die Alphabetisierungskampagne. Er zeigt den Unterricht und Diskussionen über die Situation nach der Befreiung (1980, 16 mm, Farbe, 30 Min.).

„Sandino heute und immer“ ist eine Produktion des Niederländers Jan Kees de Rooy. Er zeigt den Wiederaufbau des Landes, die Alphabetisierungskampagne und die Gründung der Volksmilizen (1981, 16 mm, Farbe, 55 Min.). Bei der Noticiero (Wochenschau)-Reihe han-

delt es sich um Schwarz-Weiß-Kurzfilme (10-17 Min.) des nikaraguanischen Filmstudios INCINE. Sie behandeln folgende Themen: Die wichtigsten Vorgänge des Jahres 1979 bis zur Befreiung (Nr. 2); die Atlantikküste, politische, geographische und kulturelle Besonderheiten (Nr. 11); die Verteidigung gegen die wirtschaftlichen Angriffe von innen und außen (Nr. 14); Agrarreform in Zelaya/Atlantikküste.

Zeitschriften/Broschüren

Seit 1981 erscheint monatlich eine deutsche Ausgabe der nikaraguanischen Zeitschrift *Envio*. Sie enthält politische Analysen der Situation des Landes und ist für 20 DM pro Halbjahr über die Edition Nahua, Postfach 101320, Wuppertal, zu beziehen.

Ebenfalls ausschließlich mit Nikaragua beschäftigt sich die vom Dietzenbacher Verein zur Förderung der deutsch-nicaraguanischen Beziehungen herausgegebene Zeitschrift *Monimbo*. Sie bringt vor allem Berichte und Interviews aus Nikaragua. Der Verein hat seinen Sitz in der Schäfergasse 15, 6057 Dietzenbach.

Das *ann-Bulletin* veröffentlicht wöchentlich Meldungen der Agentur Neues Nikaragua (ann) aus Managua in deutscher Sprache. Es kann für 30 DM im Vierteljahr bezogen werden bei: Alvaro Rojas, Stroberg 1, 7000 Stuttgart 1.

In der Reihe *Nahua-Scripte* sind bisher zwei Broschüren erschienen. Die erste setzt sich mit dem Konzept der Blockfreiheit in Nikaragua und Lateinamerika auseinander, die zweite dokumentiert die Klageschrift des New Yorker Zentrums für Verfassungsrechte gegen US-Präsident Ronald Reagan, Außenminister George Shultz und CIA-Direktor William Casey wegen der Intervention in Nikaragua. Beide sind für 5 DM über die Edition Nahua zu beziehen.

Ein 24seitiges *Hintergrundmaterial* zu Nikaragua ist für 1,50 DM beim Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) zu beziehen. Es enthält Grunddaten zu Nikaragua, einen historischen Rückblick und Materialien zum Aufbau nach dem Sieg der Revolution.

Über die Rolle der USA im Krieg gegen Nikaragua informiert eine Broschüre, die vom Lateinamerikakomitee Duisburg herausgegeben wurde. Sie kostet 3 DM und kann über Yvonne Ayoub, Johanniterstraße 130, 4100 Duisburg bezogen werden.

Mit den Problemen der Einbeziehung der Bewohner der Atlantikküste in die Revolution setzt sich die Broschüre „Ein Gigant erwacht – Die Atlantikküste Nicaraguas“ auseinander. Interessenten mögen sich an den Dietzenbacher Verein Monimbo wenden.

Vom Landesverband Hamburg der GEW wurde eine *Unterrichtseinheit* zu Nikaragua erarbeitet. Sie ist konzipiert für den gesellschaftskundlichen Unterricht, enthält aber auch Elemente für die Fächer Erdkunde, Geschichte und Deutsch. Der Textteil kostet 12 DM, der audiovisuelle (2 Diaserien und ein Videofilm) kann für 45 DM ausgeliehen werden. Das Gesamtpaket kostet 350 DM. Die Unterrichtseinheit kann beim CON-Verleih angefordert werden.

Die Broschüre *Nicaragua – El Salvador. Zwei Entwicklungsmodelle im Vergleich*, Münster 1984, 60 S., 4 DM kann bei der Christlichen Initiative El Salvador, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster, bezogen werden. Sie führt den Nachweis, daß und wie sich die

Material- und Aktionsspiegel

„Wende“ auch in der Entwicklungspolitik niederschlägt. Seit geraumer Zeit versucht die Bundesregierung Projekte in Nicaragua auf allen Ebenen zurückzudrängen. Gleichzeitig soll El Salvador wieder hoffähig gemacht werden. Die Broschüre bietet eine detaillierte Beschreibung der Entwicklungsmodelle der beiden Länder.

Plakate/Buttons

Plakate, Buttons und andere Nicaragua-Solidaritätsmaterialien können auf Grund der Fülle des Materials hier nicht im einzelnen vorgestellt werden. Deswegen sei auf den Solidaritätsshop Dritte Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main und die Edition Nahua verwiesen, bei denen Materiallisten angefordert werden können.

Solidaritätsaktionen und Projekte

Spenden von je 100.000 DM für Nicaragua und El Salvador sollen laut Beschluß des Bundestreffens der Nicaragua- und El Salvador-Solidaritätskomitees gesammelt werden. In Nicaragua soll damit die Agrarkooperative Pantasma wieder aufgebaut und die Neuansiedlung von Flüchtlingen im Süden Nicaraguas finanziert werden. Spendenkonto: Informationsbüro Nicaragua, Stadtparkasse Wuppertal, Kto.Nr. 963611, Sonderkonto Kampagne 19. Juli.

Seit 1979 unterstützt medico international (Hanauer Landstraße 147-149, 6000 Frankfurt/M.) den Aufbau eines Basisgesundheitsdienstes. Jetzt sollen ein Gesundheitsposten in San Juan, eine mobile medizinische Einheit auf dem Wasser, ein Gesundheitszentrum und die Ausbildung der dortigen Krankenpfleger und -schwestern finanziert werden. Spendenkonto: Stadtparkasse Frankfurt, Kto.Nr. 1800 oder Postscheckamt Köln, Kto.Nr. 6999-508.

Direkt an die Sandinistische Front gehen die Gelder, die das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) sammelt. Sie werden ohne Zweckbindung nach Nicaragua weitergeleitet. Spendenkonto: Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Postscheckamt Frankfurt/M., Kto.Nr. 527055-602, Kennwort Nicaragua.

Eine Druckerei für die Jugendorganisation Sandinistische Jugend 19. Juli soll mit einer Spendenaktion von DKP, SDAJ und MSB Spartakus finanziert, gebaut und eingerichtet werden. Die sandinistische Jugendzeitschrift Los Muchachos und andere Infomaterialien sollen dort gedruckt werden. Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Kto.Nr. 1012575700.

Karl-Heinz Hansen, Mitglied des Bundesvorstands der Demokratischen Sozialisten, hat eine Spendensammlung für die Finanzierung von Sanitätsflugzeugen initiiert. Sie sollen die medizinische Versorgung der Opfer der „Contra“-Überfälle verbessern helfen. Spendenkonto: Bonner Sparkasse, Sonderkonto Karl-Heinz Hansen, Initiative Sanitätsflugzeuge für Nicaragua, Kto.Nr. 1902286.

Auf Beschluß der Nicaragua-Solidaritätsgruppen wird zur Zeit ein Projektreader zu Nicaragua erstellt. Allen Gruppen, die bereits für Projekte sammeln oder dies planen, sollen so die Vorhaben anderer Solidaritätsgruppen bekanntgemacht werden. Gruppen, die ihr Projekt darin vorstellen wollen, können sich an Thomas Kolbe, Theodorstraße 11, 2000 Hamburg 1 wenden. Der Reader wird voraussichtlich Mitte Juli 1984 fertiggestellt, danach aber noch laufend aktualisiert. Er kostet 20 DM.



Ausstellung

Sehr zu empfehlen ist eine brandneue Nicaragua-Ausstellung mit Fotos und Dokumenten. Auf 27 Tableaus wird gezeigt, was in Nicaragua heute schon verteidigungswert ist, und warum es angegriffen wird. Die Ausstellung „No Pasaran“ (Sie werden nicht durchkommen) kann über medico international, die Edition Nahua und den Solidaritätsshop Dritte Welt bezogen werden. Sie kostet 75 DM.



Ernesto Cardenal
Unser Land mit den Menschen die wir lieben
Gedichte und Bilder aus Solentiname und dem Neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, DM 12,80

Ernesto Cardenal
Heimweh nach der Zukunft
Bilder und gute Nachrichten aus Solentiname
72 Seiten, durchgehend vierfarbig illustriert, DM 12,80



Das Evangelium der Bauern von Solentiname
Gespräche über das Leben Jesu in Lateinamerika
Aufgezeichnet von E. Cardenal
Gesamtausgabe, 2. Auflage,
680 Seiten, Leinen, DM 38,80

Ernesto Cardenal
Ufer zum Frieden
Ein Meditationsbuch mit Fotos von Conrad Contzen
64 Seiten, Großformat, DM 22,80

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
Von der Heiligkeit der Revolution/
Gebet für Marilyn Monroe/
Für die Indianer Amerikas/
Das Buch von der Liebe
4. Auflage, 400 Seiten,
Taschenbuch, DM 16,80

Die Welt ist ein großer Farbtropf
Bauernmalerei aus Nicaragua
Postkarten, 10 farbige Motive,
eingeschweißt, DM 10,-

Sergio Ramirez
Vom Vergnügen des Präsidenten
Erzählungen aus Nicaragua
Mit Zeichnungen von Dieter Masuhr
144 Seiten, Broschur, DM 16,80

Omar Cabezas
Die Erde dreht sich zärtlich, Compañera
Autobiografischer Bericht eines Guerillakommandanten aus Nicaragua
2. Auflage, 240 Seiten, Taschenbuch,
DM 16,80

Nicaragua - Vor uns die Mühlen der Ebene
Herausg. von Carlos Rincon und Krista Tebbe
224 Seiten, Format DIN A 4, mehr als 100 s/w und farbige Abbildungen
Broschur, DM 28,80

Antonio Skarmeta
Der Aufstand
224 Seiten, Broschur, DM 22,80
Die Geschichte der letzten Wochen vor dem Sieg der Revolution in Nicaragua

Ursula Schulz
Dein Friede sei mein Friede
Geschichten von der Veränderung in Solentiname
Mit einem Vorwort von E. Cardenal
Fotos von Conrad Contzen
84 Seiten, 38 ganzseitig farbige Abbildungen, Format 24,5 x 22 cm,
Hardcover, DM 24,80

Sergio Ramirez
Viva Sandino!
Leben und Tod des ersten Guerillaführers
4. Auflage, 160 Seiten, Taschenbuch,
DM 9,80

Die Bauern von Solentiname malen das Evangelium
Mit Meditationen von H. Frenz
72 Seiten, 31 Farbbilder,
Format 24,5 x 22,5 cm,
Hardcover, DM 24,80

Die Bauern und Fischer von Solentiname haben nach ausführlichen Gesprächen untereinander die Geschichte des Neuen Testaments in Ölbildern umgesetzt. Daraus ist ein farbenprächtiges Ereignis und ein wohl einmaliges Beispiel naiver Bauernmalerei entstanden.

Bitte fordern Sie unsere Sonderprospekte zu Dialog Dritte Welt und Lateinamerika an!

Jugenddienst Verlag Peter Hammer Verlag

Föhrenstraße 33-35, D-5600 Wuppertal 2

In Österreich zu beziehen:

Oskar Höfels Verlagsauslieferung · Seilerstätte 18 · 1010 Wien

